

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 1 vom 2. Januar 1981

15. Jahrgang

1 DM

Zum Jahresbeginn

IGA
Bo

82D3426

Steuerbetrug in Kraft

Immer offener wird Lohnsenkung gefordert

Wer erinnert sich nicht noch an den Wahlkampf, den vor allem die Regierungsparteien mit großartigen Versprechungen von Steuersenkungen bestritten, mit denen sie ihre ach so soziale Politik beweisen wollten? Jetzt, zum 1. Januar 1981 traten diese sogenannten Steuererleichterungen in Kraft. In Kraft traten aber auch zur selben Zeit — oder kurz danach — zahlreiche Steuererhöhungen, Beitragserhöhungen, staatliche Preiserhöhungen, so daß das Ergebnis unter dem Strich eindeutig wird: sozialer Abbau, Lohnraub.

Die Steuererleichterungen, die zum 1. Januar in Kraft traten, wirken sich, selbst nach den offiziellen Verlautbarungen, vor allem für Bezieher höherer Einkommen aus: Ledige mit 3000 Mark im Monat und Ehepaare, die gemeinsam 10000 Mark im Monat verdienen, sind die Hauptgewinner, sparen sie doch bis zu 60 Mark im Monat. Auf ganze sechs Mark im Monat Steuerersparnis bringt es dagegen ein Familienvater mit drei Kindern, sofern er unter 36000 Mark im Jahr verdient. Für die Werktätigen, die Arbeiter und die kleinen Angestellten bedeutet die Erfüllung dieses großen Wahlversprechens eine Einsparung zwischen 70 und 200 Mark im Jahr. Aber das Versprechen hieß ja nicht nur Steuersenkung, sondern sollte angeblich einer Einkommensverbesserung dienen. Alles was davon übrig blieb, sind 20 Mark mehr Kindergeld. Was dies im Angesicht der ständig steigenden Preise bedeutet, liegt klar auf der Hand.

Aber selbst wenn man die allgemeinen und ständigen Preiserhöhungen gerade bei so „luxuriösen“ Artikeln wie Kinderbedarf einmal außer Acht

läßt, und diese sogenannten Verbesserungen nur mit den anderen staatlichen Maßnahmen vergleicht, kommt ein dickes Minus am Ende. Die paar Mark weniger Lohnsteuer sind mit einer Erhöhung der Bahnpreise oder der Mineralölsteuer schnell mehr als aufgebraucht. Nicht zu reden von anderen Steuererhöhungen, von der Verteuerung der städtischen Gebühren für alles und jedes. Die Beitragserhöhungen der Sozialversicherungen auf 18,5 Prozent bedeuten allein bereits rund 20 Mark zusätzliche Ausgaben monatlich für einen Durchschnittsverdiener. Auch damit ist die sogenannte Steuerersparnis schon wieder weg.

Es liegt auf der Hand, daß dieses neue Jahr bereits in den ersten Tagen eine neue Teuerungswelle bedeutet, die sich im Verlauf des Frühjahrs auf alle Bereiche ausdehnen wird.

Gerade anlässlich dieser Zukunftsaussichten ist es umso zynischer, wenn den arbeitenden Menschen damit gedroht wird, sie sollen ja nur keine maßlosen (und maßlos heißt hier schon der wahren Teuerungsrates entsprechend) Lohnforderungen stellen, sonst würden sie alles

gefährden, vor allem ihren eigenen Arbeitsplatz.

Von der gelben Gefahr (Japan) bis zur Lohn-Preis-Spirale werden da alle Argumente aus der Mottenkiste gezogen, wobei die Unternehmerverbände mit Anzeigenkampagnen in Millionenhöhe den Ton diktieren.

Die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung jedenfalls steht vor einer echten Prüfung: wird es ihr gelingen, die Angriffe der Monopole abzuwehren, oder werden sich jene Gewerkschaftsführer durchsetzen, die bereits jetzt offen den Kurs auf Kapitulation steuern? Eine drastische Senkung des Lebensstandards in diesem Jahr wäre das einzige Ergebnis einer solchen Haltung. Die Kommunisten und alle klassenbewußten Arbeiter müssen sich in diesen Auseinandersetzungen aktiv für einen Kampf zur Verteidigung der Lebenslage der Werktätigen einsetzen.

Seit 24. Dezember in mehreren deutschen Städten

Hungerstreik gegen die Folter in der Türkei

Aufklärung über das Schicksal politischer Gefangener gefordert

In Hamburg, Ulm, Nürnberg und Frankfurt traten in verschiedenen öffentlichen Räumlichkeiten Antifaschisten aus der Bundesrepublik und der Türkei in den Hungerstreik. Mit dieser Aktion sollen zwei Forderungen erkämpft werden: Aufklärung über das Schicksal von fünf Funktionären einer antifaschistischen Jugendorganisation, die verhaftet worden sind (einer wurde bereits tot aufgefunden) und die Bildung einer Antifolterkommission durch die Bundesregierung.

Die Hamburger Teilnehmer an dieser Aktion haben sich mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit gewandt, in der neben den genannten Forderungen auch nochmals die Entwicklung in der Türkei seit dem Putsch der faschistischen Generale unter Kenan Evrens Kommando dargestellt wird.

Seit dem 12. September 1980 wurden demnach beinahe 100000 Menschen aus politischen Gründen verhaftet. 200 Todesopfer forderten verschiedene Jagdkommandos der faschistischen Militärs auf der Suche nach politisch Oppositionellen. 108 Todesurteile wurden seitdem von Militärgerichten



10 000 Menschen beteiligten sich am Samstag, den 20. Dezember an der Demonstration gegen die türkische faschistische Militärjunta. Die Aktion, die auch von der KPD getragen wurde, wurde von einer Aktionseinheit verschiedener revolutionärer und antifaschistischer Organisationen aus der Türkei organisiert, darunter auch die Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TDKP). Im Mittelpunkt der Demonstration und der Abschlußkundgebung stand neben der Entlarvung der Verbrechen der Evren-Junta auch die Kritik an der Finanzierung der Generale durch die Bundesregierung über die sogenannte Türkeihilfe, deren sofortige Einstellung immer wieder gefordert wurde.

Zwei Todesopfer in der Schweiz

Neue faschistische Mordtat

Nazibanden müssen verboten werden!

Wieder haben faschistische Terroristen blutig zugeschlagen. In der Schweiz starben zwei Beamte unter den Kugeln eines Neonazis aus der Bundesrepublik. Der Mörder, Frank Schubert, wollte offenbar in der Schweiz neue Waffen für den faschistischen Sumpf in unserem Land besorgen.

Am vergangenen Mittwoch war Schubert von zwei Schweizer Polizisten in der Nähe der Grenze zur Bundesrepublik angehalten worden. Er eröffnete sofort das Feuer, wobei er einen Beamten erschoss und den anderen schwer verletzte. Unmittelbar zuvor hatte Schubert schon einen Schweizer Zollner ermordet. Bei einem Schußwechsel, in dessen Verlauf der braune Terrorist getötet wurde, verletzte er noch einen weiteren Polizisten. Der Leiter der Kantonspolizei Aarau sagte später, Schubert habe das kriegsmäßige Kampfschießen „durch und durch beherrscht“.

Der Mörder ist hierzulande kein Unbekannter. In Frankfurt hatte Schubert an der Spitze

eines faschistischen Schlägertrupps gestanden, der eine linke Demonstration überfallen hatte. Er gehörte der Nazibande „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands“ an und verfügte über enge Kontakte zur „Wehrsportgruppe Hoffmann“, aus deren Reihen auch der Attentäter von München, Gundolf Köhler, kam. Auch diese neue faschistische Bluttat ist für die Behörden der Bundesrepublik kein Anlaß, endlich mit den faschistischen Banden in unserem Land aufzuräumen. Mehr denn je sind die demokratischen und antifaschistischen Kräfte in der Bundesrepublik gefordert, den Kampf für ein Verbot dieser Banden zu verstärken. (Siehe auch Kommentar auf Seite 2.)

Diese Woche

Bundshaushalt

So drastisch wie nie zuvor in den letzten Jahren werden die sozialen Leistungen gekürzt. Der Etat von Apels Kriegsministerium allerdings wurde kurz vor der Verabschiedung des Bundeshaushaltes noch einmal kräftig aufgestockt. Seite 2

Streikerfahrungen

Gespräch mit einem Postkollegen über seine Erfahrungen beim Streik für Verbesserungen im Schichtdienst. Der Kollege zog eine richtige Konsequenz aus der verräterischen Politik der Gewerkschaftsführung: Er schloß sich der RGO an. Seite 4

Arbeitskämpfe

In den letzten Wochen des alten Jahres hat es eine Welle von Streikaktionen und anderen Arbeitskämpfen gegeben. Ein Überblick auf Seite 6.

Polizeiterrror gegen Hausbesetzer

Mit beispielloser Brutalität ging die Polizei in Westberlin wiederholt gegen Demonstranten vor, die ihren berechtigten Protest gegen die reaktionäre Wohnungspolitik des Senats auf die Straße trugen. Seite 9

Große Abschlußveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle II

Mit Liederecke, Kabarett, Folklore, Volkstanz, Filmecke, Info-Stände, Erfahrungsaustausch, Information, Diskussion und...

Sonntag,
18. Januar 1981
Eintritt: 5 DM
Einlaß ab 13 Uhr

2.
RGO-
Kongress

Motto der Veranstaltung:

Für Arbeiterinteressen und klassenkämpferische Gewerkschaftseinheit!
Gegen Bosse und Bonzen!



Die Beteiligten am Hungerstreik in Hamburg.

Kommentar der Woche

Für wie dumm will man uns eigentlich verkaufen? Da schießt sich ein faschistischer Waffenbeschaffer in der Schweiz kaltblütig und rücksichtslos den Weg frei. Ein Mann, der — wie die Schweizer Polizei erklärt — das kriegsmäßige Kampfschießen „durch und durch beherrscht.“ Zwei Tote und zwei Verletzte sind die Opfer dieses Profikillers.

Und für den Staatsschutz in der Bundesrepublik war er alles andere als ein unbeschriebenes Blatt. Man wußte um seine Mitgliedschaft in der Nazibande „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands“. Man wußte um seine Verbindungen zu den Hoffmann-Terroristen. Man kannte ihn schließlich als den Rädelführer eines blutigen Überfalls auf eine linke Demonstration in Frankfurt.

Aber was ist die Reaktion des Generalbundesanwalts Rebmann auf das Blutbad in der Schweiz? Großfahndung, Razzien gegen die Schlupfwinkel der Naziterroristen? Massenverhaftungen im faschistischen Sumpf der Bundesrepublik und Ermittlungen wegen der Bildung von kriminellen Vereinigungen? Fehlansätze. Herr Rebmann ermittelt gegen „Unbekannt“. Für wie dumm will man uns verkaufen? Wie lange soll diese schmutzige Farce noch weitergespielt werden?

Es ist eine Tatsache, daß sich die faschistischen Banden in der Bundesrepublik bis an die Zähne bewaffnet haben. Schon vor zwei Jahren wurden unter anderem beschlagnahmt: 70 Kriegswaffen, 1 246 Kurz- und Langwaffen, rund 300 000 Schuß Munition, sieben Kilogramm Sprengstoff, 12 selbstgefertigte Bomben...

Nazibanden „unbekannt“?

Und jede einzelne dieser Waffen ist ein mögliches Mordinstrument. Die Anschläge auf Ausländerwohnheime im vergangenen Jahr, das Massaker von München, die Mordserie in der Schweiz — all das hat mit grausamer Deutlichkeit klargemacht, daß die Faschisten dieses gewaltige Waffenarsenal nicht gesammelt haben, um damit angeblich harmlose „Wehrübungen“ zu veranstalten. Die Nazibanden sind längst bereit zum hemmungslosen Massenmorden. Und natürlich weiß das — spätestens seit München — auch ein Herr Rebmann. Das weiß er genausogut wie er die Organisationsstruktur der Banden kennt, aus denen die Mörder vom Schlage eines Köhler oder Schubert kommen.

Und dennoch wird jetzt gegen „Unbekannt“ ermittelt. Genauso wie nach dem Massaker von München die lächerliche Alleintäter-Theorie erfunden wurde. In beiden Fällen führen die Spuren zu der Terrorgruppe um Karl-Heinz Hoffmann, die allem Anschein nach der organisierende Kern der faschistischen Mordbanden ist. Aber bekanntlich sind Hoffmann selbst und seine Kumpare nach wie vor auf freiem Fuß. Bekanntlich haben sie sich noch nach dem Anschlag auf das Oktoberfest als Waffenhändler betätigt.

Und wem würde sich angesichts dieser Tatsachen nicht die Erkenntnis aufdrängen, daß Bundesanwaltschaft, Polizei, Geheimdienste und Justiz gar kein Interesse an der Verfolgung und Zerschlagung der braunen Terrorbanden haben? Erinnern wir uns nur daran, wie vieler Kämpfe und Proteste der demokratischen Öffentlichkeit es bedurfte, bis die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ wenigstens formell nach dem Vereinsrecht verboten wurde. Und auch das geschah noch gegen den wütenden Widerstand des Herrn Tandler, Innenminister im Kabinett Strauß.

Tatsächlich: Dieser Bonner Staat duldet die Existenz schwerbewaffneter faschistischer Banden nicht nur, er fördert und ermutigt sie auch in jeder erdenklichen Weise. Gerade dieser Fakt sollte jedem Antifaschisten klarmachen, daß der braune Terrorismus nicht irgendein Auswuchs des kapitalistischen Systems ist, sondern ein Bestandteil dieses Systems, auf den es nicht verzichten will. Wie schon einmal in unserem Land spielen die faschistischen Banden den Part der brutalsten und hemmungslosesten Mordtruppen des Kapitals — in einer Zeit der wirtschaftlichen und politischen Krise, wo sich die herrschende Klasse insgesamt mit der Verschärfung der Faschisierung auf das Anwachsen der Klassenkämpfe vorbereitet.

Der Kampf gegen die Nazibanden ist heute nicht nur ein wichtiger Bestandteil des allgemeinen Kampfes der Werktätigen gegen Reaktion und Faschismus. Er ist auch derjenige Frontabschnitt, an dem die größte Mobilisierung, die breiteste Einheit erreicht werden kann. Und so müssen auch die Morde in der Schweiz, die Reaktionen der westdeutschen Behörden darauf dazu benutzt werden, dem Kampf für ein Verbot aller Nazibanden neuen Auftrieb zu geben.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Kabinett verabschiedet Haushaltsentwurf

Die Koalitionsvereinbarungen werden umgesetzt

Der Rüstungsetat wurde nochmals erhöht

BONN. — Kurz vor Jahresende legte die Bundesregierung den Entwurf für den Bundeshaushalt 1981 vor, der bis Mai dieses Jahres im Bundestag verabschiedet werden soll. Wer vielleicht gehofft hatte, es würde sich der alte Spruch bewahrheiten, daß nichts so heiß gegessen wird wie es gekocht wird, sah sich getäuscht. Die Koalitionsvereinbarungen, die bereits bei ihrem Bekanntwerden auf breite Empörung gestoßen waren, wurden vollständig eingehalten.

Die einzige Veränderung, die es gegenüber Matthöfers ersten Plänen sofort nach der Wahl gab, war eine weitere Aufstockung des Rüstungshaushalts, um eben jene 700 Millionen Mark, die bei der Finanzierung des Angriffsflugzeugs „Tornado“ angeblich plötzlich fehlten.

Ansonsten regieren die Kürzungen. Von den großen Haushaltsposten, jenen in Milliardenhöhe, sind es neben den Militärausgaben vor allem die Ausgaben für die Wirtschaftsförderung, für Forschung und für Zinszahlungen an die Großbanken, die am meisten steigen.

Für die Rüstung werden offiziell im sogenannten Verteidigungsetat 41,2 Milliarden Mark ausgegeben. In den dazugehörigen Ressorts Verteidigungsleistungen und zivile Verteidigung sind es weitere 2,1 Milliarden. Jene Posten, die von der NATO, im Gegensatz zur Bundesregierung, ebenfalls als Militäraus-

gaben gerechnet werden, wie Bundesgrenzschutz und andere dem Innen- und Außenministerium angehörende Ausgabenbereiche, werden weitere rund 8 Milliarden Mark betragen. Auch der Haushalt für das Forschungsministerium umfaßt verschiedene Militärausgaben in Höhe von 2,5 Milliarden Mark, rund 40 Prozent der gesamten Forschungsausgaben. Insgesamt belaufen sich die Militärausgaben nach NATO-Berechnungsweise auf knapp über 60 Milliarden Mark. Wobei zu erwarten ist, daß sie, wie im letzten Jahr, in einem Nachtragshaushalt zur Mitte des Jahres weiter erhöht werden.

Auf der anderen Seite wurden alle jene Vorhaben der Koalitionsvereinbarungen streng eingehalten, bei denen es um Kürzungen im sozialen Bereich geht. Gemessen an der offiziellen Inflationsrate von 5,2 Prozent sinkt zum Beispiel der Etat

des Arbeitsministeriums um 2,4 Prozent, wird er doch um nur 2,8 Prozent erhöht. Das ist eine fast neutral anmutende Bestätigung der Pläne des weiteren Rentenabbaus, die die Regierungsparteien eingeführt haben.

Ebenso wurden die Pläne zur Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus weiter vorangetrieben, mit Kürzungen um 1,5 Milliarden Mark und der Einführung der unsozialen Staffelmiete, die nach den Plänen der Großbanken und der von ihnen beherrschten Baubetriebe der Anfang vom Ende jeder Mietpreisbindung usw. sein soll.

Verwirklicht wurden auch alle Drohungen, die weitere Steuererhöhungen betrafen sowie die Kürzungen im Schul- und Hochschulbereich. Deutlicher als je zuvor zeigt sich, daß dieser Regierungshaushalt für die Monopole ein Mittel ist, die Krisenerscheinungen der kapitalistischen Welt zu bekämpfen: indem sie den arbeitenden Menschen noch mehr Geld aus der Tasche ziehen und sich einstaken.

Und keiner darf daran Zweifel haben, daß diese Sparpolitik im Dienst des Monopolkapitals auch auf den weiteren Ebenen dieses Staates, in den Haushal-

ten der Länder und der Städte fortgesetzt wird. Dies ist jetzt schon deutlich. Vor allem in der Bildungspolitik ist dies bereits praktisch geworden. (Siehe dazu „Roter Morgen“ Nummer 50 bis 52/80). Im Gegenteil: Die bisherigen Haushaltsplanungen der Länder, wie in Hessen und Nordrhein-Westfalen haben gezeigt, daß hier die Sparpläne ganz direkt wirksam werden, unmittelbar treffen. Da werden nicht nur Schulen und Krankenhäuser gestrichen, bzw. ihr Neubau abgesetzt. Da wird, ganz im Zuge der Bundesbahn, der Nahverkehr zum Teil wesentlich verteuert.

Hier wird der Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften der Werktätigen dieses Landes begonnen. Was in den letzten Jahren noch scheinbar weise und versteckt lief, das wird jetzt offen und in einer Radikalkalk durchgeföhrt. Der Bundeshaushalt ist dafür ein Signal.

Diesen Generalangriff dürfen die arbeitenden Menschen nicht wehrlos über sich ergehen lassen und die Ereignisse der letzten Wochen zeigen sehr deutlich, daß sie dies auch nicht tun. Sowohl im Kampf um die Bildungspolitik als auch in der Wohnungspolitik haben sich hier in verschiedenen Städten bereits Bewegungen des Widerstands gebildet bzw. neu aktiviert. Unsere Partei wird diese Kämpfe, getreu ihrem Aktionsprogramm und den Beschlüssen des IV. Parteitag folgend, mit aller Kraft unterstützen!

10 000 demonstrierten in Köln

„Erdal Eren — das Volk wird dich rächen!“

KÖLN. — Unter dem Eindruck der Ermordung unseres Genossen Erdal Eren fand am 20.12. in Köln die Demonstration gegen das faschistische Militärregime in der Türkei statt. „Die Faschisten morden in der Türkei — die Bonner Regierung hilft dabei!“ Die verabscheuungswürdige Finanzierung der Junta durch die Bonner Parteien wurde aufgedeckt und angegriffen. Diese Demonstration, an der sich etwa 10 000 Menschen beteiligten, war ein deutliches Zeichen der wachsenden Kampfbereitschaft unserer türkischen Kollegen und Genossen aus der Türkei, ein Zeugnis auch der Kraft internationaler Solidarität.

Der größte Teil der Demonstranten reichte sich ein unter den Transparenten von „Halkin Kurtulusu“ und den Losungen der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei (TDKP). Der mutige Widerstandskampf unserer Bruderpartei in ihrem Heimatland trägt ihr wachsende Sympathien der Antifaschisten aus der Türkei ein. Möge diese Demonstration ein Schritt vorwärts sein zur Einheit aller Antifaschisten der Türkei im Kampf zur Zerschlagung der faschistischen Junta!

Großes Aufsehen erregte die Demonstration bei der Kölner Bevölkerung. An diesem letzten verkaufsoffenen Sonntagabend vor Weihnachten marschierten wir mitten durch das Einkaufszentrum. Auf dem Neumarkt fand die Abschlussskundgebung statt. Für die KPD erklärte Horst-Dieter Koch: „(...) Der Mord an Erdal Eren geschah, obwohl außerhalb der Türkei Zehntausende Antifaschisten gegen die geplante Hinrichtung protestierten. Unter der großen Zahl von Menschen, die in Westdeutschland die Protestresolution gegen den geplanten Mord an dem Genossen Erdal Eren unterschrieben, findet sich auch der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Willy Brandt.“

Wir fragen Willy Brandt, wie sich diese seine Unterschrift mit der Tatsache verhält, daß eine von der SPD geführte Bundesregierung zu den Hauptfinanziers des Ankaraer Mordre-

gimes gehört. Die sogenannte Türkei-Hilfe ist nichts anderes als Beihilfe zum Mord. Hilfe für die Faschisten-Junta bei ihrem brutalen Terror gegen die Arbeiterbewegung in der Türkei, gegen die Demokraten und Patrioten in der Türkei.

Gewiß, das Blut Erdal Erens klebt an den Händen der faschistischen Machthaber in der Türkei. Aber so lange die Bundesregierung an der verbrecherischen Türkei-Hilfe für die Faschisten-Junta festhält, so lange werden wir behaupten: Bonn, der westdeutsche Imperialismus morden mit. Gemeinsam mit dem amerikanischen Imperialismus gehört

der westdeutsche Imperialismus als zweitstärkste Macht der NATO zu den eigentlichen Drahtziehern des Faschistenregimes in der Türkei.

Die reaktionären Ausländergesetze, die Verschärfung der Asylbestimmungen, durch die Bonn die Tätigkeit demokratischer, patriotischer, antiimperialistischer und kommunistischer Kräfte aus der Türkei in Westdeutschland unterdrücken will, ist ebenfalls nichts anderes als Schützenhilfe für das faschistische Regime in der Türkei.

Deshalb fordert unsere Partei: Schluß mit der Türkei-Hilfe! Alle Beziehungen zur faschi-

stischen Junta müssen abgebrochen werden! Nieder mit der faschistischen Junta! Es lebe die unabhängige demokratische Türkei! Hoch die internationale Solidarität!

Zum ersten Mal kam rechtzeitig zur Demonstration der „Rote Morgen“ zweisprachig heraus. Etwa 600 Exemplare wurden verkauft. Wir hoffen, daß er unter den türkischen Kollegen viele Freunde findet.

Die großartige Demonstration von Köln fand bezeichnenderweise im Fernsehen kein Echo. Sie paßte nicht ins gewünschte Bild. Statt dessen kam im ZDF Ministerin Liselotte Funcke zu Wort, die sich „besorgt“ über die „wachsende Feindlichkeit der Bundesbürger gegenüber Ausländern“ äußerte. Angesichts der von der Bundesregierung geduldeten und selbst betriebenen Ausländerhetze und Verfolgung fortschrittlicher Ausländer bei gleichzeitiger Förderung faschistischer Organisationen muß dies als bewußt lancierte Ernüchterung zu den angesprochenen feindlichen Ausschreitungen gewertet werden!



Ein großes Bild des ermordeten Antifaschisten Erdal Eren wurde auf der Kölner Demonstration mitgetragen.

Zur Jahreswende von 1975 auf 1976 wurde die Sektion DDR unserer Partei gegründet. Das war ein bedeutender Tag in der Geschichte unseres Volkes. Denn nun verfügt die Arbeiterklasse in beiden Teilen Deutschlands über eine revolutionäre Kampfpartei. Im Westen wie im Osten kämpft unsere KPD für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Wer regelmäßig die DDR-Seiten im „Roten Morgen“ gelesen hat, kann sich ein ungefähres Bild von den großen Schwierigkeiten machen, mit denen unsere Genossen drüben unter den Bedingungen der Illegalität fertig werden müssen. Aber das ist eben nur die eine Seite. Wiederholt konnten wir im RM über Erfolge beim Aufbau der Partei in der DDR und über mutige Kampfaktionen berichten. Wir möchten an dieser Stelle den Genossen in der DDR unsere Hochachtung für ihren selbstlosen Einsatz für die Sache des

5 Jahre KPD, Sektion DDR

„Genossen, macht weiter so!“

Gespräch mit einem Parteigenossen aus der DDR

Redakteur: Genosse S., was sind für euch Ende dieses Jahres die wichtigsten Ereignisse?
S.: Es ist klar, daß die Ereignisse in Polen und die konkrete Umsetzung der dortigen Erfahrungen auf die DDR uns im Augenblick am stärksten beschäftigen. Natürlich vergessen wir bei dieser Gelegenheit nicht, den 5. Jahrestag der Gründung unserer Sektion würdig zu begehen.

Redakteur: Wie habt ihr im Zusammenhang mit Polen argumentiert und welche Aktivitäten habt ihr entfaltet?

S.: Unser Hauptaugenmerk lag auf der rückhaltlosen Unterstützung der polnischen Klassenbrüder. Ein Volk hat sich geschlossen und diszipliniert gegen seine Peiniger erhoben. Erhoben auf gewerkschaftlicher Ebene — durch Streik! Wir ha-

zwischen haben wir erfahren, daß beides — Geld und Grußadresse — in Polen mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Die polnischen Kollegen ließen uns herzliche Kampfgrüße übermitteln, über die wir uns natürlich sehr gefreut haben.

Redakteur: Wie wirken sich nach eurer Einschätzung die Streiks in Polen auf die Bevölkerung der DDR aus?

S.: Die Reaktionen sind durchaus unterschiedlich. Die übergroße Mehrheit der Arbeiter schaut dieser Tage voll Bewunderung nach Polen, ja es wurden sogar Spendenaktionen, natürlich illegal, in einigen Betrieben für Polen durchgeführt. Andererseits beneiden viele die Polen, denn durch die besondere Rolle der DDR halten sehr viele ähnliche Ereignisse bei uns für un-

Proletariats ausdrücken, verbunden mit den besten Wünschen für weitere Kampfserfolge.

Die Ereignisse in Polen haben endgültig klargemacht, daß auch die unter der Herrschaft des sowjetischen Sozialimperialismus stehenden Länder keine Inseln der Ruhe und des Klassenfriedens sind. Das gilt auch für die DDR, obwohl sich dort die politische und wirtschaftliche Krise noch nicht in dem Maß zugespitzt hat wie in Polen. Wie bewältigen unsere Genossen drüben in der Illegalität die Aufgaben des Klassenkampfes? Wie haben sie auf die polnischen Ereignisse reagiert? Wie geht es weiter mit dem Aufbau der KPD/Sektion DDR? Auf diese Fragen gibt das folgende Gespräch Antwort, daß anlässlich des 5. Jahrestags der Sektionsgründung mit einem Parteigenossen aus der DDR, Arbeiter in einem Berliner Großbetrieb geführt wurde.

deutsche Tourist tauschte Mark gegen Zloty zu betrügerischen Kursen und wurde dabei oft selbst betrogen!

So ist das nun einmal im Leben, wer das eine will, muß das andere mögen. Die schwarzgetauschten Gelder flossen natürlich zurück in die DDR und so kam es zu Hamsterkäufen, gegen die die Staatsmacht der DDR nie wirklich vorgegangen ist. Die SED-Bonzen klopfen sich im Gegenteil noch an die Brust und posaunen herum: „Seht, so dreckig geht es den Polen und wie gut machen wir für euch hier alles!“

All dies ist plumpe Demagogie à la Goebbels, die vielen Menschen bei uns die Schamröte ins Gesicht treiben mußte. Einige tun so, als ob sie aus Polen nie Sachen mitgebracht hätten, die für die Menschen dort

Redakteur: Besteht die Gefahr einer gewaltsamen „Klärung“ in Polen?

S.: Wir müssen klar erkennen, daß diese Gefahr real besteht. Ich weiß von Arbeitern, die Vorladungen zum Wehrkreiskommando bekamen; mit denen hat man sich allgemein und besonders über Polen unterhalten. Der E-Fall für diese Reservisten heißt Polen und erzeugte keineswegs Jubel bei ihnen.

Ferner wissen wir, daß einige SED-Apparatschiks in Betriebsversammlungen die Werktätigen langsam auf eine „Moskauer Lösung“ vorbereiten. Nur darf es so weit nicht kommen! Uns erscheint im Augenblick ein Putsch der polnischen Armee am allerwahrscheinlichsten und die „Brüder“ werden diesen Staatsstreich absichern.

Eine Machtübernahme des Militärs in Polen ist durchaus denkbar, denn Moskau hat inzwischen bitter gelernt, und die Rechtsentwicklung in den westlichen Ländern (USA, England, BRD) läßt jeden normalen Menschen die Reaktion dieser Staaten klar werden. Hier wird im Augenblick um den Frieden gerungen, gerungen von den einfachen Menschen, denn Reagan, Schmidt oder Thatcher, sowie Breshnew, Honecker und Kumpare pokern hart und wittern Morgenluft. Unsere Parole lautet daher in diesen Tagen: „Hände weg von Polen! Polen darf kein neues Chile oder Afghanistan werden!“

Redakteur: Fünf Jahre Sektion DDR der KPD. Kannst du etwas zu eurer Entwicklung für unsere Leser sagen?

S.: Fünf Jahre Illegalität in der DDR sind ein langer und gefährvoller Abschnitt im Leben unserer Partei. Unsere Sektion weist sicher noch viele Mängel auf, aber die Jahre haben uns unübersehbare Erfolge gebracht. Am besten läßt sich unsere Entwicklung für alle sichtbar an unserem Zentralorgan erkennen. Es ist heute wesentlich besser, vielseitiger, tiefergründiger als noch vor zwei bis drei Jahren. Desweiteren haben sich unsere Kontakte inzwischen praktisch über die ganze DDR ausgebreitet. Schwierigkeiten bringt uns immer wieder die Eingliederung neuer Zellen, doch die Illegalität zwingt uns natürlich zur Vorsicht vor Provokateuren, und der Erhalt und die Stabilisierung der Sektion haben zur Zeit sicher noch den Vorrang. Jeder verantwortungsbewußte Genosse wird dies sicher verstehen, denn es geht ja auch um seine Sicherheit.

Redakteur: Wie schafft ihr es eigentlich, all diese Parteiarbeit zu bewältigen, denn freigestellt ist doch in der DDR kein Genosse, oder?

Grüße des Politbüros der KPD zum 5. Jahrestag der KPD/Sektion DDR

Liebe Genossen,

zum 5. Jahrestag der Gründung der Sektion DDR der KPD/ML senden wir Euch unsere herzlichen und brüderlichen Kampfgrüße. Als vor fünf Jahren die KPD/ML in der DDR gegründet wurde, war das nicht nur für Euch, sondern auch für uns ein großer Tag. Denn wenn wir auch in verschiedenen deutschen Staaten kämpfen müssen, so kämpfen wir doch in einer Partei für ein gemeinsames Ziel: Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Euer Kampf gegen das Honecker-Regime und gegen den russischen Sozialimperialismus ist schwer. Denn ihr kämpft in einem Staat für den Sozialismus und für die Diktatur des Proletariats, in dem die Revisionisten seit Jahr und Tag die sozialistischen Losungen mißbrauchen, um damit die Herrschaft einer neuen Bourgeoisie über die Arbeiterklasse zu verschleiern. Ihr kämpft gegen ein Regime, das keine legale Opposition duldet, der Arbeiterklasse alle Rechte und Freiheiten genommen hat und alles daransetzt, um die wahre kommunistische Partei in der DDR, die KPD/ML zu zerschlagen.

Unter diesen schweren Bedingungen habt ihr, liebe Genossen, in den vergangenen fünf Jahren mutig und selbstlos gekämpft; so dem Honecker-Regime Schläge versetzt und die Partei erfolgreich aufgebaut. Dafür danken wir Euch. Wir sind sicher, daß ihr auch in den kommenden Jahren, wenn sich die Klassenkämpfe in der DDR verschärfen werden, so wie es heute schon in Polen der Fall ist, Eure Aufgaben als Vorhutpartei und Kampfstab der Arbeiterklasse mutig und entschlossen erfüllen werdet. Damit die Ausbeuterklasse in der DDR gestürzt wird, damit die DDR wieder zu einem wahrhaft sozialistischen Staat wird!

Mit kommunistischen Grüßen
Politbüro der KPD, Sektion Bundesrepublik
Dezember 1980

S.: Freigestellt, ein Traum von einem Gedanken. Nein, alle Genossen gehen arbeiten, zum Teil im 3-Schicht-Rhythmus und opfern praktisch ihre komplette Freizeit für die Parteiarbeit. Für SED-Genossen ist dies sicher unvorstellbar, denn ihnen sind die „Parteiversammlungen“ schon zu viel.

Bei uns ist die Sache so, daß niemand zur illegalen Arbeit gezwungen werden kann, niemand kann zum Artikelschreiben oder Stecken gezwungen werden. Alles läuft bei uns durch hohe Moral, bewußte Überzeugtheit vom Marxismus-Leninismus und wird durch die Parteidisziplin vorangetrieben. Ich möchte diese Gelegenheit auch gleich nutzen und allen Genossinnen und Genossen, sowie allen Sympathisanten, Freunden und Helfern meinen Dank aussprechen. Es wird bewundernswürdige Arbeit auf allen Ebenen geleistet, ohne einen Pfennig Geld dafür zu erhalten. Im Gegenteil, es werden Beiträge abgefordert und Spenden werden gesammelt.

Genossen, macht weiter so und deckt noch schlummernde Potenzen auf, jede Aktivität, jeder Hinweis oder Kritik wird dringend gebraucht, gerade jetzt, wo Polen für uns eine der wichtigsten Probleme geworden ist.

Redakteur: Welche Schwerpunkte stehen besonders im neuen Jahr an?

S.: Über Polen haben wir schon gesprochen. Desweiteren arbeiten wir im Augenblick intensiv an demselben Friedensplan, den ihr in der BRD und Westberlin

schon den Regierungen und dem Volk vorgetragen habt. Ansonsten ist ein wesentlicher Punkt die weitere Zusammenfassung und Straffung der Sektion. Die Arbeit wächst uns oftmals über den Kopf, zu viele Potenzen bei einigen Genossen werden aus meist organisatorischen Gründen nicht genutzt, zum Beispiel Artikelschreiben und Berichte. Um es einmal klar zu sagen, die Hauptlast der Arbeit ruht auf zu schmalen Schultern und diesen Zustand wollen wir ändern.

Wenn alles gut läuft, haben wir für die Staatsi noch manche Überraschung parat!

Redakteur: Du sprichst gerade die Staatsi an. Habt ihr eigentlich stark unter Repressalien dieser Büttel zu leiden?

S.: Eine schwierige Frage. Die Ereignisse in Polen haben natürlich die Jungs von der „schnellen Hüfte“ übernervös gemacht. Logisch! Es werden massive Verfolgungen und Bespitzelungen durchgeführt. Mir ist auch schon Schlimmeres zu Ohren gekommen und immer wieder fragen die Genossen, warum schlagen wir nicht zurück? Richtig ist, daß die Partei sich wehren kann, nur wäre es falsch, sich nur auf den Kampf mit der Staatsi zu konzentrieren, unsere Gegner müssen wir erst einmal politisch entlarven und uns selbst festigen. Außerdem sitzt der Feind nicht nur in der Normannenstraße!

Dennoch sollte die Staatsi wissen, daß wir eine Kampfpartei sind. Zur Zeit warten wir bestimmte Entwicklungen noch ab. Aber es gibt Grenzen, die Gegenreaktionen erzwingen.



ben eine ganze Reihe von Flugblättern, Handzetteln und Plakaten verteilt und angebracht. Losungen wurden gemalt und in Diskussionen mit Kollegen wurde der chauvinistischen Hetze der SED konkret entgegengetreten. Wir haben stets sauber zu trennen verstanden, zwischen den berechtigten Forderungen der polnischen Arbeiter und davon profitierender Dissidentengruppen, die auf dem Rücken der Arbeiter ihr Süppchen kochen möchten.

Redakteur: Seid ihr auch gegenüber den polnischen Kollegen aufgetreten?

S.: Sicher! Wir haben eine Spendenaktion unter den Genossen durchgeführt und eine Grußadresse zur Unterstützung der polnischen Brüder geschrieben. Diese beiden Sachen hat ein polnischer Arbeiter, der uns hier in der DDR besuchte und ausführlich über die Ereignisse informierte, für uns übergeben. In-

denkbar. Auch verfangt bei vielen „Schwerverdienern“ die Hetze der SED — „die Polen sind faul; typisch polnische Mißwirtschaft, die Polen wollen die DDR leerkaufen, alles Schieber und Spekulanten.“ Dieser Hetze gilt heute besonders unser Kampf. Mit unseren bescheidenen Mitteln gilt es, dem von der SED geschürten „deutschen Größenwahn“ Paroli zu bieten. Überhaupt gilt es gegen den Pessimismus und Schwarzweißmalerei vorzugehen.

Redakteur: Wieso verfangt diese plumpe SED-Propaganda so leicht?

S.: Viele Polen kauften in der DDR ein. Ich erinnere nur an all die Geschichten, die um den Einkauf von Schuhen oder in Berlin um den Alex existieren. Dabei vergessen viele DDR-Bürger, daß die Polen in Szczecin sicher einen ähnlichen Eindruck von uns bekamen. Fast jeder

bestimmt waren. Nur bleibt dann die Frage, wozu tauschten sie sich soviel Zloty ein?

Redakteur: Wie wird Eurer Meinung die Entwicklung in Polen weitergehen?

S.: Durch das Fehlen einer polnischen Bruderpartei, also einer wahrhaft kommunistischen Arbeiterpartei, wird sich die Situation immer mehr zuspitzen. Die PVAP-Bonzen werden versuchen, einige Führer der neuen Gewerkschaft zu kaufen und andere einzuschüchtern, so daß diese spontane Bewegung sicher nicht über einen begrenzten Rahmen hinauswachsen wird. Das Fehlen einer wahrhaften Arbeiterpartei, die sich die Führung des Kampfes erobern müßte, wird den polnischen Kollegen noch manche bittere Niederlage bescheren. Aber unsere Partei ist guter Hoffnung, daß auch die revolutionären Kräfte Polens sich sammeln und organisieren werden.





Kiel gehört zu den wenigen Städten, in denen die örtliche Gewerkschaftsführung eine Demonstration der streikenden Postler organisierte.

Erfahrungen des Streiks bei der Bundespost

Nach dem Streik in die RGO eingetreten

Gespräch mit einem aktiven Gewerkschafter der Postgewerkschaft

Eine Woche nach dem Ende des Streiks bei der Bundespost führte der „Rote Morgen“ ein Gespräch mit einem Post-Gewerkschafter aus Süddeutschland, der sehr aktiv in der Streikfront gekämpft hatte. Der Kollege zog aus dem Verat der Bonzen an diesem Kampf die Konsequenz: Er ließ sich ein Mitgliedsbuch der RGO aushändigen! Wir veröffentlichen das Interview mit einiger Verspätung.

RM: Kollege, wie ich erfahren habe, hast Du Dich in eurem Streik sehr engagiert. Zunächst einmal die Frage: Wie beurteilst Du den Tarifabschluß, auf den eure Führung sich nach fünf Tagen Streik eingelassen hat?

Kollege: Ich bin wie alle meine Kollegen der Meinung, daß das viel zu wenig ist. Für dieses Ergebnis haben wir nicht gestreikt. Ich will nicht sagen, daß durch den Streik nichts erreicht worden ist. Aber wir hätten weit mehr als vier Freischichten durchsetzen können. 12 Freischichten wollten wir haben und bei vier haben wir eingelenkt. Das wäre nicht nötig gewesen. Das ist einfach zu wenig.

RM: Kann man da überhaupt von einem Ausgleich für die schweren Belastungen der Schichtarbeit bei der Post sprechen?

Kollege: Nein. Durch diese paar Freischichten hat sich an unserer Lage kaum etwas geändert.

RM: Wären die Kollegen bereit gewesen, weiterzustreiken, um ein besseres Ergebnis durchzusetzen?

Kollege: Auf jeden Fall!

RM: Warum hat dann die Gewerkschaftsführung mit diesem miesen Ergebnis den Streik abgebrochen?

Kollege: Hinterher wurde das damit begründet, daß der Streik sich sonst zu einem Politikum ausgewachsen hätte. Der Bundeskanzler wollte seine Regierungserklärung abgeben und da mußte alles sauber sein im Land. Aber was interessiert das uns? Wenn man so einen Kampf anfängt, muß man ihn konsequent durchführen. Meine Kollegen sehen das auch so.

RM: Ist denn durch den Streik überhaupt nennenswert mehr durchgesetzt worden, als Postminister Gscheidle schon vorher angeboten hatte?

Kollege: Doch, das ist der Fall. Wir haben erreicht, daß die Zeit von 20 Uhr bis 6 Uhr früh als Nachtdienst angerechnet wird. Der Minister wollte ursprünglich nur die Zeit von 22 Uhr bis 4 Uhr früh anerkennen. In diesem Fall

wäre nur ein kleiner Teil der Kollegen in den Genuß der vier Freischichten gekommen. So sind jetzt doch die meisten Kollegen erfaßt, die regelmäßige Nachtschicht machen. Allerdings sind wir auch mit dieser Verbesserung noch nicht zufrieden. Bei unseren oft ungewöhnlichen Arbeitszeiten liegt der Dienstschluß bei Nachtschicht häufig noch später als 6 Uhr. Deshalb mußte unserer Meinung nach alle Nachtarbeit ab 20 Uhr bis Dienstende voll angerechnet werden.

RM: Ist denn überhaupt gesichert, daß ihr die vier Freischichten auch echt bekommt oder wird man versuchen, euch mit Arbeitspausen oder früherem Feierabend abzuspeisen?

Kollege: Leider ist nicht einmal die Form der vier Freischichten abgesichert. Möglicherweise kommen die jetzt an und wollen uns das stundenweise anrechnen — heute mal ein halbes Stündchen, morgen wieder eins oder so ähnlich. Vielleicht wollen sie uns sogar die Freizeit viertelstundenweise aufstückeln. Sie könnten dann mit den Pausen kaschieren, daß wir auch noch um diese vier Freischichten beschissen werden. Aber das lassen wir uns nicht gefallen! Die Freischichten brauchen wir für Familie und Erholung.

RM: Wie ist das möglich, daß die Bonzen nicht einmal in diesem Punkt klar Schiff bei dem Tarifabschluß gemacht haben.

Kollege: Der Breit hat sich offenbar breitschlagen lassen. Es kommt uns echt vor, als seien wir total verschaukelt worden. Meiner Meinung nach hätte die Regierung bestimmt nachgegeben, wenn unsere Führung hart geblieben wäre. Sogar ohne daß länger gestreikt worden wäre, hätten sie uns doch größere Zugeständnisse gemacht, wenn Breit darauf bestanden hätte. Aber da wurde einfach ohne Not eingelenkt von denen da oben. Das ist es auch, warum die Kollegen dann so unheimlich sauer und auch deprimiert waren.

RM: Der Streik wurde ausgesetzt, das heißt praktisch abgebrochen, ohne daß die Kollegen vorher durch die Urabstimmung ihren Willen bekunden konnten. Was sagst Du dazu?

Kollege: Dadurch mußten die Kollegen noch vor der zweiten Urabstimmung die Arbeit wieder aufnehmen. Da war eine Riesenumgehung der Arbeit zu leisten. Die ganzen Rückstände, die durch den Streik angefallen sind, und die man unter normalen Verhältnissen vielleicht in Monaten aufarbeiten würde, mußten wir in ein paar Tagen wegstücken. Das bedeutet: massenhaft Überstunden und ein unheimlicher körperlicher Einsatz. Das ist doch ein fauler Trick, wenn man die Kollegen unter solchen Voraussetzungen an die Urne ruft. Viele hatten da einfach keinen Bock mehr, den ganzen Kram noch einmal anzufangen.

RM: Und wie beurteilst Du das Ergebnis der zweiten Urabstimmung?

Kollege: Trotz allem hat fast die Hälfte mit Nein gestimmt. In der ersten Urabstimmung waren 92,5 Prozent für Streik! Das ist eine ganz schöne Ohrfeige für die Gewerkschaftsführung.

RM: Demokratische Willensbildung scheint jedenfalls auf den höheren Ebenen eures Funktionsapparates nicht gefragt zu sein?

Kollege: Nachdem Samstag nacht die Vereinbarung zustande gekommen war, sind die Bezirksvorsitzenden einfach nach Frankfurt gereist, ohne daß vorher Abstimmungen gemacht wurden oder auch nur irgendwie ein Stimmungsbild mitgenommen wurde. Ich habe in dieser Situation alle Kollegen, die ich getroffen habe, gefragt, was sie davon halten. Und sie waren alle total aufgebracht und meinten, daß das doch ein Unding ist.

RM: Ich nehme an, daß dieses Vorgehen der Bonzen bei manchen Kollegen den Eindruck provoziert, daß gewerkschaftlicher Kampf und gewerkschaftlich organisierte Aktivität nicht

viel bringt?

Kollege: Die meisten Kollegen sagen jetzt, der Streik hat sich nicht gelohnt. Und viele, sehr viele sogar, wollen als Konsequenz jetzt aus der Gewerkschaft austreten. Nach meinen Informationen drohen ganze Gruppen geschlossen mit Austritt. Zum einen fühlen die Kollegen sich durch diesen ganzen Mist halt machtlos. Zum anderen wollen sie damit ihren Protest gegen die Bonzen zeigen. Ich kann das schon verstehen. Sie sind Tag und Nacht Streikposten gestanden und haben sich voll für den Streik eingesetzt. Und im Endeffekt wurden sie derart angeschissen.

RM: Trotzdem ist Austritt nicht der richtige Weg.

Kollege: Klar. Deshalb habe ich eine andere Konsequenz gezogen. Ich bin, wie Du weißt, nach dem Streik in die RGO eingetreten. Man muß doch etwas dagegen tun! Ich hoffe, daß ich mit der Zeit eine ganze Menge Kollegen überzeugen kann, die gleiche Konsequenz zu ziehen. Wir müssen gegen diese Politik der Bonzen gemeinsam Front machen. Wir müssen mehr Druck ausüben. Ich als einzelner konnte gegen den Abbruch des Streiks nicht viel machen. Wenn man aber viele Kollegen hat, die geschlossen am gleichen Strang ziehen, sieht es schon anders aus. Dann hätten wir schon was reißen können!

RM: Kannst Du das mal konkreter erläutern?

Kollege: Also ich habe eigentlich nach der Einigung von Samstag nacht den Plan gehabt, einfach so Zettelchen an die Kollegen zu verteilen und sozusagen eine eigene Urabstimmung zu machen. Das hat dann aber nicht mehr geklappt. Und wir hätten nach Frankfurt fahren können mit ganzen Gruppen, wo die Führung über die Vereinbarung die Entscheidung fällen mußte. Wir hätten dort unsere Meinung demonstrieren können, so wie damals bei euch im Ruhrgebiet die Stahlarbeiter bei ihrem Streik immer nach Mülheim gefahren sind. Und außerdem hätten wir uns mit einer RGO-Gruppe auch eher gegen den Einsatz von Beamten als Streikbrecher wehren können.

RM: Dieser Streikbruch war überhaupt eine ungeheure Provokation durch die Regierung. Da hätte die Gewerkschaftsführung doch auch ganz anders reagieren müssen!

Kollege: Die Beamten sind in Angst und Schrecken gejagt worden. Ihnen war verboten, sich an dem Streik zu beteiligen, weil sie ja kein Streikrecht haben, was übrigens auch nicht einzusehen ist. Aber man hat sie ja direkt zu Streikbrecherdiensten gedrückt. Man hat sie von überall herangekarrt, vom Land her und aus Kleinstädten. Ich habe erlebt, daß Beamte, die bis Nachts um eins Streikbrecherarbeit machen mußten, und die von weit her herangekarrt worden waren, dann weinend auf der Straße standen und nicht wußten, wie sie wieder nach Hause kommen sollten. Um die Rückfahrt haben die Dienstherren sich nämlich nicht gekümmert! Dann mußten wir unsere eigenen Streikbrecher nach Hause fahren. Sie haben es ja schließlich nicht freiwillig getan, sondern wurden mißbraucht. Oder ich habe erlebt, wie Beamte schwere Lastwagen fahren mußten, mitten im Stoßverkehr, obwohl sie das gar

den. Die Gewerkschaftsführung sagte ständig: Wir führen einen sauberen Arbeitskampf, nur ja keine Sabotage und ähnliche krumme Sachen. Aber wie ist denn die Gegenseite vorgegangen? Was haben die ständig für Schweinereien gemacht! Das war dermaßen übel! Zum Beispiel wurden in Streiklokalen Telefone abgehört, Gewerkschafter, die am organisieren waren, wurden unterwegs von Verfolgern beschattet. Und dann die Sache mit dem Einsatz von Beamten. Die Dienstherren haben doch gegen Tausende Paragraphen verstoßen. Die wollten mit allen Mitteln unseren Kampf brechen. Wir hatten deswegen bald die Schnauze voll von dem sogenannten sauberen Arbeitskampf. Mit anderen Kollegen hatte ich dann verabredet, daß wir auf eigene Faust etwas unternehmen. Wir hatten bereits geplant, am Montag, also dem Tag, wo der Streik beendet wurde, alles total dichtzumachen, so daß kein einziger Beamter mehr reingekommen wäre. Und außerdem wollten wir eine Demonstration organisieren. Ich hatte da viele Kollegen hinter mir. Aber dann kam die Einigung und da lief dann einfach nichts mehr. Wir hatten auch sonst noch eine Menge Ideen. Wir sind leider zu spät drauf gekommen, daß wir da selbständig vorgehen müssen. Ich denke aber, wenn man die RGO im Rücken hat, dann kann man da besser vorgehen. Und zudem kann man die Kollegen besser informieren und ihnen klarmachen, was Sache ist, daß man da von unten her aktiv werden muß.

RM: Genau das meine ich auch! Jetzt kommt es darauf an, daß eure kommenden Kämpfe in diesem Sinne besser laufen. Ihr habt jetzt eine Menge Erfahrungen gemacht. Dafür, daß Du sie unseren Lesern vermittelt hast, bedanke ich mich herzlich.



Im Zentrum des Kampfes: Verbesserungen für Schichtdienst-arbeiter



Zahlreiche Warnstreiks zeigten bereits vor dem zentralen Streik diese Kampfbereitschaft an.



Gegen die konzentrierte Hetze in den Massenmedien suchten die Postgewerkschafter die Solidarität der Werktätigen.

2. ordentlicher Kongreß der RGO

Die Kampferfahrungen der letzten zwei Jahre zusammenfassen!

KASSEL. — Seit dem Gründungskongreß der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition am 25./26. November in Paderborn sind gut zwei Jahre verstrichen. Jetzt steht der 2. ordentliche RGO-Kongreß vor der Tür. Das Motto des Kongresses lautet: „Für Arbeiterinteressen und klassenkämpferische Gewerkschaftseinheit! Gegen Bosse und Bonzen!“

Rund 200 Delegierte, unter ihnen viele türkische Kollegen, werden im Januar aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus Westberlin zusammenkommen, um ihre verantwortungsvolle Aufgabe anzupacken. Zwei Jahre Kampf gegen Bosse und Bonzen, für die Durchsetzung der Arbeiterinteressen, für die klassenkämpferische Einheit der Gewerkschaftsbewegung liegen hinter der RGO. Da wurden viele Erfahrungen gemacht. Man hat aus Fehlern wie auch aus Erfolgen gelernt, hat sich im Kampf bewähren müssen. Diese Erfahrungen, die Lehren der Kämpfe der Arbeiter gegen das Kapital und gegen den Verrat der Gewerkschaftsbosse, bilden ein wichtiges Kapital, das der Kongreß für die Arbeit und Kämpfe der nächsten Jahre nutzbar machen muß.

Faschismus. Eine größere Zahl von Anträgen will die Verteidigung der Einheitsgewerkschaft als wichtige Aufgabe der RGO ausdrücklich in das Aktionsprogramm der RGO aufgenommen wissen. Weitere Schwerpunkte in den Anträgen sind unter anderem die Verstärkung der Aktivitäten der RGO in Bezug auf die gewerkschaftliche Frauenarbeit, die Verbesserung des Verbandslebens in den Ortsgruppen und die Verstärkung des Erfahrungs- und Informationsaustausches innerhalb der RGO.

Die RGO mißt seit ihrer Gründung der internationalen Solidarität der Arbeit große Bedeutung bei. Dies spiegelt sich auch auf dem Kongreß wider. Aus Albanien, Dänemark, Kanada, Spanien und den USA werden Delegationen befreundeter gewerkschaftlicher Orga-

Zur Teilnahme an dieser Großveranstaltung, auf der die Ergebnisse des 2. ordentlichen RGO-Kongresses zum erstenmal der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden, ruft der „Rote Morgen“ alle seine Leser auf. Diese Veranstaltung wird uns allen sicher neue Impulse und neuen Schwung dafür geben, daß wir zur Stärkung der RGO und des Kampfes der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für die klassenkämpferische Gewerkschaftseinheit, noch besser beitragen können.



Am 25. November 1978 trat unter der Parole „Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen“ in Paderborn der Gründungskongreß der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition zusammen. Die Kampferfahrungen, die die RGO seitdem sammeln konnte, werden nun auf dem 2. ordentlichen RGO-Kongreß zusammengefaßt.

KBW-Mitglied aus der IG Druck ausgeschlossen

Empörung im Ortsverein Stuttgart

Mitgliederversammlung fordert Rücknahme des Ausschlusses

STUTTGART. — Trotz massiver Proteste des Ortsvereins Stuttgart der IG Druck und Papier wurde am 5. Dezember der Stuttgarter Gewerkschafter Harald Schöpfer vom Hauptvorstand aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Als Ausschlußgrund dient die Kandidatur des Kollegen Schöpfer für den KBW bei der Bundestagswahl 1980.

Der skandalöse Beschluß wurde vom Hauptvorstand einstimmig gefaßt. Also haben auch diejenigen IG-Druck-Führer, die wie Leonhard Mahlein und Detlev Hensche auf dem Gewerkschaftstag unzweideutige Lippenbekenntnisse zur Einheitsgewerkschaft abgegeben haben, für den Ausschluß gestimmt.

Der Antrag für den Ausschluß war am 30. September letzten Jahres vom Landesbezirksvorstand Baden-Württemberg mit 14 gegen 5 Stimmen gestellt worden. Als Begründung für den Ausschlußantrag bezog sich der Landesbezirksvorstand hauptsächlich auf Leitsätze des KBW zur Gewerkschaftsarbeit, die aus dem Jahr 1973 stammen. Angeblich verstoßen diese Leitsätze des KBW „eindeutig gegen die Grundsätze der Einheitsgewerkschaft“. Es gehört schon eine sehr zynische Haltung dazu, einen linken Gewerkschafter mit einer solchen Argumentation auszuschließen!

In der IG Druck und Papier gibt es keinen Unvereinbarkeits-

beschluß gegen revolutionäre Gewerkschafter: Er wurde auf dem vorletzten Gewerkschaftstag abgeschafft. Die Begründung für den Ausschluß des Kollegen Schöpfer läßt sich deshalb nicht mit der Satzung der IG Druck und Papier in Einklang bringen. Ebenso wenig mit den Beschlüssen und Erklärungen des letzten Gewerkschaftstages zur Verteidigung der Einheitsgewerkschaft.

So heißt es zum Beispiel im schriftlichen Geschäftsbericht des Hauptvorstands an den Gewerkschaftstag: „Allgemeingültiger Maßstab für das Verhalten der Mitglieder und Funktionäre kann nur das praktische gewerkschaftliche Verhalten sein.“ Und was dies betrifft, so erklärte die Mitglieder- und Delegiertenversammlung (MDV) des Ortsvereins Stuttgart der IG Druck in einem Antrag an den Hauptvorstand: „Wir halten den Kollegen Harald Schöpfer nach wie vor für einen guten Gewerkschafter und werden auch weiterhin das gewerkschaftliche

Engagement des Kollegen Schöpfer für die Arbeit des Ortsvereins Stuttgart in Anspruch nehmen.“

Dieser Antrag wurde von der MDV als Reaktion auf den Ausschluß mit 40 Ja-Stimmen gegen 7-Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen verabschiedet. In dem Antrag drückt die MDV ihre Empörung über den Ausschluß aus und brandmarkt ihn als „satzungswidrig und als einen Verstoß gegen den Grundsatz der Einheitsgewerkschaft“. Der Antrag fordert zugleich den Hauptausschuß der IG Druck auf, den Beschluß des Hauptvorstands zu revidieren. Ferner wird in dem Antrag angekündigt, daß der Kollege Schöpfer als Gast weiterhin an den Veranstaltungen des Ortsvereins Stuttgart teilnehmen kann.

Harald Schöpfer war bis zu seinem Ausschluß Mitglied des Ortsvereinsvorstandes in Stuttgart, Vorsitzender der Berufsgruppe graphischer Hilfskräfte, Vertrauensmann und Delegierter im Ortsverein sowie auch im Bezirk Stuttgart. Bereits gegen den Ausschlußantrag hatte der Ortsvereinsvorstand sowie die Vertrauensleutekonferenz des Ortsvereins scharf protestiert.

Auf der jetzigen MDV, die am 11. Dezember stattfand, wurden außer dem bereits erwähnten Antrag an den Haupt-

vorstand noch zwei weitere Beschlüsse zum Fall Harald Schöpfer gefaßt: erstens, daß eine ausführliche Erklärung der MDV gegen den Ausschluß in der Zeitschrift des Ortsvereins Stuttgart „Stuttgarter Solidarität“ veröffentlicht wird. Ferner, daß eine Mitgliederversammlung zum Thema „Ausschlußverfahren und gewerkschaftliche Demokratie“ einberufen wird, zu der auch der IG-Druck-Vorsitzende Mahlein eingeladen wird.

Aus Protest gegen den Ausschluß ist übrigens ein Mitglied des geschäftsführenden Ortsvereinsvorstandes zurückgetreten. Aus der MDV wurde die Forderung erhoben, daß der gesamte Ortsvereinsvorstand aus Protest zurücktreten solle. Oppositionelle Vertrauensleute und Betriebsräte des Stuttgarter Ortsvereins wollen dafür sorgen, daß in der linken Presse über den Ausschluß berichtet wird. Ferner wollen die Kollegen ihre Kontakte zu anderen Ortsvereinen nutzen, um einen breiten Protest zu initiieren.

Auch wir rufen unsere Leser auf, diese Proteste zu unterstützen! Protest- und Solidaritätserklärungen sind zu richten an:

• Hauptausschuß der IG Druck und Papier, z. HD. Günter Brüss, Mansfelder Platz 6, 5000 Köln 41.

GROSSVERANSTALTUNG, DORTMUND, 18.01.81



Rede des RGO-Vorsitzenden:
„Was hat uns der Kongreß gebracht. Die wichtigsten vor uns liegenden Aufgaben“

Witzig, bissig, brandaktuell:
Kabarett „Zeitzünder“

RGO-Betriebsrat Hartmut Simon von Hoesch/Dortmund:
„Kampf gegen Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung“

Erstmalig in der Bundesrepublik:
Gewerkschafter aus Albanien

Sowie:
Lieder, Sketsche, Volkstanz, Kabarett

ENTRITT: 5 MARK

Über hundert Anträge liegen dem Kongreß vor. Sie befassen sich mit allen möglichen Fragen, angefangen von der Verbesserung der Zusammenarbeit der RGO-Gruppen in den verschiedenen Branchen bis hin zu Änderungen des Statuts und der Gründungserklärung der RGO. Natürlich befassen die Anträge sich auch mit den wichtigsten Aufgaben des gewerkschaftlichen Kampfes gegen die Unterdrückung und gegen Reaktion und

nisationen erwartet, die sich als Gäste an den Arbeiten des Kongresses beteiligen wollen. Besonders stolz ist die RGO natürlich über die Teilnahme der Delegation des Gewerkschaftsverbandes der Sozialistischen Volksrepublik Albanien. Alle ausländischen Delegationen werden auch an der großen öffentlichen Abschlusveranstaltung des Kongresses am 18. Januar in der Dortmunder Westfalenhalle teilnehmen.

Erklärung der drei RGO-Betriebsräte zum Warnstreik in Werk Süd — HDW/Kiel

Am Freitag, den 12.12.1980 legten die Kollegen in Werk Süd für eine Stunde die Arbeit nieder. Angeblich streikten sie für den Bau von zwei U-Booten für das faschistische Pinochet-Regime in Chile. Angeblich stehen der Betriebsrat und 7 500 Beschäftigte von HDW/Kiel hinter diesem Streik.

Wir, die drei RGO-Betriebsräte von HDW/Kiel erklären hingegen: Die berechtigte Sorge vieler Kollegen um ihren Arbeitsplatz ist von rechten SPD-Politikern in Bonn und Kiel, der Geschäftsleitung der HDW/Kiel und einzelnen Betriebsräten schamlos ausgenutzt worden, um spekulative Rüstungsgeschäfte mit faschistischen Diktaturen machen zu können. Die Kollegen mußten herhalten, um für die Bonner Rüstungslobby Propaganda zu machen.

Wir sind grundsätzlich Gegner der Rüstungsproduktion, wir sind erst recht Gegner von Rüstungslieferungen in Spannungsgebiete und an faschistische Diktaturen.

Wir wissen uns darin einig mit den Entschlüssen des 13. Gewerkschaftstages der IG Metall.

Wir wissen auch, daß die Mehrheit der Kollegen auf HDW/Kiel, die Mehrheit des Vertrauensleutenkörpers und ein Teil des Betriebsrates diese Entschlüsse der IG Metall bekräftigen. Wir sprechen daher dem Betriebsratsvorsitzenden Otto Böhm sowie der Mehrheit des Betriebsausschusses ganz entschieden das Recht ab, in dieser Frage für den Betriebsrat geschweige denn für die Belegschaft zu sprechen.

Der Warnstreik in Werk Süd ist von Teilen des Betriebsausschusses angezettelt worden. Wir fordern deshalb die Ortsverwaltung der IG Metall/Kiel auf, gegen die verantwortlichen Betriebsräte ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten einzuleiten.

Wir sind immer für die Sicherung der Arbeitsplätze auf HDW/Kiel eingetreten. Wir wissen aber — nicht zuletzt aus den wissenschaftlichen Untersuchungen der IG Metall — daß in der Rüstungsproduktion die Arbeitsplätze am unsichersten sind.

Wir fordern deshalb:
Rücknahme der Produktionsgenehmigung für die beiden U-Boote an Chile! Sicherung der Arbeitsplätze durch Handelsschiffe bei gleichzeitigem Rationalisierungsstopp!

Keine U-Boote für das faschistische Chile!

Rechte Betriebsratsclique bei HDW trommelt für U-Boot-Bau

„Warnstreik“ auf Weisung Bonns? / Erklärung der RGO-Betriebsräte

KIEL. — Im Dezember ging die Meldung durch die bürgerliche Presse: Werftarbeiter bei Howaldt Werke — Deutsche Werft (HDW) in Kiel streikten für die Durchführung eines Rüstungsauftrages, konkret für den Bau von zwei U-Booten, die an das faschistische Chile geliefert werden sollen. Aber an diesem „Streik“ war etwas faul!

Am 12.12. ruhte im Werk Süd der HDW-Werftbetriebe in Kiel tatsächlich für eine Stunde die Arbeit. Die Initiative ging jedoch nicht von den Arbeitern sondern vom Betriebsratsvorsitzenden Otto Böhm und seiner Clique rechter IGM-Betriebsräte aus. Die Forderung: Der Auftrag des chilenischen Diktators Pinochet auf Bau und Lieferung von zwei U-Booten soll ausgeführt werden.

Diesem Auftrag steht in der Bundesrepublik das gesetzliche Verbot der Lieferung von Rüstungsgütern in Spannungsgebiete entgegen. Zwischen Chile und Argentinien bestehen be-

kanntlich Gebietsstreitigkeiten. Aber nicht nur darin liegt ein Hindernis für den Rüstungsauftrag. Das blutige chilenische Regime steht am Pranger der Weltöffentlichkeit, es wird von allen Demokraten auch in unserem Land gehaßt und bekämpft. Zudem gibt es Beschlüsse des Gewerkschaftstages der IG Metall, die sich gegen die Ausweitung der Rüstungsproduktion wie auch gegen die Unterstützung faschistischer Regimes mit Waffen richten.

Wie aus einem Flugblatt der KPD in Kiel hervorgeht, das bei HDW verteilt wurde, erhielt der Betriebsratsvorsitzende Otto

Böhm einen Anruf aus Bonn, bevor er im Werk Süd (wo die U-Boote gebaut werden sollen) im Einvernehmen mit den HDW-Bossen den „Warnstreik“ inszenierte. Die meisten Kollegen legten die Arbeit nur widerwillig nieder, obwohl Böhm und Konsorten im Verein mit den HDW-Bossen eine üble Panikmache betrieben und behaupteten, ohne den U-Boot-Bau müßten das Werk Süd und andere Teile der HDW-Werft stillgelegt werden. Unter den Werftarbeitern aber herrschte zum Teil Empörung, daß hier in ihrem Namen für den U-Boot-Bau getrommelt wurde.

In dem erwähnten Flugblatt der Betriebszelle unserer Partei heißt es unter anderem: „Plötzlich hatten Böhm, Seidel und andere ihr Herz für die Arbeiterinteressen wiederentdeckt. Sie reagierten schnell und es gab diesen Warnstreik. Aber warum reagierten sie nicht mit diesem

Mittel, als der Henke-Plan bekannt wurde?“ (Henke-Plan: Plan des HDW-Vorstands, der die Vernichtung von 1 500 Arbeitsplätzen und andere Rationalisierungsmaßnahmen vorsieht)

Und ferner heißt es in dem Flugblatt: „Die Rüstungsproduktion sichert keine Arbeitsplätze, sie sichert nur die Profite der Konzerne. Mit dem so gewonnenen Geld wird rationalisiert, werden gerade Arbeitsplätze vernichtet.“

Nach dem „Warnstreik“, der die Arbeiter vor den Karren der Rüstungsprofiteure spannen sollte, kam es innerhalb der IG Metall in Kiel und im Vertrauensleutenkörper von HDW zu Auseinandersetzungen über das Vorgehen von Böhm und Konsorten. Und einige Kollegen sind an Genossen unserer Partei herangetreten mit dem Vorschlag, gemeinsam einen Anti-Kriegs-Arbeitskreis in der IGM ins Leben zu rufen. Die drei RGO-Betriebsräte bei HDW in Kiel verbreiteten eine schriftliche Erklärung zu den Vorfällen und dem „Warnstreik“, die wir nebenstehend im vollen Wortlaut veröffentlichen.

Zahlreiche Streiks in den letzten Wochen

100 000 beteiligten sich an Arbeitsniederlegungen

Unternehmerangriffe stoßen auf wachsenden Widerstand

Allein in den letzten beiden Monaten des vergangenen Jahres haben sich ca. 100 000 Arbeiter und Angestellte in der Bundesrepublik und in Westberlin an Arbeitsniederlegungen beteiligt. Die ungewöhnliche Anhäufung

Seit Anfang November 1980 legten in zahlreichen Betrieben die Arbeiter und Angestellten zum Teil kurzfristig, teilweise für mehrere Stunden und in einigen Fällen unbefristet die Arbeit nieder, um sich gegen Arbeitsplatzvernichtung und Reallohnabbau zu wehren oder um bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Teilweise handelte es sich um selbständige Aktionen einzelner Belegschaften, die ohne Zutun der Gewerkschaften zustandekamen. Ein anderer Teil der Protest- und Kampfmaßnahmen betraf ganze Branchen und war gewerkschaftlich organisiert bzw. die Gewerkschaften hatten dazu aufgerufen.

Der wichtigste dieser Kämpfe war der Streik bei der Bundespost, der fünf Tage währte und bei dem es um einen Freizeitausgleich für die schweren Belastungen bei Schichtarbeit ging. Den Warnstreik in der Textil- und Bekleidungsindustrie, bei dem die Gewerkschaftsführung die Kampfbereitschaft der Kollegen in eine falsche Richtung gelenkt hat (Erneuerung des Welttextilabkommens), nicht gerechnet, liegt die Zahl der an Arbeitsniederlegungen beteiligten Lohnabhängigen bei rund 100 000.

Allein schon die große Zahl der Streik- und Protestaktionen und der daran beteiligten Arbeiter und Angestellten in den letz-

ten sechs bis acht Wochen zeigt, daß der Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Unternehmer stärker wird.

Breite Teile der Arbeiter und Angestellten sind nicht mehr bereit, die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage kampflos hinzunehmen. Davon zeugen auch die ausgezeichneten Ergebnisse bei den Urabstimmungen der Postgewerkschaft und der IG Chemie in der bayerischen Glasindustrie. Bei der Bundespost sprachen sich 92,4 Prozent der organisierten Arbeiter und Angestellten für den Streik aus. In der bayerischen Glasindustrie stimmten ebenfalls über 90 Prozent der Kollegen für Streik.

Bei den selbständigen Kämpfen einzelner Belegschaften, die sich in den meisten Fällen gegen Stilllegungen und Massenentlassungen richteten, stechen teilweise die militanten Kampfformen hervor. So etwa die Betriebsbesetzungen bei ENKA in Kassel und bei Pongs in Aachen. Auch die Massendemonstration in Dortmund für den Bau eines neuen Stahlwerks und gegen die Arbeitsplatzvernichtung bei Hoesch, an der sich außer den Hoesch-Belegschaften Zehntausende von Werktätigen aus Dortmund beteiligten, markiert eine neue Stufe des Kampfes für die Verteidigung bedrohter Arbeitsplätze.

Das Erstarken des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter-

klasse wird allerdings ständig sabotiert und gebremst durch die Führungen der Gewerkschaften. Während die Kapitalisten immer rücksichtsloser die Krisenlasten auf die Arbeiter abwälzen, predigen Vetter und Konsorten nach wie vor die „Sozialpartnerschaft“. Wo sie einen Streik nicht mehr verhindern können, sabotieren sie mit der Schwerpunktakt, also durch die Verhinderung einer geschlossenen und einheitlichen Kampffront, seine Durchschlagskraft. Ferner wenden sie sich ständig gegen ein konsequentes Vorgehen gegen organisierten Streikbruch. Sie bemühen sich, jeden Streik so schnell wie möglich abzuwürgen. Der Poststreik hat dafür erneut ein Beispiel geliefert.

Die DGB-Bonzen sind auch dafür verantwortlich, daß es bisher nicht möglich war, von zahlreichen vereinzelt Aktionen und Kämpfen in einzelnen Betrieben und Branchen zu gemeinsamen Aktionen größerer Teile der Arbeiterklasse bzw. der gesamten Arbeiterklasse überzugehen. Die Notwendigkeit, dies zu tun, zeigt sich jetzt immer deutlicher: sowohl anhand der ungeheuren Rationalisierungs- und Entlassungsfeldzüge der Kapitalisten, als auch im Zusammenhang mit den staatlichen Angriffen auf den sozialen Besitzstand des arbeitenden Volkes.

Auch gegen den Versuch des Kapitals, die Reallohn empfindlich abzubauen, sind gemeinsame Kämpfe der gesamten Arbeiterschaft erforderlich.

Die Offensive der Kapitalisten und der Regierung gegen den sozialen Besitzstand des arbeitenden Volkes muß gebremst werden. Das ist jedoch nur möglich, wenn ihr die Offensive der Arbeiterklasse entgegengesetzt wird. Die ständige Verschlechterung unserer Lebenslage, die zunehmende Verelendung läßt sich nicht aufhalten, solange man nur auf die schlimmsten und brutalsten Vorstöße gegen Lohn und Arbeitsplätze von Fall zu Fall reagiert.

Von dieser Stufe des Reagierens und der Zersplitterung der Abwehraktionen müssen wir uns lösen, um zur offensiven Aktion der gesamten Klasse, zum bewußten Kampf Klasse gegen Klasse zu kommen.

Gerade dies aber wollen die DGB-Bonzen um jeden Preis verhindern. Denn ihre Funktion ist es, die Arbeiterklasse an der Kette des Kapitals zu halten. Deshalb ist die Organisation der revolutionären Opposition in den Gewerkschaften eine unbedingte Notwendigkeit.

Ohne das Erstarken der RGO kann die Arbeiterbewegung die Fesseln nicht sprengen, die ihr durch die reformistischen Gewerkschaftsbonzen angelegt werden.

werkschaften in der EG zusammen einen „Warnstreik“ in der gesamten Textilindustrie der EG für die Verlängerung des Welttextilabkommens und für die Durchsetzung der Profitinteressen der westeuropäischen Textilkonzerne gegenüber der Konkurrenz außerhalb Westeuropas.

Demagogisch schimpfen Keller und Konsorten über die „Flut der Billigimporte“ aus den Entwicklungsländern, durch die hier die Arbeitsplätze vernichtet würden. Dabei unterstützen diese Arbeiterverräter aber faktisch die Verlagerungspolitik „ihrer eigenen“ Textilkapitalisten. Wie verlogen diese Kampagne der reformistischen Gewerkschaftsbonzen ist, zeigt sich auch daran, daß die Textilunternehmer dem von Keller und Konsorten initiierten „Warnstreik“ mit größtem Wohlwollen gegenüberstanden.



Schwarze Fahnen haben die Näherinnen aus den Fenstern des Fabrikgebäudes gehängt! Aus Protest gegen Massenentlassungen und die Verlagerung der Produktion ins Ausland sind sie in einen Warnstreik getreten.

Streikaktionen seit Anfang November

• Am 28. Oktober begann der Streik im Fahrzeug- und Karosseriehandwerk Niedersachsens und Bremens für eine Erhöhung der Tariflöhne um 10,5 Prozent. Der Streik, an dem sich ca. 4 000 Kollegen beteiligten, dauerte dreieinhalb Wochen. Die Führung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff ließ sich trotz der großen Kampfbereitschaft der Kollegen auf einen Abschluß von nur 6,7 Prozent ein.

• Am 7. November legten 1 200 Arbeiter bei Hoesch in Kreuztal (Siegerland) die Arbeit nieder und demonstrierten gegen die vermutete Absicht der Hoesch-Bosse, die Walzstraße des Kaltwalzwerkes stillzulegen.

• Am 12. November streikten die 150 Beschäftigten des SPD-eigenen Druckhauses Deutz in Köln mit dem Beginn der Frühschicht. Sie wehrten sich damit gegen die Schließung des Druckhauses durch die SPD-Bosse. Außerdem führten die Kollegen eine Protestdemonstration durch. Eine der Parolen der Kollegen: „Wer hat uns verraten? — Sozialdemokraten!“ Trotz der Proteste der Arbeiter beschloß der paritätisch besetzte Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender der IG-Druck-Vorsitzende Leonhard Mahlein ist, mit nur einer Gegenstimme die Stilllegung.

• Seit Mitte November führten die Beschäftigten der Metallindustrie in Niedersachsen mehrfach Warnstreiks durch. Sie protestierten gegen die Verschleppung der Manteltarifverhandlungen seitens der Metallunternehmer, die bereits seit sechs Jahren laufen. An den Streikaktionen waren insgesamt mehrere zehntausend Metallarbeiter beteiligt.

• Am 14. November führten die Redakteure in ungefähr 200 Zentral- und Bezirksredaktionen von Tageszeitungen Warnstreiks von mehrstündiger Dauer und Demonstrationen durch. Sie forderten einen neuen Manteltarifvertrag, der ihnen die 40-Stunden-Woche in fünf Tagen sichert. Die Unternehmer mußten daraufhin der stufenweisen Einführung der 40-Stunden-Woche in fünf Tagen bis 1984 zustimmen.

• Am 17. November streikten bei Benteler in Bielefeld (einem Unternehmen der Stahlindustrie) die Arbeiter der mechanischen Abteilung und der Achsfertigung von 13 Uhr bis 16 Uhr. Ihr Kampf richtete sich gegen die zu hohen Akkordzeiten.

• Vom 19. bis zum 25. November streikten bei der Deutschen Bundespost insgesamt 30 000 Arbeiter und Angestellte. Ihre Forderung: anderthalbfache Bewertung der Nachschichten. In einer Urabstimmung hatten sich zuvor 92,4 Prozent der Kollegen für Streik ausgesprochen. Nach fünftägiger Dauer nahm die Führung der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) einen faulen Kompromiß an und würgte den Streik ab. Die zweite Urabstimmung wurde erst nach dem Abbruch des Streiks durchgeführt. Nur 51,2 Prozent der Kollegen stimmten jetzt für die Annahme des Tarifabschlusses.

• Vom 25. bis 26. November streikten die 1 200 Arbeiter der zum AEG-Konzern gehörigen Firma Duofrost Kühl- und Gefriergeräte in Wiesbaden gegen die geplante Entlassung von 650 Arbeitern. Die Kollegen kämpften damit gegen einen Sozialplan, den der Betriebsrat bereits gebilligt hatte. Bereits im Oktober hatten 650 Arbeiter des Werkes gegen den Entlassungsfeldzug gestreikt.

• Am 26. November legten in der Autofabrik Karmann in Osnabrück 200 Arbeiter in der Sattlerei und Näherei von 6 Uhr morgens bis 12.15 Uhr die Arbeit nieder. Sie streikten gegen die geplante Auslagerung der Textilfertigung aus dem Osnabrücker Werk. Daraufhin wurde die Entscheidung über die Auslagerung von den Bossen zunächst verschoben.

• Am 28. November um die Mittagsstunde legten rund 10 000 Stahlwerker bei den Hoesch-Werken in Dortmund die Arbeit nieder und marschierten gemeinsam mit solidarischen Werktätigen aus Dortmund von den Werkstoren aus zur Innenstadt, wo eine Protestkundgebung stattfand. An der Aktion beteiligten sich insgesamt 70 000 Menschen. Die Forderung: Sofortiger Bau eines neuen Stahlwerks als Ersatz für die stillgelegten Siemens-Martin-Werke!

• Von Ende November bis Anfang Dezember kam es unter den deutschen Zivilbeschäftigten der Besatzungstreitkräfte mehrfach zu Streikaktionen im Rahmen der Lohnstarifverhandlungen. Die Streiks dauerten teils einige Stunden, teils einen ganzen Tag lang. Mehrere tausend Kollegen waren beteiligt. Die Kollegen wehrten sich damit gegen vorgesehene Lohnkürzungen bei den unteren Lohngruppen, die bis zu 12 Prozent betragen sollten.

• Auch in der Schuhindustrie kam es Ende November in zahlreichen Fabriken zu Warnstreiks, an denen sich rund zehntausend Arbeiter beteiligten. Auch hier ging es um die Tariflöhne. Die Gewerkschaft Leder forderte 80 Pfennig mehr Stundenlohn bzw. durchschnittlich 10,5 Prozent. Trotz der Kampfbereitschaft der Kollegen kam es zu einem faulen Kompromiß, nachdem die Gewerkschaftsführung zuvor das Scheitern der Verhandlungen erklärt hatte: In den Schlichtungsverhandlungen wurde die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6,54 Prozent vereinbart.

• Am 8. Dezember begann ein Schwerpunktsstreik von 1 300 Arbeitern in der bayerischen Flachglasindustrie. Die Kollegen, die gegenüber anderen Tarifbezirken benachteiligt sind, fordern 9 Prozent Lohnerhöhung und eine kostenneutrale Vorweganhebung sowie die stufenweise Angleichung an die Löhne der anderen Tarifbezirke. Der Streik wurde nach zehn Tagen in vier von fünf bestreikten Betrieben beendet, nachdem die IG-Chemie-Führung einer Lohnerhöhung von 6,9 Prozent und einer Vorweganhebung um 19 bis 23 Pfennig zugestimmt hatte. In einem der Betriebe dauerte der Streik bei unserem Redaktionsschluß noch an, weil der Unternehmer sich weigerte, den Tarifabschluß anzuerkennen.

• Seit dem 11. Dezember hält die Belegschaft des 850 Beschäftigte zählenden Chemiefaser-Werkes in Kassel der ENKA AG (Wuppertal), die zum holländischen Konzern AKZO gehört, den Betrieb besetzt. Die Kollegen führen jedoch die Produktion weiter. Sie kämpfen gegen die geplante Schließung des Werkes.

• Am 15. Dezember legte das fliegende Personal der Lufthansa durch einen zweistündigen Warnstreik auf allen Verkehrsflughäfen der Bundesrepublik zeitweise den Luftverkehr lahm. Es ging um bessere Arbeitsbedingungen, insbesondere um die personelle Besetzung der Cockpits. Weitere Warnstreiks wurden angekündigt.

• Die letzte Aktion, die uns vor Redaktionsschluß bekannt wurde: Am Mittwoch, den 17. Dezember, besetzte die 1 300 Beschäftigte zählende Belegschaft der Firma Pongs Gummithechnik in Aachen den Betrieb. Damit wollen sie sicherstellen, daß weder Pongs-Produkte noch irgendwelches Inventar aus dem Werk transportiert werden kann. Die Firma hat Konkurs angemeldet. Das Pongs-Werk soll stillgelegt werden. Die Belegschaft fordert jedoch die Weiterführung des Betriebes. Vor den Toren haben die Besetzer Wachen aufgezogen, die jedes Fahrzeug, das das Werks Gelände verlassen will, genau kontrollieren.

Näherinnen von Solida kämpfen gegen Massenentlassung

Schwarze Fahnen hingen aus den Werksfenstern

Protestaktion gegen Verlagerung der Produktion nach Fernost

OSNABRÜCK. — Am 27. November protestierten die Näherinnen der Bekleidungsfabrik „Solida“ in Osnabrück gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze und die Verlagerung der Produktion nach Fernost. Spontan legten die Arbeiterinnen die Arbeit nieder und hängten schwarze Fahnen aus den Fenstern des Fabrikgebäudes.

Wie auch in vielen anderen Unternehmen der Bekleidungsindustrie wollen die Kapitalisten der Solida-Berufskleidungsfabrik die Produktion nach Fernost verlagern, um durch die niedrigen Löhne, die sie dort den rechtlosen und schwer unterdrückten Arbeitern zahlen, höhere Profite zu machen. Ein großer Teil der importierten Textilien in der Bundesrepublik stammt aus solchen verlagerten Produktionen deutscher Unternehmer in sogenannten Billiglohnländern, vor allem im fernen Osten.

Im Inland vernichten die Textilkonzerne immer mehr Arbeitsplätze, während sie zugleich bei den verbleibenden Beschäftigten die Schraube der Ausbeutung immer schärfer anziehen: durch Arbeitshetze, Schichtarbeit und Löhne, die ganz unten auf der bundesdeutschen Lohnskala rangieren. Und in den sogenannten Billiglohnländern beteiligen sie sich an der dortigen noch erbarmungsloseren Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter, die dort für Hungerlöhne schuf-

ten müssen.

Auch in den inländischen Bekleidungsfabriken, in denen fast ausschließlich Frauen beschäftigt werden, wächst in letzter Zeit die Unruhe und Kampfbereitschaft. Die Aktion der Solida-Näherinnen ist ein Beispiel dafür. Durch die Auslagerung sind 86 Arbeitsplätze in Gefahr. Als am 27. November die Unternehmensleitung die ersten Kündigungen im Werk verteilen ließ, gab es einen kleinen Aufstand. Plötzlich war schwarzer Stoff da. Große Buchstaben wurden ausgeschnitten und an die Fenster geklebt: „Massenentlassungen“. In großen Teilen des Werkes ruhte die Arbeit für einige Zeit. Schwarze Fahnen und Tücher wurden aus den Fenstern gehängt.

Als die Bosse die Arbeiterinnen aufforderten, die Fahnen abzunehmen, weigerten sie sich beharrlich. Die Kolleginnen forderten die Rücknahme der Kündigungen.

Ähnliche Aktionen hat es in den letzten Monaten und Jahren auch in vielen anderen Textil- und Bekleidungsbetrieben gege-

ben. Die Bonzen der IG Textil- und Bekleidung denken jedoch nicht daran, gewerkschaftliche Maßnahmen zur Unterstützung dieses Widerstandes gegen die Massenentlassungen und Stilllegungen zu organisieren.

Der Chef dieser Gewerkschaft, Berthold Keller, gehört zu den übelsten Arbeiterverrättern im DGB. Statt gegen den Rationalisierungsterror und gegen die Betriebsstilllegungen mobil zu machen und den Kampf für die 35-Stunden-Woche zu organisieren, initiierte er vor einigen Wochen mit anderen Bonzen reformistischer Ge-

20. Strafrechtsänderungsgesetz:

Die Paragraphen 88a und 130a sollen fallen

„Weg mit den Zensurparagraphen 88a und 130a!“ — Diese Forderung ist fester Bestandteil des demokratischen und antifaschistischen Kampfes in der BRD geworden. Welcher Genosse erinnert sich nicht der kämpferischen Demonstrationen der Jahreswende 1975/1976, als Tausende gegen das 13. bzw. 14. Strafrechtsänderungsgesetz auf die Straße gingen. Bücher kann man füllen mit den Protesten aus allen Kreisen der Bevölkerung, mit den Stellungnahmen der demokratischen Schriftsteller und Kulturschaffenden.

Sie alle einte die Ablehnung eines Gesetzes, das das Grundrecht auf Meinungsfreiheit ebenso aushöhlt wie das Recht des Arbeiters auf Streiks, die vom Staat nicht gebilligt und deshalb für „illegal“ und „gewalttätig“ erklärt werden. Eines Gesetzes, das vor allem den revolutionären Klassenkampf, den Kampf zur Beseitigung des kapitalistischen Systems der

Ausbeuter und Kriegstreiber, wie ihn die Kommunistische Partei führt, als kriminell hinstellt und die kommunistische Presse mit schweren Strafen bedroht. Dieser Protest kam auch aus dem Ausland und ist bis heute nie abgerissen.

Mit einem 20. Strafrechtsänderungsgesetz sollen die Paragraphen 88a und 130a jetzt aufgehoben werden.

Ein Erfolg des Widerstandes

Daß sich die Regierungsparteien zu diesem Schritt veranlaßt sehen, ist ein bedeutsamer Erfolg, der auf die Hartnäckigkeit des Widerstandes zurückzuführen ist. Wir freuen uns, wenn diese Paragraphen verschwinden.

Man muß sich allerdings vor der Auffassung hüten, daß wir jetzt plötzlich ein freies Strafrecht hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Im Zuge der 14. Strafrechtsänderung und hinterher sind viele weitere reaktionäre Paragraphen geschaffen worden, für die Zukunft sind weitere vorgesehen.

In diesem Artikel wollen wir auf die Auswirkungen der vorgesehenen Reform, ihre Hintergründe und die heutige strafrechtliche Situation in dem betroffenen Bereich eingehen.

Die „Verteidigung der Inneren Sicherheit..

Mit seinen Paragraphen gegen die „Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten“ (88a) und die „Anleitung zu Straftaten“ (130a) ist das am 1. Mai 1976 in Kraft getretene 14. Strafrechtsänderungsgesetz ein wesentlicher Bestandteil der Faschisierung in unserem Staat.

Das Grundrecht der freien Meinungsäußerung, die Freiheit von Kunst und Kultur werden nicht nur eingeschränkt, sondern praktisch aufgehoben und der Willkür staatlicher Zensurbehörden unterworfen. Bücher, Theaterstücke usw., die das Thema „Gewalt“ behandeln oder nur enthalten — Gewalt als Gegenwehr der Unterdrückten, die nach der Logik der Herrschenden die „Verfassungsgrundsätze gefährdet“ — können nach den Paragraphen verfolgt und verboten werden. Selbst historische Stücke sind bedroht — man erinnert sich an die Bücherverbrennungen der Hitler-Faschisten. In vielfältiger Form reagierten deshalb die fortschrittlichen Kulturschaffenden. Dafür hier einige Beispiele.



Zeichnung von Marie Marcks. (Die Zeichnung wurde erst nach mehrmaligem Angebot von einer Wochenzeitung gedruckt, nachdem die aktuelle Diskussion beendet war.)

Eine der wirkungsvollsten Kampagnen startete eine „Initiative von Verlegern, Buchhändlern und Kulturschaffenden“ gegen die 13. (später 14.) Strafrechtsänderung. An ihrem Zustandekommen hatte übrigens der heutige Geschäftsführer der VOLKSFRONT, Ulrich Leicht, wesentlichen Anteil. Den folgenden Aufruf sandte diese Initiative an Künstler, Verlage usw.

Wir fordern die Bestrafung der Mörder von Celalettin Kesim!

Arbeitermord bleibt ungesühnt

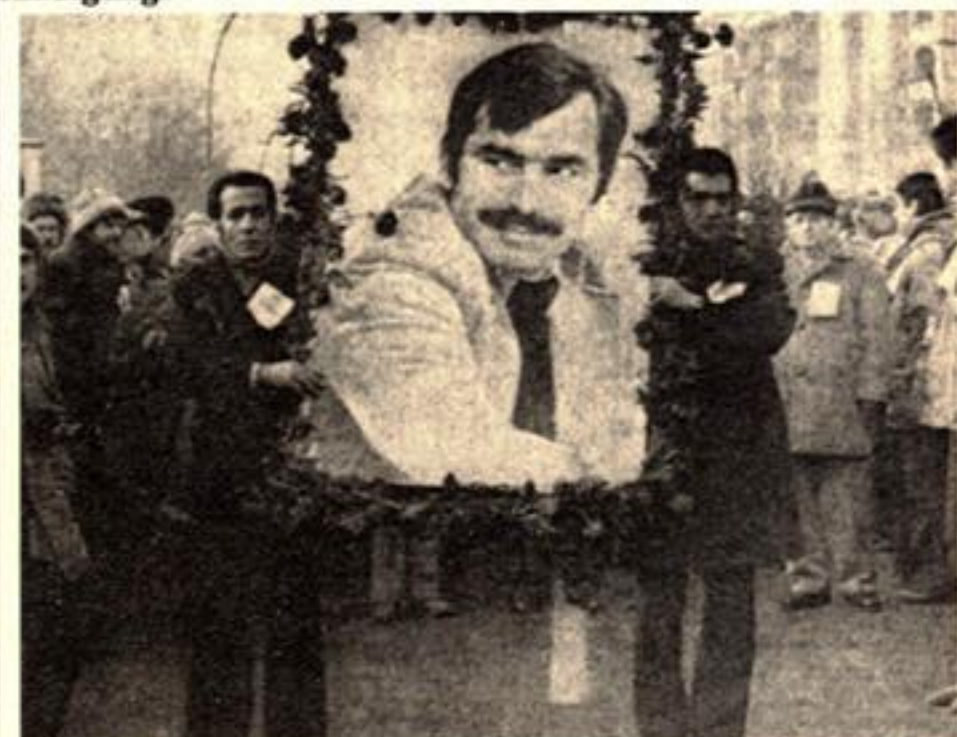
WESTBERLIN. — Am 5. Januar 1980 wurde der türkische Kollege Celalettin Kesim, Mitglied des Türkischen Demokratischen Arbeitervereins und der IG Metall, bei einem bewaffneten Faschistenüberfall am Cottbuser Damm getötet. Er verblutete — 20 Minuten dauerte es, bis ein Krankenwagen am Tatort eintraf.

Zwei der über 60 am Überfall beteiligten Faschisten standen am 16.12. vor Gericht. Nur einer, Abdul Saticioglu, wurde wegen Landfriedensbruchs und „Beteiligung an einer Schlägerei“ zu vier Jahren Haft verurteilt — nicht aber wegen Mordes. Und der andere, Ali Bahtiyar, wurde freigesprochen und erhielt Haftentschädigung!

Damit soll der Mord an einem türkischen Antifaschisten ungesühnt bleiben, während der Terror der türkischen Faschisten in Westdeutschland und Westberlin weiter eskaliert, unter den Augen von Behörden und Polizei!

Hier wird die Tätigkeit einer faschistischen Bande direkt beschönigt. „Teilnahme an einer Schlägerei“, sagt das Gericht; im gleichen Geist schrieb die Springer-Presse: „Schlacht der Türken — ein Toter“. Verschwiegen wird, daß es sich hier um einen von 60 bis 80 Faschisten verübten Überfall handelte. Sie kamen mit Stangen, Ketten und Messern bewaffnet aus einer Moschee gestürzt — ein planmäßig organisierter Angriff, der 20 Verletzte, vier Schwerverletzte und einen Toten forderte!

Celalettin Kesim hatte, bevor er seine Arbeit als Berufsschullehrer anfang, mehrere Jahre bei Borsig gearbeitet, wo ihn seine Kollegen zum Vertrauensmann wählten. Er hinterließ eine Frau und zwei Kinder. 11 000 Menschen gingen am 12.1.1980 auf



Über 11 000 Menschen protestierten gegen die Ermordung Celalettin Kesims durch türkische Faschisten.

die Straße, um ihre Trauer über den Tod ihres Kollegen zu bekunden. Sie forderten das Verbot der türkischen faschistischen Organisationen und die Bestrafung der Mörder.

„Es wäre möglich gewesen, den Tod von Celalettin Kesim zu verhindern.“ Das betonte der Demokratische Arbeiterverein in einem Aufruf. Weil sie wie-

derholte Hinweise in den Wind geschlagen haben, sind die Behörden mitschuldig am Tode unseres Kollegen. Und nun werden nicht einmal die Mörder bestraft!

Aber die türkischen Faschisten werden so direkt ermutigt. Die Finanzierung der Militärjunta in Ankara hält an, die staatliche Verfolgung ausländischer Kollegen und Asylanten nimmt zu.

Seite an Seite mit unseren Kollegen und Genossen aus der Türkei werden wir deutschen Kommunisten den Kampf für das Verbot aller faschistischen Organisationen in unserem Land, gegen die Türkeihilfe der Bundesregierung — für den Sturz des menschenfeindlichen kapitalistischen Systems verstärken.

Resolution

Ich/Wir protestieren gegen die geplante Verabschiedung des 13. Strafrechtsänderungsgesetzes, das seit den Notstandsgesetzen den scharfen Angriff auf die demokratischen Rechte des Volkes darstellt. Es sollen vor allem die §§ 126, 130a, 140, 145, 214 und 241 geändert, sowie neue „Staatschutz“-Paragraphen wie der § 88a geschaffen werden. Das Anzeilen, in dem die demokratischen Rechte des Volkes weiter eingeschränkt werden sollen, erinnert an die Verhältnisse unter dem Nazi-Faschismus. Ich/Wir wenden mich gegen die Kriminalisierung von Streiks, Fabriks- und Hausbesetzungen, von Kämpfen gegen die Verunsicherung unserer Umwelt. Ich/Wir protestieren insbesondere gegen den Versuch, jetzt sogar die Diskussion, Billigung und Berichterstattung über Widerstandskämpfe des Volkes und der Arbeiterklasse wie in Wuhl, beim Streik bei Ford und in Erwitte zu verbieten. Dieses Gesetz richtet sich in besonderer Weise gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, Schriftstellern und Publizisten soll es unterzogen sein, über den Kampf der Völker und Staaten der Dritten Welt für nationale Unabhängigkeit und Befreiung vom imperialistischen Joch, gegen die Hegemoniebestrebungen der Supermächte zu berichten. Ich/Wir fordern die Streichung des 13. Strafrechtsänderungsgesetzes! Ich/Wir verurteilen den Versuch von Bundesregierung und Bundestag, das System der „Staatschutz“-Paragraphen weiter auszubauen und die Presse- und versammlungs- sowie die Versammlungs- und Organisationsfreiheit noch weiter einzuschränken und eine umfassende politische Zensur zu legitimieren!

Innerhalb der ersten drei Monate der Aktion gingen über 600 Unterschriften ein, darunter — willkürlich herausgegriffen — von Prof. Dr. H. Gollwitzer, Prof. Ernst Bloch, Peter O. Chotjewitz, Dr. Ingeborg Drenitz, Gerd Sowka, Volker Schlöndorff, Günter Wallraff, dem Werkkreis Literatur der

geht es nicht nur gegen die Kulturschaffenden. Verschiedene Rechtsexperten haben zu dem Gesetz Stellung genommen. Wir zitieren hier ein Rechtsgutachten des Dortmunder Rechtsanwalts G. Flint.

„§ 88a (neu) wird aber keinesfalls auf solche Fälle des ‚ideologischen Hochverrats‘ beschränkt. Er wird vielmehr auch Tatbestände erfassen, von denen man eigentlich bisher der Meinung war, es seien selbstverständliche Aktionen der Betroffenen und daher entsprechend über diese Reaktionen berichtet. Einige Beispiele mögen das deutlich machen:

Eine Betriebsbesetzung durch aufgebrachte Arbeiter wie in Erwitte, die Besetzung des Bauplatzes für das Kernkraftwerk Wuhl durch die Kaiserstühler Bevölkerung ist heute schon als Gewalt strafbar. Straf-

bare Gewalt ist auch, wenn Streikposten bei Ford/Köln oder Pierburg/Neuss Streikbrecher am Betreten des Werkes zu hindern versuchen...

Strafbar machen sich aber in Zukunft nicht mehr nur die Arbeiter von Erwitte, die Weinbauern von Wuhl, die Streikenden von Ford und Pierburg.

Strafbar machen sich nach Inkrafttreten des 14. StRAG auch die Verfasser und Verbreiter der Betriebszeitungen, die die Werksbesetzung begrüßen. Strafbar machen sich Bürger, Journalisten, Zeitschriftenhändler und -verbreiter, die solche Maßnahmen... für unvermeidlich halten und dies nicht für sich behalten. (...) Damit entpuppte sich der § 88a (neu), wenn auch nicht auf den ersten Blick, als ein Staatsschutzgesetz, das die literarische „Gewaltanwendung“ bestraft, um sich die Wiedereinführung des „literarischen Hochverrats“ zu ersparen.“

„Ein Gesetz gegen Dich!“ Mit dieser Parole wandte sich unsere Partei an die Kollegen. Selbst elementare Gewerkschaftsrechte sind hier bedroht. Dennoch trat die DGB-Führung im Kampf dagegen kaum in Erscheinung; sie fühlte sich als „staatstragende Kraft“ wohl wenig betroffen.

Fortsetzung im nächsten RM!



Auch in Schweden gab es Proteste. Paragraph 88a — ein Handschellen-paragraph!

Bei Knüppelinsätzen der Polizei: Fotografieren verboten!

WÜRZBURG. — Wer einen Polizeieinsatz fotografiert, muß damit rechnen, daß er selber von den Polizisten festgenommen wird. Das ist eine bekannte Tatsache; häufig schon sind Fotografen von prügeln Polizisten gleich mit zusammengeschlagen und verhaftet worden, wurde der Film oder ihre ganze Kamera zerstört. Eine Strafkammer des Würzburger Landgerichts erklärte am 18. Dezember eine solche Festnahmen für Rechts!

Auf der Anklagebank saß der Göttinger Physiker Ulrich F. — wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“. Er hatte sich nämlich über die Forderung der Polizei nach Herausgabe des Films empört, den er vom Polizeieinsatz gegen eine KBW-Kundgebung gemacht hatte. Daraufhin wurde er an Armen und Beinen gepackt und in einen Einsatzwagen geworfen. In erster Instanz wurde er zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt; diese hob das Gericht jetzt auf, weil Ulrich F. glaubhaft machen konnte, daß er die polizeiliche Maßnahme für unrechtmäßig hielt.

Das aber ist sie nach Meinung des Gerichts nicht! Wer prügeln Polizisten fotografiert, verletzt angeblich § 33 des Urheberrechts und darf deshalb festgenommen werden. Zu ihrer Rechtfertigung führten die Polizisten an, sie hätten F. für einen Sympathisanten des KBW gehalten und angenommen, er wolle die Fotos für „Propagandazwecke mißbrauchen“.

Das stimmt nicht einmal. Aber selbst wenn F. die Veröffentlichung der Bilder beabsichtigt hätte — würde das etwas ändern?

Das Urteil von Würzburg ist ein einschneidender Eingriff in die Pressefreiheit, in das Recht auf freie Berichterstattung. Die Angst der Polizeischläger ist natürlich berechtigt: Solche Bilder haben immer Propagandawirkung, sie lassen nur einen Schluß beim Betrachter zu. Und das darf in unserem „freiheitlichen Rechtsstaat“ nicht geschehen! Das offizielle Bild der Polizei als „Freund des Bürgers“ muß aus Gründen der Staatsraison bestehen bleiben, und weil es der Wirklichkeit nicht entspricht, darf ein Bild dieser Wirklichkeit nicht veröffentlicht werden. Dies ist die Logik eines Polizeistaates! Die Würzburger Richter legen hier die Grundlage für eine Pressezensur, die von der Polizei gleich „vor Ort“ ausgeübt werden darf.

ÖTV bricht Streikfront

Streik in den Kindertagesstätten

Volkskorrespondenz aus Westberlin

WESTBERLIN.— Zur Situation in den Kindertagesstätten (Kitas): Seit den letzten Berliner Abgeordnetenhauswahlen kostet ein Tagesstättenplatz in dieser Stadt maximal 40,— Mark. Dies hatte zur Folge, daß die — ohnehin schon enormen — Wartelisten sprunghaft auf 25 000 Namen anwuchsen. Anstatt neue Kitas mit dem entsprechenden Personal zu schaffen, ließ sich der Berliner Senat auf Druck des Rechnungshofes eine besonders kostensparende „Lösung“ einfallen:

1. Jede Erzieherin soll in ihre Gruppe 20 Prozent mehr Kinder bekommen. (Genau diese 20 Prozent Überbelegung hatten 1969 die Kreuzberger Kolleginnen mit einem eintägigen Streik abgeschafft!)
2. Mehrzweck-, Spiel- und Aktionsräume sollen zweckentfremdet und in Gruppenräume umgewandelt werden.
3. Auf die sowieso zu kleinen Freispielflächen sollen billige Fertigbauten (sprich: Container) aufgestellt werden.

Im Sprachgebrauch der SPD-Fraktion hieß das: „Die vorhandenen räumlichen Möglichkeiten voll ausschöpfen und damit eine tatsächliche Auslastung sicherstellen.“

Nachdem die Pläne des Senats bekannt wurden, organisierten die Erzieher(innen) in allen Stadtteilen Informationsstände an Sonntagen, um Eltern und Öffentlichkeit auf die geplanten Verschlechterungen aufmerksam zu machen und für Verständnis für Kampfmaßnahmen zu werben. Der 14tägig im ÖTV-Haus tagende, überbezirkliche Kita-Ausschuß war überfüllt. Zwei große Veranstaltungen fanden statt und die ÖTV erklärte sich auf Druck der Kollegen für Streik. Bis zum letzten Moment vertröstete sie aber die Kollegen, ob sie nun zum Streik aufrufen würde oder nicht. Schließlich kam heraus, daß sie nur bereit ist, sich mit dem Streik solidarisch zu erklären und allen Kollegen Rechtsschutz zu gewähren.

Am 6. Dezember fand eine Demonstration von 1 200 Erziehern, Eltern und Kindern für folgende Forderungen statt:

- Keine Überbelegung!
- Sofortbauprogramm für den Neubau selbständiger Kindertagesstätten. Keine Notgruppen in Mehrzweckräumen und Spiel-Aktions-Räumen. Keine mobilen Anbauten (Container)
- Zwei Erzieher pro Gruppe!
- Eine Vertretungskraft pro Gruppe, Dienstplanmäßige Absicherung der Vor- und Nachbereitungszeit.
- Senkung der Gruppengrößen!
- 6 Kinder in der Liegekrumpe, 8 Kinder in der Laufkrumpe, 12 Kinder im Kindergarten, 15 Kinder im Hort!
- Verbesserung der Ausstattung!
- Mehr und größere Gruppenräume, Ausreichend Spielmaterial für die Kinder!

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, legten am Montag, den 8. Dezember, fast alle Kreuzberger und mehrere Spandauer Kitas spontan die Arbeit nieder. Die Kollegen (innen) hatten ein Austauschsystem verabredet, indem sie vor fremden Kitas frühmorgens (bei eisiger Kälte) aufzogen und dort Streikposten standen. Dabei überzeugten sie buchstäblich in letzter Minute noch einige weitere Kitas, auch mitzustreiken. Behelligungen von Seiten

des Amtes gab es keine. Amtsleiter und Stadträte zeigten sogar Verständnis (das hält bestimmt nicht an) und Personalräte standen hinter dem Streik.

Die Eltern zogen voll mit! Sie wußten zwar nicht den genauen Tag, aber sie hatten ihre Kinder doch bereits anderweitig untergebracht und versorgten die frierenden Erzieher(innen) mit Kaffee, Grog, Brötchen etc. Etwa 100 Eltern gingen mit ihren Kindern ins Schöneberger Rathaus. „Es war im ganzen Haus ein Knistern zu spüren“, hörten wir eine Rathaus-Angestellte abends erzählen.

Eine Kita hatte Besuch von Kindern vom „Haus der Mitte“ — der Träger ist die evangelische Kirche: Dort haben die Kollegen kein Streikrecht!

Eine andere Kita mußte dreimal an diesem Tag Ketten bilden gegen die Leiterin, die mit ein paar unorganisierten Kollegen unbedingt das leere Haus betreten wollte.

Übrigens hatten die Kreuzberger sogar eine richtige Streikleitung und ein Streiklokal.

Am Abend versammelten sich mindestens 300 bis 400 Erzieher(innen) im ÖTV-Haus. Solidaritätsadressen, besonders auch von Bezirkselternaus-

Kitas in Westberlin bestreikt worden wären. Und sicher wäre dadurch der Senat an den Verhandlungstisch gezwungen worden.

Mit dem Argument, dies seien politische, nicht tarifliche Forderungen, daher könne sie nicht zum Streik aufrufen, wiegelte die ÖTV-Leitung ab.

An diesem Abend wurde bekannt, daß die Tiergartener Kitas, sollten es einige von ihnen wagen zu streiken, mit Polizeieinsätzen zu rechnen hätten. Der Personalrat in diesem Bezirk war gegen den Streik. Daraufhin boten sofort die Kollegen (innen) aus anderen Bezirken ihre Unterstützung an. Vor ihrer Arbeit standen sie dann am nächsten Morgen um 5.30 Uhr mit den Tiergarten-Kollegen vor deren Einrichtungen. Die Amtsleitung kam, riß die Transparenz von den Kitas ab. Die Polizei war präsent, griff aber nicht ein, die Kolleginnen boten ja auch keinen Anlaß.

In Neukölln, wo anfangs nur zwei Kitas streikbereit gewesen waren, streikten 28 Kitas. In Zehlendorf, zuerst auch nur zwei, waren es elf Kitas.

An diesem Abend — der dritte Abend! — waren es mindestens 600 Kollegen (innen), die

wochabend dann beschlossen, bei einer für die Belange der Kitas ungünstigen Verabschiedung des Berliner Haushalts am Montag, den 15. 12. in allen Bezirken einen erneuten Warnstreik durchzuführen. Der Senat sollte damit an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Um dies vorzubereiten, sollten sich Freitagabend im ÖTV-Haus Vertreter von Kollegen aus allen Bezirken zusammenfinden, um zu klären, ob die Streikbereitschaft für Montag in allen Bezirken zusammengekommen gleich bzw. höher liegt als an den Tagen zuvor.

Am Donnerstag haben die Kollegen in ihren Bezirken organisiert. Die Eltern mußten ja auch informiert werden. Die Sache weitete sich aus. Soviel kann man klar sagen. Trotzdem — saßen die Kollegen am Freitagabend im ÖTV-Haus und mußten erfahren, daß der Streik am Montag nicht laufen würde. Alle Bezirksvertreter berichteten, daß sie am Vormittag von Vertretern der ÖTV-Leitung (von wem genau, war nicht zu klären) Anrufe erhalten hätten, mit dem Inhalt, daß die ÖTV den Streik nicht weiter unterstütze, und die Streikbereitschaft in den anderen Bezirken nicht



Kita in Westberlin

Streik bei Karmann

Korrespondenz aus Osnabrück

Am Mittwoch, den 26.11.80, haben die Kollegen der Früh- schicht in der Sattlerei und Näherei gestreikt.

Schon seit längerem war bekannt, daß die Firma diese Abteilung eventuell in ein Zweigwerk nach Rheine verlegen will. Begründet wird das von der Geschäftsführung damit, daß das Rheiner Werk nicht ausgelastet sei und man sich die „Vorteile der japanischen Produktionsweise“ zeugen machen wolle. Es ist anzunehmen, daß bei einer Verlagerung nach Rheine diese Abteilung kräftig durchrationalisiert wird und die Firma von der Stadt für die Schaffung neuer Arbeitsplätze dann oben- drein noch Geld einstreicht.

Hatte es vor einigen Monaten noch geheißt, die Textilproduktion der Autofirma Karmann solle doch im Osnabrücker Werk bleiben, so stand jetzt praktisch fest, daß in Osnabrück ca. 300 Arbeitsplätze verloren gehen.

Schon auf einer Betriebsversammlung am 25.11. wurde besonders von den Kollegen der betreffenden Abteilung gegen dieses Vorhaben heftig protestiert. Die Forderung lautete: „Keine Verlagerung der Textilproduktion nach Rheine“.

Am nächsten Morgen punkt 6 Uhr war's dann soweit: Die Frühschicht verweigerte geschlossen die Arbeit. Es war außerdem durchgesickert, daß an diesem Morgen der Aufsichtsrat tagen würde und es dort aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer endgültigen Ent-

scheidung über die Verlagerung kommen würde. Zu dieser Sitzung wollten die Kollegen dann auch gehen und bildeten dazu einen Demonstrationzug von ca. 250 Kolleginnen und Kollegen. Es wird berichtet, daß dem Arbeitsdirektor Henneken angesichts dieser Demonstration der Kollegen der Schweiß auf der Stirn gestanden haben soll. Zu dieser Solidarisierung anderer Abteilungen kam es leider nicht, aber unter den Kollegen, die den Streik irgendwie mitbekamen, wurde darüber lebhaft diskutiert.

Auf der Aufsichtsratsitzung jedenfalls wurde kein Beschluß über die Verlagerung gefaßt. Allerdings erhielten die Kollegen auch keine Zusage über den endgültigen Verbleib der Textilfertigung im Osnabrücker Werk, und es ist anzunehmen, daß die Firmenleitung zuerst einmal Zeit gewinnen will.

Immerhin erhielten die Kollegen die Zusicherung, „daß das Projekt noch einmal nach allen Seiten hin durchkalkuliert werde“. Der neue VW-Scirocco jedenfalls, der ab kommendem Frühjahr in Osnabrück vom Band laufen soll, wird zuerst einmal mit Sitzen, Verkleidungen usw. ausgestattet sein, die von den Kollegen in Osnabrück hergestellt werden.

Ein vorläufiger Erfolg! Die Kollegen aber wissen natürlich, daß eine Entscheidung in ihrem Sinne noch nicht getroffen wurde und sie wachsam sein müssen.

Kita in Westberlin.

schüssen wurden verlesen. So- gar Altersheime in der Nachbarschaft von streikenden Kitas hatten ihre Solidarität erklärt.

Am Dienstag, 9.12., kam es in Schöneberg, Tempelhof und Wedding zu weiteren vierstündigen Warnstreiks. Der Streikverlauf war ähnlich, wieder zogen Eltern mit Kindern zum Rathaus und erklärten sich mit den streikenden Erziehern solidarisch.

Der Tempelhofer Stadtrat hatte noch am Vortag einen Rundbrief losgelassen, um einzuschüchtern. Er hatte verlangt, daß das Wirtschaftspersonal zum Rathaus gehen sollte. Trotz dieser Maßnahme streikten in Tempelhof neun Kitas.

400 Erzieher und Kinder aus evangelischen Kitas in Tempelhof zogen zum Zoologischen Garten, um vor dem luxuriösen Pandabärenhaus auf das Mißverhältnis zwischen der Finanzierung von Pandabären und Kindern in dieser Stadt aufmerksam zu machen. Der Zoodirektor rief die Polizei — die Kinder wurden ausgesperrt!!!

Abends war wieder eine — noch vollere — Versammlung im ÖTV-Haus. Der Ruf nach einem Streikaufruf durch die ÖTV (Die GEW, in der sehr wenige Erzieher(innen) organisiert sind, hätte sofort mitgezogen) wurde immer lauter. Es war klar, daß dann so gut wie alle

sich im ÖTV-Haus versammelten. Die Stimmung war bombig. Man mußte jetzt erstmal die nächsten zwei Tage abwarten, so war es geplant, denn der Berliner Haushalt sollte im Abgeordnetenhaus verabschiedet werden. Lediglich eine „Menschenkette“ rund um die Bannmeile des Schöneberger Rathauses wurde am Donnerstagmorgen gemacht. Ein Gespräch der ÖTV und GEW mit der Familiensensorin I. Reichel hatte bereits klar gezeigt, was Sache sein würde: „Der Abbau der Wartelisten hat für den Senat absoluten Vorrang.“

Das hieß für die Kollegen: weitermachen. Jetzt bekam die ÖTV-Leitung endgültig das Zittern. Die Situation war reif für einen offiziellen Aufruf zum Streik. Ein Kollege beschrieb die Stimmung folgendermaßen: „Würde man den Kollegen jetzt einen Besen in den Hand geben, dann würden sie die Iris Hoppe vom Katheder fegen!“ (= Sekretärin der Berliner ÖTV-Bezirksleitung).

Die ÖTV- und GEW-Leitungen erklärten nun nacheinander, daß sie nach ihren Bestimmungen nicht in der Lage seien, offiziell zum Streik aufzurufen. Ein Abwehrstreik wäre allerdings noch denkbar, aber frühestens im Januar durchzuführen.

Es wurde an diesem Mitt-

mehr so wäre bzw. der Streik die Eltern jetzt doch gegen uns aufbringen würde.

Die Spandauer, die am ersten Tag mit 12 Kitas gestreikt hatten, und die jetzt 42(!) Kitas auf die Beine gebracht hatten, waren mehr als sauer. Und dies ist nur ein Beispiel. Die Empörung war mächtig.

Die ÖTV-Bezirksleitung hat den berechtigten Kampf der Westberliner Erzieher(innen), mit dem sie eine große Zahl neuer Mitglieder gewonnen hat, letztendlich sabotiert. Sie hat außerdem ein Flugblatt an die Eltern, die eine so große Hilfe im Kampf gewesen waren, eigenmächtig abgeändert und das war ein weiterer Stoß gegen die Streikfront.

Die Kollegen aber, die in Hunderten von Häusern über die Stadt hin verstreut arbeiten, wissen, daß sie zusammen stark sind und — daß sie der Gewerkschaftsleitung, wie sie heute ist, nicht voll vertrauen können. Sie sagen: Nochmal passiert uns das nicht!

Der Kampf geht weiter. Senatsvertreter bezeichnen die Kollegen als Kriminelle, sie dichten den Kollegen „sattes Besitzstücken“ an. Mit Gehaltskürzungen müssen die Kollegen auf jeden Fall rechnen.

Weitere Maßnahmen behält sich der Senat noch vor! Wir auch!

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:
 (Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.





Demonstration

Berliner Friedensinitiative:

Aktionseinheit gegen Atomraketen

WESTBERLIN.— Am 12. Dezember 1979 faßte die NATO den sogenannten „Nachrüstungs“-Beschluß, der die Stationierung amerikanischer Atomraketen auf westeuropäischem Boden — vor allem in der Bundesrepublik vorsieht.

Aus Anlaß dieses Jahrestages fanden in Westberlin vielfältige Aktionen der Kriegsgegner statt. Wie der folgende Bericht zeigt, sind unsere Berliner Genossen aktiv an diesen Aktionen beteiligt. Solidarisch kämpfen sie innerhalb der Bewegung für eine klare Orientierung des Friedenskampfes, für die Verbreitung des Friedensplans der KPD.

Ausgehend von der sich verschärfenden Kriegsgefahr wächst unter der Bevölkerung Westberlins der Wille, endlich Schluß zu machen mit dem wahnsinnigen Wettrüsten. Die Menschen wissen, daß Westberlin in einem dritten Weltkrieg, der heute eine reale Gefahr ist, besonders bedroht wäre. Deshalb haben sich hier schon vor einiger Zeit Friedenskräfte zusammengefunden, um gemeinsam den Kampf dagegen zu führen. Unabhängig von ihrer Weltanschauung sind Kommunisten, Christen und Sozialdemokraten zu gemeinsamen Aktionen geschritten. Seit Oktober laufen verschiedene Aktivitäten, die auch von der KPD unterstützt wurden. Die Partei hat vieles selbst organisiert.

Auf einer Veranstaltung stellte Genosse Ernst Aust unseren Friedensplan vor. Viele der etwa 300 Anwesenden — etliche zum ersten Mal auf einer Parteiveranstaltung — äußerten sich zustimmend gegenüber den Forderungen des Friedensplans. An unseren Positionen besteht überhaupt ein reges Interesse. Ein Beispiel für die vielen anderen Aktionen ist eine Schülerdemonstration in Tempelhof mit etwa 600 Teilnehmern.

Ein Höhepunkt war eine Podiumsdiskussion am 12. Dezember. Beteiligt waren: Gert Bastian, Generalmajor a.D.; Georg Benz, Bundesvorstand der IG Metall; William Born, FDP-Bundesvorstand; Eleonore Kujawa, GEW; Dieter Lutz, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg; Karsten D. Voigt, SPD-Bundestagsfraktion. Als Vertreter der beiden Kriegsblöcke erschienen John Kornblum, US-Mission, Westberlin und Alexander Sholkwer, TASS-Korrespondent Ostberlin. Es gab interessante Redebeiträge.

Born und Benz verurteilten wohl den „Nachrüstungs“-Beschluß, hielten aber nichts von einer breiten Mobilisierung der Bevölkerung. Benz, der Gewerkschaftsführer, beklagte sich auch noch über die „Rückschrittlichkeit vieler Arbeiter“. Was man gegen die Kriegsgefahr machen kann? Er berief sich auf den Beschluß des IGM-Kongresses, die Rücknahme des NATO-Beschlusses zu fordern. Und man solle „den Weg durch die Institutionen“ gehen.

Eine bessere Haltung nahm

Eleonore Kujawa ein: „Die Gewerkschaften müssen endlich diesem Wettrüsten Einhalt gebieten, ohne Rücksicht auf die Regierung zu nehmen.“ Sie rief dazu auf, den Kampf von der Basis aus zu führen und die Bevölkerung zu mobilisieren.

Den besten Eindruck hinterließ neben Kujawa bei den Zuhörern noch Gert Bastian. Er erklärte, der Krieg werde dort stattfinden, wo sich die beiden Blöcke gegenüberstehen — in Mitteleuropa. „Wenn wir ein nukleares Schlachtfeld vermeiden wollen, dann muß der Gedanke der Abschreckung durch den Gedanken der Abrüstung abgelöst werden.“

Völlig falsche Vorstellungen hat Bastian allerdings von der Perspektive des Friedenskampfes. Das wurde in der Diskussion und in persönlichen Gesprächen deutlich. Für ihn geht es um eine „Demokratisierung der NATO“, um die Durchsetzung einer „vernünftigen“ Politik im Rahmen der bestehenden Institutionen. Solche Vorstellungen aber sind für uns völlig unakzeptabel, sie leiten den Kampf des Volkes in die Irre. Auf direktes Fragen eines Genossen trat Bastian allerdings für

ist. Er verurteilte den Raketenbeschluß, zeigte aber auch auf, daß man dabei nicht stehenbleiben darf: Um wirklich einen Beitrag zur Entspannung zu leisten, muß die BRD raus aus der NATO, müssen alle fremden Truppen von deutschem Boden verwiesen werden und muß die Bundesrepublik eine neutrale Politik verfolgen. Viele Anwesenden begrüßten diesen Beitrag.

John Kornblum versuchte mit hohlen Phrasen einer Verteilung des „Nachrüstungs“-Beschlusses entgegenzuwirken, wobei er auch noch von Karsten Voigt unterstützt wurde. In offenen Gegensatz zu Voigt stellten sich einige alte SPD-Mitglieder, von denen einer die Zustimmung zum NATO-Beschluß als „Verrat an der sozialistischen Bewegung“ brandmarkte. Auf der anderen Seite versuchte Sholkwer, die UdSSR als friedliebende Macht und armes Opfer amerikanischer Aggressionspläne hinzustellen.

Ein weiterer Höhepunkt der Berliner Friedensaktionen war die Demonstration des Jugendhearings am 13. Dezember, die auf Initiative unserer Partei beschlossen worden war. Etwa 60 Gruppen unterstützten die De-



Blick aufs Podium

den Abzug der fremden Truppen aus ganz Deutschland ein.

In einem Diskussionsbeitrag legte ein Genosse unserer Partei dar, daß die Bundeswehr seit ihrer Gründung eine auf Angriff getrimmte und voll in die NATO eingegliederte Angriffsmee-

monstration, etwa 3000 Menschen nahmen teil.

Alle Beteiligten sind sich darüber einig, daß diese Aktionen als ein Anfang im Kampf gegen die Kriegsgefahr zu verstehen sind. Das Ziel ist eine breite Friedensbewegung.

Blutige Überfälle auf Demonstration in Westberlin

Die Spekulation wird mit dem Polizeiknüppel verteidigt

Katastrophale Wohnungslage ist Ursache der Mieterbewegung

WESTBERLIN.— In den beiden Vorweihnachtswochen erschütterten härteste Auseinandersetzungen die Stadt. Die Einpeitscher der Reaktion, die Springerpresse, trommelte im selben blutrünstigen Ton, wie zur Zeit der Studentendemonstrationen des Jahres 1968. Kleine Gruppen provokatorischer Plünderer wurden als Alibi für die brutalsten Polizeieinsätze der jüngsten Zeit genommen. Die Tatsachen zeigen aber, daß Senat und Polizei die gesamte Verantwortung für alle Zwischenfälle tragen, daß die Gewalt von ihnen ausging.

Die Wohnungslage in Westberlin ist selbst im Vergleich zu Großstädten in der Bundesrepublik viel schlechter. So fehlen heute nach offiziellen Angaben in der Stadt mehr als 70000 Wohnungen. Die Mietpreise dagegen stiegen in den letzten 25 Jahren um sage und schreibe 300 Prozent! Dagegen stehen 7000 Wohnungen aus Spekulationsgründen leer.

Die Tatsache, daß in der Stadt verschiedene Bezirke vor allem aus alten Gebäuden bestehen, wird, wie in anderen Städten auch, nur in größerem Ausmaß, zur hemmungslosen Spekulation genutzt. Eine Handvoll Baulöwen und Couponschneider kauft und kauft, mit Unterstützung und Förderung des Senats riesige Bestände an Hausbesitz zusammen, die sie nun gewinnbringend sanieren oder abreißen lassen will.

In zahllosen Dokumentationen haben Mieter dabei bewiesen, daß darunter auch eine Vielzahl guter Wohnungen ist, die gar nicht oder mit nur geringem Aufwand modernisiert werden müßten. Entgegen den eigenen Gesetzen duldete der Westberliner Senat über Jahre hinweg die Tatsache, daß solche Wohnungen leerstanden und noch stehen. Laut Gesetz darf dies höchstens drei Monate lang geschehen.

Dieses Gesetz, ein Zugeständnis an die Mieter, wurde also ganz öffentlich mißachtet. Ebenso öffentlich laufen die Vorbereitungen auf Druck der Wohnungsbaukapitalisten und der Spekulanten die Mietpreisbindung aufzuheben und aus Westberlin einen sogenannten „weißen Kreis“ zu machen, und so freie Bahn für höhere Mieten und größere Gewinne zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund, aus dieser Lage heraus entwickelte sich in Westberlin eine Mieterbewegung, die weit stärker ist als in anderen Städten.

Mehr und mehr richtet sich diese Bewegung auch gegen die Wohnungsbaupolitik der regierenden SPD und deren Bauselectorat Ristock. Dies hat sich noch verstärkt, seitdem der Landesparteitag der SPD Anfang Juli die sogenannte „Tabelle miete“ beschloß, die ein Übergang zum „weißen Kreis“ ist. Das Organ der Westberliner Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümerverschöre „Grund-eigentum“ stellte dazu fest: „Dieser Leitantrag läßt weite Interpretationsspielräume“. Eben dieser Leitantrag wurde von der SPD angenommen und stellt nun die offizielle Basis ihrer Wohnungspolitik dar.

Die Mieterbewegung, die durch ihre Stärke bereits einiges erreicht hat, so zum Beispiel die Rücknahme konkreter und aktueller „weißer-Kreis“-Pläne hat im Verlauf dieses Sommers, als sich der Wohnungsmangel und die verbrecherische Spekulation immer deutlicher spürbar machten, weiter an Kraft gewonnen.

Jener Teil, der heute aktiv an den berechtigten Hausbesetzungen teilnimmt, wird vor allem von vielen Jugendlichen und



Polizeiterror gegen Hausbesetzer

Studenten gestellt, die gerade in Westberlin Wohnungen suchen. Ihre Aktionen finden bezeichnenderweise bei einer sehr beträchtlichen Anzahl Westberliner Werktätiger Verständnis und Unterstützung und auch verschiedene Organisationen, einschließlich bestimmter Kirchenkreise, nahmen positiv dazu Stellung.

Bereits seit längerem waren in der Stadt, vor allem in Kreuzberg und im Wedding, zahlreiche Häuser besetzt, diese Aktionen sollten im Dezember ausgeweitet werden. Diese Ausweitung der Aktionen hatte ihren Grund darin, daß immer mehr festzustellen war, daß das, was in der Stadt vorgeht, schon nicht mehr als bloße Wohnungsspekulation bezeichnet werden kann, sondern pure Wirtschaftskriminalität ist — wobei die Verbrecher oft vom Senat unterstützt und gedeckt werden. Im gleichen Geist in dem bisher die Wirtschaftsverbrecher beschützt wurden, wurde jetzt gegen die Demonstrationen der jugendlichen Hausbesetzer vorgegangen: ein Polizeieinsatz, der an Brutalität kaum zu überbieten war, wurde zum Auftakt einer ganzen Serie gewalttätiger Überfälle auf Demonstranten und Hausbesetzer. Auch der erste Überfall hatte einer neuen Hausbesetzung gegolten.

Eine Demonstration auf dem Kurfürstendamm, die die Forderung nach Freilassung willkürlich festgenommener Hausbesetzer unterstützten sollte, wurde regelrecht eingekesselt und zusammengedroschen. Und es ist auch klar, daß solche Aktionen die herrschende Klasse dieses Landes beunruhigen und empören. Sind sie doch ein Angriff auf das Allerheiligste dieser Gesellschaft, auf das Privateigentum. Auf das Privateigentum an Häusern und Wohnungen, die ja nun wahrlich zu den Grundbedürfnissen der arbeitenden Menschen gehören, das aber, hier in seltener Offenheit auch in der bürgerlichen Propaganda, lediglich als Kapitalanlage gesehen wird. Denn es handelt sich bei diesen Hausbesitzern durchweg um Großeigen-

tümer und um Wohnungsbaugesellschaften, wie die dem Senat gehörende Gesobau, die mit riesigen Millionenbeträgen spekulieren.

So gab es nicht nur Dutzende von Verhaftungen, einschließlich verschiedener Pressefotografen, Hunderte von Verletzten, darunter viele unbeteiligte Passanten, die den Polizeiknüppel zu spüren bekamen, sondern auch etliche Schwerverletzte: Beinbrüche, Augenschäden und anderes waren zu beklagen. „Knüppel frei“ war die erste Reaktion der Behörden Westberlins auf den massiven Protest der Mieterbewegung.

Als aber schnell sichtbar wurde, daß dies nicht zum Abflauen des Widerstandes führte und die Hausbesetzer weiterhin von einem großen Teil der Einwohner unterstützt wurden, da wurden auch Zugeständnisse gemacht, besetzte Häuser sollten sozusagen „legal“ angemietet werden können und anderes — eine Begründung mit der zwar nachgegeben wurde, aber dennoch das Vorgehen der verbrecherischen Spekulanten für legal, die Hausbesetzungen demgegenüber für illegal erklärt wurden.

Die große Demonstration am Wochenende vor Weihnachten, an der sich weit mehr als 10000 Menschen beteiligten, zeigte deutlich, daß die Mieterbewegung in Westberlin weiter anwächst, die dort vertretene Forderung nach Freilassung der Verhafteten, die völlig berechtigt ist, zeigte auch, daß man die Senatswillkür nicht hinnehmen will und sich auch mit einigen Zugeständnissen nicht abspesen lassen will. Da auf dieser Demonstration auch keine Polizeiberiberfälle registriert wurden, verlief sie auch friedlich.

Solche Aktionen wie in den letzten Tagen in Westberlin sind ein Zeichen dafür, daß die Wohnungsnot immer mehr zunimmt. Das Sparprogramm der Bundesregierung wird dies in nächster Zeit weiter verschärfen. Der Kampf um gute und billige Wohnungen wird in Zukunft zu einer der wichtigsten sozialen Fragen unseres Landes werden.

Brief Enver Hoxhas an Hysni Kapo vom 30. Juli 1978

„In China gibt es keine Kommunistische Partei, sondern nur Cliques und Gruppen, die um die Macht kämpfen“

Ein wichtiges Dokument veröffentlicht in „Zeri i popullit“

TIRANA. — Aus Anlaß des in Peking stattfindenden Prozesses gegen die sogenannte Viererbande veröffentlichte das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens einen Brief des 1. Sekretärs des Zentralkomitees der PAA, Genossen Enver Hoxha. In diesem Brief an den Genossen Hysni Kapo, der damals krankheitsbedingt daran gehindert war an

der Tagung des ZK der Partei teilzunehmen, analysiert Enver Hoxha die Lage in der KP Chinas und die Rolle der „Viererbande“. Wir veröffentlichen dieses zweieinhalb Jahre alte Dokument auszugsweise in eigener Übersetzung aus dem Text der Nachrichtenagentur ATA.

Lieber Genosse Hysni,

die Chinesen haben ihre verdiente Antwort erhalten. Unsere Partei und ihre Führung haben korrekt, in marxistisch-leninistischer Weise gehandelt. Sie haben durch die Tatsachen einen weiteren großen Feind, den chinesischen Revisionismus, entlarvt, der so lange unter dem Mantel des Marxismus-Leninismus versteckt war...

Die KP Chinas, vor allem Mao Tse-tung, der ein idealistischer Träumer und Visionär war und keine Allgemeinbildung hatte (außer der des chinesischen Altertums) hat die Geschichte der Menschheit im Stil äußerst fremdenfeindlicher Di-

sende „Revolutionen“ durch und teilte die Macht der Höflinge auf. Er erklärt dies alles mit revolutionären Formeln, die aber nichts anderes sind als kultivierte Formen von Handlungen wie jene des Kaisers Bokassa, des Schahs von Iran, des Königs von Nepal, die er so sehr liebte...

Unter diesen Bedingungen konnte die KP Chinas niemals eine marxistisch-leninistische Partei sein.

Die Philosophie, von der sie geleitet wurde war eine bürgerlich-idealistische, rückwärtsgewandte, weil China selbst, trotz seiner bürgerlich-demokratischen Revolution, eine ge-

der Revolution darzustellen. Scheinbar sollte sie die Bourgeoisie beseitigen, die in der Partei zugelassen worden war. In Wahrheit gab es keine Partei und die Bourgeoisie war überall, Cliques und Gruppen, die um die Macht kämpften.

(...)

Die sogenannte Viererbande handelte, wie Mao es befahl. Er war ihre einzige Stütze, deshalb lebten sie solange wie eine Frühblume. Mit dem einzigen Unterschied, daß dies eine faule Blume war, mit dem Gift all jener anderen Blumen und Schulen angereichert, die in China gediehen und gedeihen.

Die Viererbande war eine

radikal-sozialistisch genannt wurde, die von bürgerlichen Leuten geführt wurde, bedeutenden Leuten und Schriftstellern, so wie Herriot oder Daladier. Aber diese Partei, die ein totales Fiasko erlebte, hinterließ noch einige Spuren, während die Viererbande beseitigt wurde und spurlos verschwand, so wie auch die Mao-Tse-tung-Ideen starben oder sterben.

Die schwarze Reaktion der Hua Guo Feng und Deng Hsiao-ping, die an der Macht ist, wird solange darum kämpfen, bis ein Staat der faschistischen Diktatur erreicht ist.

(...)

Der Maoismus als eine anti-



Unter Maos Banner mobilisierten die Viererbande und ihre Leute ihre Anhänger gegen alles, was gegen den „Großen Steuer-mann“ war.

lettanten verfolgt. Ihre Prinzipien, vor allem bei der Gründung der Kommunistischen Partei und danach, sind ausgesprochene Prinzipien einer pragmatischen Philosophie, die nur an China allein interessiert ist, mit dem klaren Ziel, aus dem „ewigen China“ eine Supermacht zu machen, die die Welt beherrscht, die Gesetze macht, ihren Willen und ihre Kultur diktiert. In der Untersuchung ihrer Handlungen, die wir durchführten, sind wir auf diese chinesische Ideologie gestoßen, und wir haben gesehen und sehen, daß ihre Organisations- und Aktionsformen in der Richtung dieser Ideologie konzentriert sind, die sie zu einer universellen machen wollen.

Die Person Mao Tse-tungs wurde zur göttlichen Person eines chinesischen Kaisers emporstilisiert. Und tatsächlich handelte dieser moderne Kaiser allmächtig, herrschte über seine Verehrer, die eine riesige und fürchterliche Bürokratie schufen, die die „Ideen des Genius“ und des „Großen Steuermanns“ anwandte. Er hatte die KP Chinas unterworfen und immer, wenn er es — entsprechend „der dialektischen Entwicklung der Gegensätze“ aus dem maoistischen Blickwinkel betrachtet — für nötig hielt, griff er die Partei an, liquidierte sie, führte pas-

schlossene Gesellschaft blieb, mit dem alten Glauben und der Mentalität, die vom Mystizismus beherrscht wurde...

Mao Tse-tung sollte nicht Prophet der Revolution genannt werden, sondern „Prophet der Konterrevolution“. Er stellt jenen Typ von Anarchisten dar, der das Chaos im Blut hat, die Untergrabung der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus, aber unter der Voraussetzung, daß diese permanente Anarchie von ihm oder seiner Ideologie angeführt wird. Mao Tse-tung ist ein chinesischer Bakunin. Die Kulturrevolution war eine Illustration der Ideen und Taten dieses chinesischen Bakunin.

Diese anarchische Revolution rettete sowohl die maoistische Herrschaft, bedrohte sie auf der anderen Seite aber auch. Das Prestige des „Steuermanns“ mußte gerettet werden, der Anarchie durfte nicht erlaubt werden, den Mythos zu zertrümmern. Deshalb wurden militärische Maßnahmen durchgeführt, wurde der Kern der Bürokraten um den konfuzianischen Höfling Tschou En-lai gerettet. Sogenannte „neue revolutionäre“ Elemente wurden auf die Bühne der Agitation und Propaganda gestellt, die der Steuermann damit beauftragte, die Anarchie als Revolution in

Gruppe von Schwätzern ohne Prinzipien, selbstherrlich, karrieristisch und intrigant, wie all die anderen bürgerlichen Fraktionen, die im Sumpf schwammen (...). Sie schreiben nur Artikel und organisierten Tanzveranstaltungen. Ihre Köpfe schwebten in den Wolken, wie jener von Mao, während die Fraktion von Tschou, Deng und Yäh systematisch arbeitete, um die Macht zu erlangen.

Die Viererbande dachte, daß sie mit ihren bombastischen Worten Millionen unter Maos Banner auf die Beine bringen würden. Aber Deng, vorübergehend „gestürzt“, brachte eine Million auf den Tiananmen, die Parolen gegen die Viererbande riefen. Später brachte auch die Viererbande eine Million auf die Beine, gegen Deng. Dieselben Leute jubelten beiden zu. Deng kam an die Macht und abermals kam eine Million und jubelte ihm zu, das waren dieselben Leute, die vorher gegen ihn waren. Dies ist der dunkle und bittere Spiegel der Mao-Tse-tung-Ideen.

Die bürgerliche Welt bezeichnet die Viererbande als radikal. Es ist kein Zufall, daß sie dazu das Wort sozialistisch hinzufügen. Aber sie waren niemals weder radikal noch sozialistisch. In Frankreich gab es einmal eine mächtige Partei, die

marxistische Theorie befindet sich im Todeskampf. Er wird daselbe Schicksal erleiden, wie die anderen Theorien, die vom zerfallenden Weltkapitalismus und Imperialismus ersonnen wurden.

Die herrschende Gruppe, oder die anderen Gruppen, die wahrscheinlich als Ergebnis des Machtkampfes siegen werden, werden den Maoismus benutzen, aber als einen historischen Kadaver, um skrupellos und schamlos einen mächtigen imperialistischen chinesischen Staat zu errichten...

Furchtbare Stürme gehen über das chinesische Volk weg und werden in Zukunft über es hinweggehen, aber der Tag wird kommen, an dem endlich die Theorie von Marx, Engels, Lenin und Stalin triumphieren wird. Die jetzige und kommende Generationen in China werden es verstehen und sie werden sagen: „Die Partei der Arbeit Albaniens hat uns die Augen geöffnet, sie handelte richtig, sie entlarvte Mao Tse-tung, weil sie die chinesische proletarische Revolution liebte, weil sie die schädlichen Mythen, die in China geschaffen wurden, beseitigen wollte, die das Glück dieses großen Volkes verhinderten, das im wahren Sozialismus leben will.“

Pogradec, 30. Juli 1978



Während die sogenannte Viererbande große Worte machte und Demonstration gegen Teng organisierte, arbeiteten dessen Leute auf einen Militärputsch hin.

In der Anklageschrift geblättert

Die Prozeßfarce von Peking

Beseitigung von Konkurrenten ist der Grund für den Prozeß

PEKING. — Vor einiger Zeit wurden in der „Peking Rundschau“ die Anklagepunkte gegen die Viererbande im jetzigen Prozeß veröffentlicht. Auch aus dieser Lektüre kann man leicht ersehen, daß dieser ganze Prozeß eine Farce ist, mit dem die Abrechnung nach einem siegreichen Machtkampf kaschiert werden soll.

So werden den Angeklagten laufend Vorwürfe gemacht, sie hätten sowohl verdiente Parteikader als auch zahlreiche andere Menschen diffamiert und verfolgt. Bezeichnenderweise wird dabei auch Maos Rivale Liu Schao Schi genannt, der von Mao persönlich attackiert worden war, ohne daß allerdings Mao selbst genannt würde.

Genannt werden dafür außer den Vier auch Lin Biao, Kang Sheng, Tschou Po Ta und andere enge Vertraute Mao Tse-tungs. Angeklagt werden die Vier auch dafür, daß sie im Machtkampf gegen Deng die Shanghai Miliz mobilisierten, um gegen die von Deng-Leuten befehligte Armee vorzugehen, was gründlich mißlang.

So weit man sich verteidigte, was eigentlich nur Tschiang Tsching versuchte, tat man dies

unter Berufung auf Mao Tse-tung, der alles angewiesen hätte. Das ganze Chaotum der Kulturrevolution, die angebliche breite Massenmobilisierung als Deckmantel für blutige Intrigenkämpfe allerdings wurden nicht abgestritten. Der Sache auf den Grund gehen aber will in Peking natürlich niemand. Sonst müßte ans Tageslicht kommen, daß die sogenannte KP Chinas von Leuten geführt wurde, deren ganze Anstrengung nur darauf abzielte, die Macht in die Hände zu bekommen. Das zeigte sich auch im Prozeß. So wie Deng unter Maos Duldung in Armee und Bürokratie intrigierte, so tat das die Viererbande mit ihrer Kulturrevolutionsgruppe unter seiner Anweisung. Sie haben verloren, als Mao starb, jetzt werden sie verurteilt.

Öffentlich Selbstkritik geleistet

Steht Huas Sturz bevor?

Der Machtkampf neigt sich dem Ende zu

PEKING. — Zahlreiche Anzeichen gibt es dafür, daß nun auch der Sturz des Mao-Nachfolgers Hua Guo Feng unmittelbar bevorsteht. Seine öffentlich geleistete Selbstkritik, einige seiner Werke seien „unwissenschaftlich“ deutet, entsprechend den besonderen chinesischen Gepflogenheiten, darauf hin.

Im Verlauf der beiden letzten Jahre waren bereits sämtliche Leute der Hua-Gruppe nach und nach aus dem Politbüro der KP Chinas entfernt und auch aus zahlreichen anderen wichtigen Posten und Funktionen abgesetzt worden.

Bei jeder Versammlung der Führungsgremien der Partei war die Stellung Huas geschwächt worden. Mit der stärker werdenden Kritik der Maoisten an Mao wurde auch die Kritik an Hua stärker, der als sogenannter Traditionalist die maoistischen Floskeln und Sprüche bewahren wollte. Aber die Leute um Deng, fest gestützt auf ihre Machtbasis in der Bürokratie und der Armee, sowie unter den Kapitalisten wollten ihren Kurs ungebremsst steuern.

Noch nicht einmal das Fiasco der Aggression gegen Viet-

nam hatte Dengs Stellung im Machtkampf mehr erschüttern können. Schon tritt in den wichtigen Parteiangelegenheiten Hu Yaobang als alleiniger Sprecher auf, jener Mann, der von Teng und Co. über lange Zeit hinweg großgezogen wurde, und in dem der geeignete „Praktiker“ für Dengs Kurs gesehen wird.

Wie auch aus dem Peking Prozeß gegen die Viererbande ersichtlich ist, war Hua Guo-Feng genau jenes Werkzeug, das Teng und Co. benötigten, um diese konkurrierende Gruppe auszuschalten, kam er doch aus dem Zentrum der maoistischen Gruppe und verfügte über eine bewaffnete Macht. Dafür durfte er nun vier Jahre lang den Vorsitzenden Nummer zwei spielen, allerdings nur kurze Zeit als strahlender Held, der schnell abmontiert wurde.

Von der KP Spaniens (M-L) unterstützt

Große Erfolge für die Listen der Klasseneinheit

Ein Kampf um echte Interessenvertretung bei den spanischen Betriebsratswahlen

MADRID. — Ende November zogen die KP Spaniens (M-L) und die revolutionäre Gewerkschaft AOA eine erste Zwischenbilanz der Ergebnisse der spanischen Betriebsratswahlen. Nachdem bisher in rund einem Viertel der Betriebe gewählt worden war, zeichnen sich große Erfolge beim Kampf um Einheitslisten ab, den die AOA führt. Den folgenden Bericht entnehmen wir den neuen „RGO-Nachrichten“, die von der spanischen AOA über ihre Arbeit informiert wurden.

Ende November waren rund 25 Prozent der Delegierten in den spanischen Betrieben gewählt, hatten etwa 30 Prozent der Arbeiter ihre Stimme abgegeben. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in 75 großen Betrieben des Landes in verschiedensten Zweigen der Wirtschaft 75 Delegierte der Einheitslisten gewählt worden. Weitere zahlreiche Delegierte dieser Einheitslisten wurden in kleineren Betrieben gewählt.

Die AOA hat sich beim Kampf um diese Einheitslisten vor allem folgende Ziele gesetzt:

1. Die gewerkschaftliche Spaltung im Kampf um ein konkretes Programm gewerkschaftlicher und politischer Aktion, der allgemeinen Klasseninteressen zu überwinden;
2. So weit als irgend möglich in die neuen Betriebskomitees echte Arbeitervertreter zu wählen, die in der Lage und dazu bereit sind, die Interessen der Belegschaft zu vertreten;
3. Die Position der AOA in der Arbeiterbewegung zu stärken.

Eben beim Kampf um diese Ziele gibt es bereits nach einem Viertel der Wahl große Erfolge zu verzeichnen.

Am deutlichsten ist dies im Betrieb Lladro in Valencia zu sehen, bei dem die 2000 Arbeiter die Wahl hatten zwischen offenen faschistischen Standesvertretern und einer Einheits-

liste, die von der AOA, der sozialdemokratisch geführten UGT und der von der revisionistischen spanischen Kommunistischen Partei geführten Arbeiterkommissionen gebildet wurde, die die Wahl überlegen gewann.

Aber auch in zahlreichen anderen Betrieben ist es gelungen in breitem Ausmaß Mitglieder verschiedener Gewerkschaften zur einheitlichen Kandidatur zu gewinnen. So beispielsweise bei der Madrider Autofabrik Pegaso, die 6000 Arbeiter beschäftigt. Dort kandidierten auf der Einheitsliste vier Mitglieder der AOA, 24 der Arbeiterkommissionen und sieben Unorganisierte.

Im Durchschnitt der genannten Großbetriebe waren 40 Delegierte zu wählen, so viele umfaßten in der Regel auch die Einheitslisten.

Dabei ist weiter die Tatsache zu berücksichtigen, daß sowohl bei den Listen der Arbeiterkommissionen als auch der UGT zahlreiche alte Bonzen nicht mehr vertreten waren, nicht mehr gewählt wurden und eine große Anzahl von Kollegen auf diesen Listen gewählt wurden, die sich für die Klasseneinheit und gegen die Wirtschaftspakte mit der Regierung, die diese reformistischen Gewerkschaften abgeschlossen haben, erklärten.

In allen von der AOA organisierten Einheitslisten waren

Vertreter der verschiedensten Gewerkschaften beteiligt, auch bei solchen, wie der Metro von Madrid, wo die Kandidatur schließlich verboten wurde, was zu einer 40prozentigen Wahlenthaltung führte.

Bei der bisherigen Bilanz ragt nicht nur die Tatsache heraus, daß überall Aktivisten verschiedener Gewerkschaften beteiligt waren. Auch die konkreten Kampfprogramme, mit denen diese Listen zur Wahl antraten, zeichneten sich dadurch aus, daß sie neben den betrieblichen und unmittelbaren Forderungen der Arbeiter die gemeinsame Stoßrichtung gegen den sogenannten Sozialpakt der Reformisten mit dem Großkapital und der Regierung hatten.

Dabei wurden, je nach der Lage im Betrieb, verschiedene Arten des Vorgehens angewandt. In Betrieben, in denen es eine starke AOA-Organisation gab, und in denen die reformistischen Bonzen ihre Listen präsentierte, organisierte die AOA die Einheitslisten. Dort, wo die AOA weniger stark vertreten war, gelang es Hunderte von Arbeitern verschiedenster Gewerkschaften zur Unterstützung zu gewinnen. Und dort, wo sowohl die revolutionären Gewerkschaften als auch die reformistischen Gewerkschaften relativ schwach sind, kämpfte man von vornherein um eine einzige Liste, die der Klasseneinheit.

Die bisherigen Ergebnisse dieser Wahlen haben die Position der revolutionären Gewerkschafter wesentlich verbessert, ihre Zahl vermehrt und gute Grundlagen für die Überwindung der gewerkschaftlichen Spaltung gelegt.

Mit Unterstützung der KP Kanadas (M-L)

Volksfront gegen Rassismus und Faschismus gegründet!

Großveranstaltung in Vancouver am 22. November 1980

VANCOUVER. — Zweitausend Teilnehmer hatte die Großveranstaltung in Vancouver am 22. November, auf der die kanadische Volksfront gegen Rassismus und Faschismus gegründet wurde. Die Gründung dieser Volksfront, die von der Kommunistischen Partei Kanadas (M-L) unterstützt und gefördert wurde, ist ein wichtiger Markstein im demokratischen, antifaschistischen, antirassistischen Kampf in Kanada.



Die Teilnehmer der Großveranstaltung in Vancouver begrüßen begeistert die Verkündung der Gründung der Volksfront.

186 Organisationen und bekannte demokratische Persönlichkeiten nahmen an der Gründung der Volksfront teil, unterzeichneten den Aufruf zur Gründung dieser Organisation. Ihr Grundsatzprogramm und ihre Satzung wurden auf der Gründungskonferenz vorgestellt. Die Volksfront stellt in das Zentrum ihrer Tätigkeit den Kampf um demokratische Rechte, gegen die zunehmende rassistische und faschistische Gewalt in Kanada.

Den Vorsitz des Gründungskongresses führte Genosse Hardial Bains, der Vorsitzende der KP Kanadas (ML). Die Eröffnungsrede hielt Sardar Bela Singh Thandi, der Vorsitzende des Ostindischen Selbstverteidigungskomitees, einer wichtigen Organisation indischer Einwanderer in Kanada.

derer in Kanada. Ansprachen hielten auch, seit langem im ganzen Land bekannte demokratische Personen wie Jeff Conway und andere, die zur Einheit im Kampf gegen Rassismus und Faschismus aufrufen.

Der Gründungskongress ging zügig an den organisatorischen Aufbau der Volksfront. Die erste jährliche Delegiertenkonferenz der Volksfront wurde für Juli 1981 in Montreal einberufen. Der Nationalrat der Volksfront trat bereits am 23. November in Vancouver zusammen und wählte die ständige nationale Leitung, zu deren Sprecher Dr. Brian Ostrow aus Winnipeg gewählt wurde. Auch die Herausgabe einer Zeitung wurde beschlossen.

Die Zentralstelle der Volksfront wird in Winnipeg sein,

fünf regionale Büros werden in Halifax, Montreal, Toronto, Calgary und Vancouver errichtet, in mehr als 50 Städten werden lokale Büros geschaffen. Eine Mitgliederwerbekampagne wurde ebenfalls beschlossen.

Gerade heute, so betont die KP Kanadas (ML) in ihrer Würdigung der Gründung der Volksfront gegen Rassismus und Faschismus, wo die reaktionäre Gewalt im Lande spürbar zunimmt, ist die Gründung dieser Organisation von großer Bedeutung. Die breite Beteiligung an dieser Organisation, über verschiedene politische Auffassungen hinweg, ist ein wichtiges Kennzeichen für den wachsenden Wunsch der kanadischen demokratischen Bewegung nach Einheitlichkeit, Geschlossenheit und Kraft im Kampf.

Präsidentenwahl in Portugal

Wichtige Niederlage für die Reaktion

ZK der Portugiesischen Kommunistischen Partei (W) zieht Bilanz

LISSABON. — Die Wahl eines neuen Präsidenten in Portugal, die mit einem Sieg des bisherigen Amtsinhabers Ramalho Eanes endete, bedeutete für die portugiesische Reaktion eine wichtige Niederlage. Mit der Wahl ihres Kandidaten, des Gefolgsmannes und Namensvetters des vor kurzem verunglückten Sa Carneiro wollte die rechte AD-Koalition die letzte Bastion der Instanzen vom 25. April 1974 stürmen, was ihr gründlich mißlang.

Nahezu 57 Prozent der portugiesischen Wähler gaben bereits im ersten Wahlgang ihre Stimme Ramalho Eanes, der von der Koalition aus Sozialistischer Partei und der revisionistischen Kommunistischen Partei unterstützt wurde, während der AD-Kandidat Soares Carneiro nur knapp über 40 Prozent erhielt. Einen rasenden Stimmenrückgang verzeichnete auch Otelo de Carvalho, bei der letzten Präsidentenwahl mit über 16 Prozent der Stimmen noch zweiter hinter Eanes, der dieses Mal nur 1,5 Prozent erhielt. Zur Wahl von Otelo hatten die PKP(W) und die UDP aufgerufen. Der UDP-Abgeordnete im Lissaboner Parlament hatte dies noch einmal ausführlich begründet.

Die UDP unterstützte Otelo, weil er der einzige revolutionäre Kandidat war. Eanes, der bei der letzten Wahl von der reformistischen Allianz noch als

Rechter und Reaktionär bezeichnet worden war, siegte diesmal so klar dank deren Unterstützung. Der Grund, weshalb so viele Wähler mehr Eanes wählten als bei der letzten Parlamentswahl die ihn unterstützenden Parteien liegt auf der Hand: Es war die Frage der Änderung



Revolutionäre Wahlkampfdemonstration in Portugal.

der Verfassung. Während die AD und Carneiro offen für eine Änderung der Verfassung eintraten, die ja besagt, daß Portugal ein Land auf dem Weg zum Sozialismus ist, versprach Eanes, diese Verfassung zu verteidigen.

Deshalb ist dies auch das Hauptergebnis der Wahl: Die große Mehrheit, zusammen rund 60 Prozent der Wähler stimmte für die Verfassung, gegen den Angriff der AD-Koalition, die mit dieser offenen Kampfansage erhebliche Stimmeinbußen hinnehmen mußte.

Das Zentralkomitee der PKP (W) faßte im Zentralorgan der Partei seine ausführlichen Analysen der politischen Entwicklung in folgenden fünf Punkten zusammen:

1. Das entscheidende Ergebnis der Wahl war die große Niederlage des AD-Kandidaten.
2. Der Tod von Sa Carneiro und die Wahlniederlage schafften der AD große Schwierigkeiten, es zeigen sich sogar Krisensymptome.
3. Die Verschärfung von bestehenden Gegensätzen, das Zusammenprallen und die Umgruppierung der Kräfte in den bürgerlichen Parteien sind vorsehbar.
4. Der Sieg des Generals Eanes ist kein politischer Sieg der Arbeiterklasse.
5. Die schwache Unterstützung für eine konsequente Arbeiteropposition muß im Widerstand gegen die Maßnahmen der reaktionären Regierung korrigiert werden.

Japan:

Breite Solidarität mit südkoreanischer Opposition



Breiteste Massenaktionen fanden in Japan zur Solidarität mit Kim Dae Yung und der südkoreanischen Opposition statt. In der letzten Woche organisierte die japanische Eisenbahnergewerkschaft einen viertelstündigen Solidaritätsstreik. An diesen zahlreichen Aktionen beteiligte sich auch die Kommunistische Partei Japans (Linke), wie an der großen Demonstration auf unserem Bild beispielsweise.

Tödlicher Werkstoff

10 000 Tote jährlich durch Asbest

Betriebsratsbonzen gegen Asbestverbot

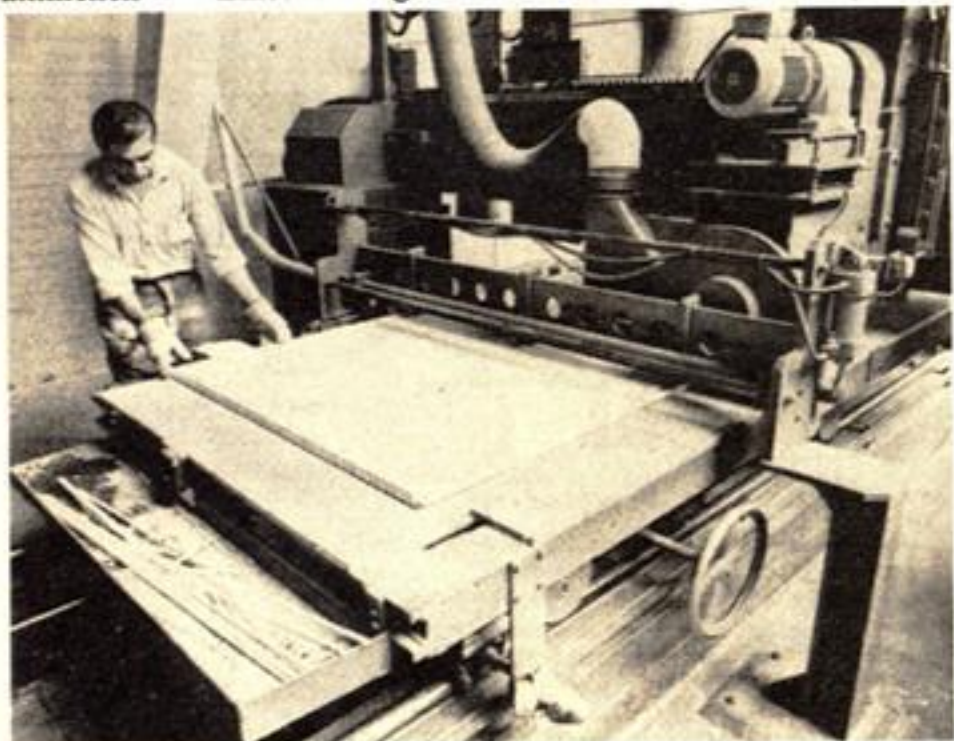
Die Mülheimer Isolierfirma Tapp KG (etwa 100 Beschäftigte) hat eine unheimliche Statistik aufzuweisen. Seit 1964 sind 15 ehemalige Mitarbeiter des Betriebs an Krebs gestorben; 44 weitere mußten vorzeitig in Rente gehen.

Krebstod und Invalidität bei Tapp hatten eine gemeinsame Ursache: Asbest. Dieses Mineral ist der wohl gefährlichste Werkstoff, der gegenwärtig in der Industrie verarbeitet wird. Bei Tapp trat in den Werkshallen Asbeststaub beim Vernähen von feuerfesten Matten aus Blauasbest oder beim Isolieren von Turbinen auf. Winzig kleine Fäden des Minerals werden dabei von den Arbeitern eingeatmet.

Die furchtbaren Folgen sind lange bekannt: Die Asbestteilchen setzen sich in der Lunge fest und versteifen die Lungenflügel so, daß kein Sauerstoff mehr aufgenommen werden kann. Die Folge davon ist die sogenannte Asbestose, die der „Staublunge“ bei Bergleuten gleicht. Eine weitere Folge sind Krebserkrankungen an Lunge und Bauchfell. Obwohl aber diese verheerenden Auswirkungen der Produktion und Verarbeitung von Asbest schon seit Jahrzehnten bekannt sind, wird wohl der ehemalige Mülheimer SPD-Abgeordnete Willi Müller recht behalten, wenn er sagt, daß noch „viele sterben müssen, bevor es uns richtig bewußt wird, was wir uns mit dem Stoff eingehandelt haben.“

In den USA sind solche düsteren Prophezeiungen mit Zahlen belegt worden, die wahrhaftig Grauen erwecken können. Das Nationalinstitut für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, das Nationale Krebsinstitut und das Nationalinstitut für umweltbezogene Gesundheitswissenschaften kamen übereinstimmend zu der Auffassung, daß allein in den USA für die nächsten 35 Jahre mit zwei Millionen Toten „infolge von Krebserkrankungen im Zusammenhang mit Asbest“ gerechnet werden müsse.

Für die Bundesrepublik kommt zumindest der DGB zu ähnlichen Einschätzungen.

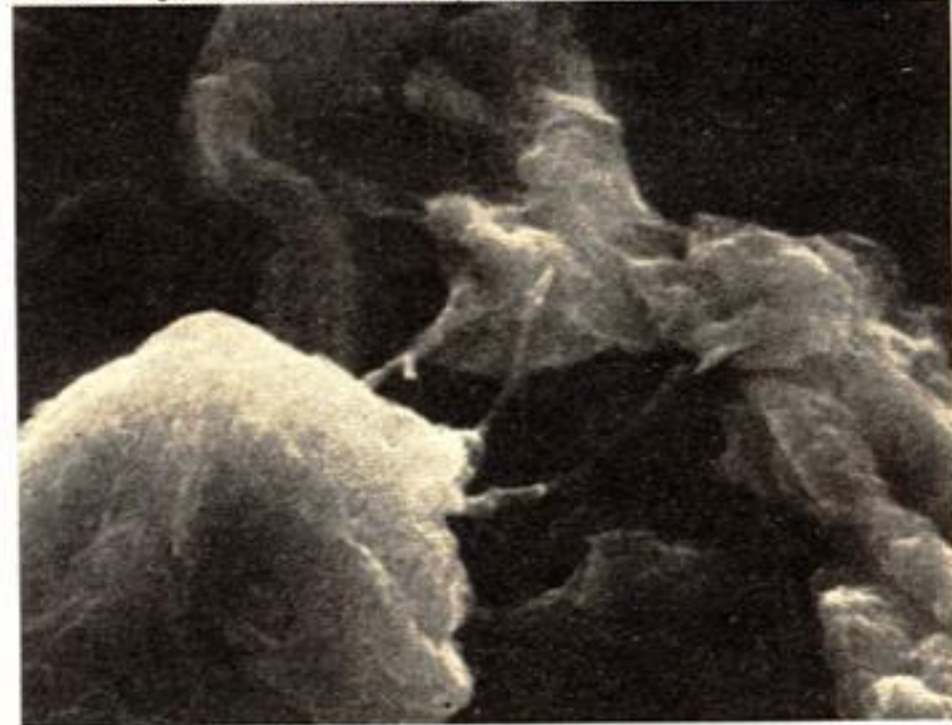


Asbest-Verarbeitung.

Reinhold Konstanty, Leiter der Abteilung Arbeitsschutz beim DGB, sprach davon, daß 10 000 Asbesttote jährlich noch eine „vorsichtige und zurückhaltende Schätzung — mit steigender Tendenz“ wären. Und bedroht sind heute schon längst nicht mehr allein die Arbeiter, die mit Asbest als Werkstoff umgehen müssen. Auch die Verseuchung der Luft mit Asbeststaub nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Als kürzlich Mediziner der Universität Bochum 127 Lungen seziierten, fanden sie in 84 davon Asbeststaub — auch bei Säuglingen. Dieser Staub wird

nicht nur durch Industrieabgase freigesetzt, sondern beispielsweise auch von Straßendecken oder Gebäuden, in denen Asbest verarbeitet ist. Auch durch die Abnutzung der ebenfalls mit Asbest versetzten Bremsbeläge von Autobrennen werden pro Jahr 13 000 Kilo des tödlichen Staubs freigesetzt.

Aber ist es denn ein unausweichliches Schicksal, das Jahr für Jahr Zehntausend von Menschen in jedem Industrieland



Asbestverseuchte Lunge

durch Asbest sterben müssen? Natürlich nicht. Es gibt schließlich ein sehr einfaches Mittel dagegen, dessen Anwendung etwa vom DGB seit langem gefordert wird: Das generelle Verbot der Verwendung von Asbest. In Schweden, Dänemark und den Niederlanden zum Beispiel ist ein solches Verbot auch schon durchgesetzt worden. In der Bundesrepublik jedoch hat sich eine unheilige Allianz aus Kapitalisten, Staatsbeamten und Betriebsratsbonzen gebildet, die ein solches Verbot oder auch nur die drastische Einschränkung der Anwendung von Asbest immer wieder verhindert haben.

Die Eigentümer der asbestverarbeitenden Betriebe, wie etwa der Eternit AG, stellen sich dumm. Sie wollen sich ihre Profite nicht durch Schutzmaßnahmen verderben lassen — auch wenn dabei Zehntausende elend krepieren müssen. Und so bestreiten sie — trotz aller einwandfrei erwiesenen Fakten — einfach die tödlichen Folgen der

schreckt worden, in der unter anderem „Verwendungsbeschränkungen“ asbesthaltiger Produkte“ gefordert werden.

Die Bonzen machen sich im Namen „unseres Unternehmens“ dafür stark, daß die Einwände und Forderungen des Umweltamtes beiseitegelegt werden. Am Anfang ihres Briefes erinnern sie den Minister an die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit. Da heißt es: „Vor etwa einem Jahr, am



Asbestverseuchte Lunge

23.10.79, haben wir uns im Zusammenhang mit der Novellierung der Arbeitsstoffverordnung mit der Bitte an Sie gewandt, die Einstufung von Asbest in die Gruppe 1 der gefährlichen Arbeitsstoffe zu verhindern. (...) Für Ihre damalige Unterstützung danken wir Ihnen.“

Und jetzt soll Ehrenberg wieder dafür sorgen, daß der Arbeitermord mit Asbest ungehindert weitergeht. Natürlich sagen die Betriebsratsbosse nicht, daß Einschränkung oder Verbot der Asbestverarbeitung die Profite der Unternehmer gefährden würde. Wie immer, wenn die Kapitalisten ihre Lakaen in den Betriebsratsbüros als Bittsteller vorschicken, wird auch hier die Bedrohung der Arbeitsplätze ins Spiel gebracht. Ein wahrlich makabres „Argument“ angesichts der Tatsache, daß die in der Asbestverarbeitung beschäftigten Arbeiter potentielle Todeskandidaten sind. Ganz abgesehen davon, daß die Umstellung von Asbest auf andere Werkstoffe natürlich neue Arbeitsplätze schaffen würde. Aber die angebliche Sorge der Herren Thaller und Lüdecke um die Arbeitsplätze der Belegschaften, deren Interessen sie eigentlich vertreten sollten, soll ja nur die Tatsache verschleiern, daß diese Leute nur die Almosen verteidigen, die beim von ihren Bossen systematisch betriebenen Arbeitermord für sie abfallen.

Minister Ehrenberg jedenfalls hat in seiner Antwort an die Bonzen klargestellt, daß er ein generelles Verbot von Asbest für nicht realisierbar und nicht vertretbar hält. Aber was heißt „nicht realisierbar“? Schließlich kommen ja — wie gesagt — Schweden, Dänemark und die Niederlande auch ohne Asbest aus. Und die westdeutschen Konzerne haben sich darauf übrigens schon lange eingestellt. VW etwa liefert Autos nach Schweden nur noch mit asbestfreien Bremsbelägen.

Für die Werktätigen in der Bundesrepublik und ihre Gewerkschaften ergibt sich aus der Ehrenbergschen Unterstützung für die kriminellen Praktiken der Asbestverarbeiter die zwingende Notwendigkeit, den Kampf für ein Verbot dieses tödlichen Stoffes zu verstärken.



„Ich trinke Jägermeister, weil mein Dealer zur Zeit im Knast sitzt.“

Jägermeister. Einer für alle

Mit Millionen-Prozeß gegen Satire

Mit schwerem Geschütz hat der „Jägermeister“-Boß W. Mast gegen die satirische Zeitschrift „Pardon“ losgeschlagen. Beim Landgericht Hamburg erwirkte er eine einstweilige Verfügung, mit der es dem Verlag der Zeitschrift untersagt wird, die hier von uns dokumentierte Bild-Satire zu verbreiten. Der Streitwert des Verfahrens wurde auf eine runde Million Mark festgesetzt.

Mast ist nach eigenem Bekunden ein humorvoller Mensch, „jemand, der Satire vertragen kann.“ Aber natürlich hat alles seine Grenzen, und die von dem Graphiker Ernst Volland und dem Fotografen

Wolfgang Krolow gefertigte Bild-Satire liegt eben jenseits dieser Grenzen. Mast: „Aber das geht weit, weit über das hinaus, was an Freiheiten man sich in diesem freien Rechtsstaat erlauben kann.“

Der „Jägermeister“-Boß machte sich also daran, die Grenzen der Satire in „diesem freien Rechtsstaat“ abzustecken. Ein Hamburger Gericht folgte ihm dabei — wer hätte auch anderes erwartet. Bleibt nur zu hoffen, daß der größte Teil der „Pardon“-Auflage mit dem inkriminierten Bild inzwischen schon unter die Leute gekommen ist.

„Verfassungswidrige“ Trauerfeier

Als die Bombe der Hoffmann-Terroristen auf dem Gelände des Münchner Oktoberfestes ein Dutzend Menschen zerfetzt hatte, ließen die CSU-Bosse das Blut wegwischen und den Festrummel weiterlaufen. So schnell wie möglich wollten sie das grausame Massaker der von ihnen geförderten Faschisten aus der Erinnerung der Bevölkerung tilgen.

Diese Haltung der Strauß-Partei hat damals große Empörung ausgelöst. Und natürlich haben es sich die Antifaschisten nicht nehmen lassen, der Opfer von München zu gedenken und die rücksichtslose Bestrafung der Mörder, das Verbot aller faschistischen Banden zu fordern. Unter den Trauer- und Protest-

veranstaltungen war auch eine der VVN in München.

Diese Veranstaltung ist jetzt in der Septemberausgabe des bayrischen Verfassungsschutzberichtes unter den sogenannten verfassungseindlichen Bestrebungen aufgeführt worden — Unterabteilung „Linksextreme Aktivitäten und Bestrebungen“. Was könnte besser als dieser schier unglaubliche Vorfall die reaktionäre Gesinnung der Strauß-Leute und ihr Verständnis von der Verfassung kennzeichnen? Es zeigt sich einmal mehr, daß alle liberalen und persönlichen Töne, die man nach der Wahlniederlage von der Union hören konnte, nicht als eine grundsätzliche Kursänderung der Strauß-Partei verstanden werden dürfen.



Samstag, 3. Januar, 21.30 Uhr, WDR III
Der Nachwelt eine Botschaft. Film von Klaus Wildenhahn und Gisela Tuchtenhagen über den Arbeiterschriftsteller Günter Westerhoff, einen ehemaligen Zechenschlosser.

Sonntag, 4. Januar, 15.20 Uhr, ZDF
Ausgerechnet Wolkenkratzer. In seiner Serie mit Harold Lloyd-Filmen zeigt das ZDF heute den berühmtesten Film des amerikanischen Stummfilmkomikers.

Sonntag, 4. Januar, 21.45 Uhr, ZDF
Die Wildente. Der norwegische Dramatiker Henrik Ibsen zählt zu den großen Meistern des kritischen bürgerlichen Realismus. Sein Stück „Die Wildente“ wird in einer Inszenierung von Rudolf Noelte (Freie Volksbühne Berlin) gezeigt.

Sonntag, 4. Januar, 22.30 Uhr, WDR/NDR III
Bochumer Versuche. Ein Blick in die Theaterwerkstatt. Der Film berichtet über Karge/Langhoffs Inszenierung von Büchners „Woyzeck“ am Schauspielhaus Bochum.

Montag, 5. Januar, 22.05 Uhr, NDR III,
Schreib das auf, Kisch! Film von Gert Heinrich über den kommunistischen Journalisten Egon Erwin Kisch, dessen Reportagen zu den bedeutendsten Werken der sozialistischen deutschen Literatur gehören.

Dienstag, 6. Januar, 17.20 Uhr, ARD
Weihnachtsoratorium. Von Johann Sebastian Bach. Die VI. Kantate.

Dienstag, 6. Januar, 21.00 Uhr, NDR III
Die eigene Geschichte. Am Beispiel von Fischerhude untersucht Autor Hannes Heer die Geschichte eines deutschen Dorfes während der Nazidiktatur.

Mittwoch, 7. Januar, 22.05 Uhr, NDR III
Boudou — aus den Wassern gerettet. Spielfilm von Jean Renoir aus dem Jahr 1932. Mit Michel Simon und Marcelle Hainia.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 BREMEN (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17-19 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 DÜSSELDORF (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr. 17-19 Uhr, Sa. 10-12 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD, Klarastr. 24, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thalmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di und Fr 17-18.30 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi., Fr. 16-18 Uhr, Sa. 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.

Zum Antifaschistischen Kongreß in Mannheim

Wie Faschismus entsteht — und verhindert wird

Aus Anlaß des 35. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus wurde im letzten Mai ein Kongreß in Mannheim durchgeführt, der sich die Aufgabe gestellt hatte, die wichtigsten Fragen des antifaschistischen Kampfes zu diskutieren. Inzwischen hat der Röderberg-Verlag

Was ist Faschismus?

Eine entscheidende Vorbedingung für die richtige Orientierung des antifaschistischen Kampfes bildet natürlich das korrekte Verständnis dessen, was den Charakter des Faschismus überhaupt ausmacht. Positiv anzumerken ist, daß sich die Referenten und Diskussionsredner des Kongresses mehr oder weniger deutlich von den bekannten bürgerlichen Theorien abgrenzten, nach denen der Faschismus an der Macht die persönliche Diktatur eines einzelnen Mannes, die Diktatur einer „totalitären“ Partei oder des entfesselten Kleinbürgertums sei. Unbestritten war in Mannheim die Tatsache, daß die faschistische Diktatur ein Herrschaftsinstrument des Monopolkapitals darstellt.

Der Wissenschaftler Reinhard Kühnl jedoch, der über „Faschismus — Ursachen und Folgen“ referierte, stellte in diesem Zusammenhang einige Thesen auf, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. In seiner Darstellung der Terrorherrschaft des Hitler-Faschismus verwarf er ausdrücklich die Analyse des Faschismus durch Dimitroff, die er verkürzt und dem gegenwärtigen Wissensstand nicht mehr entsprechend nannte. Dimitroff hatte vor dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale den Faschismus an der Macht definiert als „die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“.

Dem stellt Kühnl gegenüber, die Nazidiktatur wäre ein „Bündnis“ zwischen der herrschenden Klasse einerseits („hauptsächlich Großindustrie, Großbanken und Militär“) und der Führung der faschistischen Partei andererseits gewesen. Mehr noch. Innerhalb dieses Bündnisses hätte sich eine „relative Verselbständigung der politischen Gewalt, des politischen Herrschaftsapparates“ vollzogen. Als Beweis für seine These führt Kühnl zweierlei an: einmal die Judenvernichtung, die den Interessen des Monopolkapitals entgegengestanden und mit deren Durchführung sich der andere „Bündnispartner“ — die faschistische Parteiführung — durchgesetzt hätte. Zweitens der gescheiterte Putsch vom 20. Juli 1944, für Kühnl ein Beweis dafür, daß die herrschende Klasse das von ihr 1933 an die Macht gebrachte Naziregime nicht mehr loswerden konnte.

Ist es angesichts der Kühnlschen These wirklich notwendig, Dimitroffs Definition des Faschismus zu revidieren? Ganz und gar nicht. Der Staat, beziehungsweise die ihn repräsentierenden Parteien oder sonstigen politischen Gruppierungen sind niemals bloße Bündnispartner der jeweils herrschenden Klassen, sondern stets deren Herrschaftsinstrumente. Das gilt auch für den Faschismus als einer besonderen — eben offen terroristischen — Form der bür-

gerlichen Diktatur. An dieser Stelle kann natürlich nicht das gesamte wirtschaftliche und politische System des Faschismus in Deutschland dargestellt werden. Aber es genügt auch schon, einige Fakten zu nennen, um Kühnls These zu widerlegen.

Durchsetzung des Führerprinzips

Schon im Juli 1933 kam es — wohl einmalig in der Geschichte der Bourgeoisie überhaupt — zur Errichtung einer Art „Überregierung“, die neben (genauer gesagt über) der offiziellen Staatsgewalt etabliert wurde. Es war der Generalrat der deutschen Wirtschaft, dem unter anderem angehörten: Fritz Thyssen, Alfred Krupp, Karl Bosch (I.G. Farben), August Diehl (Kalisyndikat), Karl Friedrich von Siemens, der Bankier Kurt von Schroeder, Albert Voegler (Stahltrust). In diesem Generalrat waren also die Herren der mächtigsten Monopole unmittelbar vertreten. Wenn ihr Handeln auch von einem einheitlichen Klasseninteresse bestimmt war, so gab es unter ihnen natürlich auch Widersprüche — auf politischer Ebene vor allem hinsichtlich der anzuwendenden Formen der Herrschaft. Wie aber schon die Bestellung Hitlers zum Reichskanzler zeigte und schließlich die gesamte Entwicklung des faschistischen Deutschlands bewies, setzten sich die „reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (vor allem die Montanindustrie und die mit ihr verbundenen Banken) gegenüber den anderen Teilen der herrschenden Klasse durch.

Ein Jahr später wurden durch die faschistische Gesetzgebung die Werktätigen der letzten Rechte beraubt. An die Stelle des in der Novemberrevolution erkämpften Systems der Betriebsräte trat das „Führerprinzip“ in den Betrieben. Der Unternehmer wurde damit zum Führer über eine auf absolute Disziplin und militärischen Gehorsam zwangsverpflichtete Belegschaft gemacht. Im gleichen Jahr wurde auch die gesamte Wirtschaft nach dem „Führerprinzip“ umorganisiert. Jeder Unternehmer mußte einer der sich in den verschiedenen Branchen gebildeten Reichsgruppen beitreten. Und die Führer, die dort an der Spitze standen und ein uneingeschränktes Kommando ausübten, waren eben die Herren der Großbanken und der Industriemonopole, die wir schon als Mitglieder des Generalrats kennen. Nach dem gleichen Prinzip wurden schließlich auch die in der Landwirtschaft Beschäftigten unter dem Diktat der Junker und der Großbanken im sogenannten Reichsnährstand zusammengeschlossen.

Kennzeichnend für den deutschen Faschismus was also gerade ein straff organisiertes und mit nacktem staatlichen Terror zusammengehaltenes Zwangssystem, durch das sich die mächtigsten Monopole alle Be-

ein Buch mit den Materialien dieses Kongresses vorgelegt. Mit den wesentlichsten Positionen, die dort zum Ausdruck kommen, wollen wir uns in dieser und der folgenden Ausgabe des RM auseinandersetzen.

reiche des gesellschaftlichen Lebens unmittelbar unterwarfen. Auch im weiteren Verlauf der faschistischen Diktatur konnte von einer Verselbständigung der staatlichen Macht gegenüber der Herrschaft dieser Monopole nicht die Rede sein. Im Gegenteil. Während des Krieges, vor allem nach der „totalen Mobilisierung“ 1943, erfuhr die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus einen neuen Schub. Das „Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion“ wurde in einen Trust von gigantischem Ausmaß verwandelt, in dem die Spitzen des Monopolkapitals, bei nahezu völliger Ausschaltung ihrer Konkurrenz, Regierungsaufträge, Rohstoffe, Arbeitskräfte usw. unter sich aufteilten.

Bezeichnende Veränderungen gab es auch im eigentlichen Gewaltapparat der faschistischen Diktatur. Immer mehr wurde die SS zum Kern und dann zum eigentlichen Träger dieses Apparats. (Die Polizei wurde mit der SS verschmolzen, die Kommandostellen der Wehrmacht ebenso wie die Führungsstellen der Staatsbürokratie mit SS-Funktionären durchsetzt). Aber auch hier entwickelte sich alles anders als eine Verselbständigung, wie sie von Kühnl behauptet wird. Gerade die SS, dieser barbarischste Ausdruck der faschistischen Terrorherrschaft, stand von Anfang an unter dem direkten Kommando der Monopolisten selbst, die über den sogenannten Freundeskreis des Reichsführers-SS

ten Rassenhaß der Hitler-Leute? Um diese Frage zu beantworten, muß man sich klar machen, warum die reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals die Nazi-Partei an die Macht gebracht und ihre faschistische Diktatur errichtet haben. Zum einen ging es ihnen um die blutige Niederwerfung der revolutionären Arbeiterbewegung und die Errichtung des oben beschriebenen Terrorsystems, das ihnen die Möglichkeit zu einer Bereicherung von bisher ungekanntem Ausmaß schuf.

Zum anderen aber zielten sie von vornherein auf einen neuen imperialistischen Raubkrieg, auf eine Neuaufteilung der Welt ab. Und in diesem Zusammenhang hatten der Rassismus und Antisemitismus der Nazi-Partei eine doppelte Funktion für ihre Pläne. Einmal als unerläßliche Bestandteile der „Herrenmenschen“-Ideologie, mit der das deutsche Volk ideologisch auf den kommenden Raubkrieg vorbereitet werden und der rückschrittlichste, dumpfste Teil des Volkes zum überzeugten Parteigänger bei der „Ausrottung der Untermenschen“ gemacht werden sollte. Um das zu erreichen, genügte aber die bloße Propagierung des Antisemitismus und Rassismus nicht. Man mußte die Propaganda in blutige Wirklichkeit umsetzen, um die Menschen, auf die man abzielte, tagtäglich daran zu gewöhnen, daß „Untermenschen“ gegenüber der „Herrenrasse“ keinen Anspruch auf eine menschenwürdige Existenz, ja nicht

den weitreichenden Zielen, die das deutsche Monopolkapital mit seinem Raubkrieg verfolgte. Weite Teile Osteuropas sollten von deutschen Kolonisten besiedelt werden, die dann als „Herrenrasse“ eine neue Führungsschicht gebildet hätten. Ein Teil der Bevölkerung dieser Länder, die aktiven, bewußten Elemente, die Intelligenz usw. sollte ausgerottet, der andere Teil auf das Niveau von Analphabeten herabgedrückt und als vollständig rechtlose Arbeitsklaven in den Dienst der Monopolherren und der Junker gestellt werden. Um diese furchtbaren Pläne, die ja auf die Vernichtung der Existenz ganzer Nationen hinausliefen, in die Tat umzusetzen, wurden die betreffenden Völker von der Nazi-Propaganda als „verjudet“ bezeichnet, um ihre angebliche Minderwertigkeit herauszustellen, aus der dann der deutsche Imperialismus sein „Recht“ auf die Zerstörung ihrer nationalen Existenz ableitete.

Die hier skizzierten Vernichtungspläne der Faschisten sind teilweise verwirklicht worden — bis die Rote Armee dem barbarischen Wüten des deutschen Imperialismus ein Ende setzte. In diesem Zusammenhang sei nur an das berüchtigte Programm „Vernichtung durch Arbeit“ erinnert, mit dem das Monopolkapital aus dem Massenmorden an Juden, an Angehörigen der slawischen Völker und Antifaschisten riesige Profite schlug. „Vernichtung durch Arbeit“, das bedeutete: Gegen ein Kopfgeld stellte die SS den Konzentrationslager-Häftlingen zur Verfügung, die dann in der Rüstungsproduktion buchstäblich bis aufs Blut ausgepreßt wurden. Wer die Zwangsarbeit in den Betrieben überlebte, wurde — wenn seine Arbeitskraft ausgelaugt war — wieder der SS überstellt und in die Gasöfen der Vernichtungslager gejagt.

Der 20. Juli

Der maßlose Rassismus und Antisemitismus des Faschismus, sein mit verbrecherischer

Stauffenberg angesichts der Niederlage der faschistischen Wehrmacht in Stalingrad und des schnellen Vorrückens der Roten Armee erkannt, daß der Krieg für den deutschen Imperialismus nicht mehr zu gewinnen war. Sie wollten deshalb Hitler beseitigen, im Inneren eine terroristische Militärdiktatur ohne die Nazi-Partei errichten und den Krieg an der Seite der Westmächte gegen die Sowjetunion weiterführen.

Man kann aber den Putsch vom 20. Juli nicht, wie Kühnl das tut, als einen Versuch der gesamten herrschenden Klasse bezeichnen, die Hitler-Diktatur loszuwerden. Tatsache ist, daß die Siege der Roten Armee zu einer Verschärfung der Widersprüche zwischen den monopolistischen Gruppierungen in Deutschland führten. Sie waren gezwungen zu laviieren, um ihren Besitz und ihre Macht auch über eine drohende Niederlage im Krieg hinauszuretten. Nur ein geringer Teil aber setzte in dieser Situation auf Goerdeler. Nicht zuletzt wohl deswegen, weil dessen Plan eines Separatfriedens mit dem Westen und eines gemeinsamen imperialistischen Feldzugs gegen die sozialistische Sowjetunion keine Chance hatte. Angesichts der breiten antifaschistischen Mobilisierung der Völker in den Ländern der Antihitlerkoalition, angesichts der für alle sichtbaren Stärke der Sowjetunion hätten die westlichen Imperialisten den von Goerdeler angestrebten Pakt nicht eingehen können.

Eine andere Sache war die Unwägbarkeit einer gewaltsamen Ablösung des Hitler-Regimes für die Interessen des Monopolkapitals. Denn vor dem Hintergrund des wachsenden Widerstands, der steigenden Kriegsmüdigkeit und antifaschistischen Stimmung im Deutschland der letzten Kriegsjahre hätten durch die Beseitigung der Nazidiktatur demokratische Kräfte gestärkt und freigesetzt werden können, die das Monopolkapital möglicherweise nicht mehr unter Kontrolle bekommen hätte. Aus all diesen Gründen hielten die reaktionärsten Elemente der herrschenden Klasse weiterhin an Hitler und seinem Regime fest.

Wie man sieht, sind Kühnls Beweise für seine These von der relativen Verselbständigung der staatlichen Macht wenig schlüssig. Diese These rückt ihn vielmehr in die Nähe der eingangs erwähnten bürgerlichen Theorien, die ja alle darauf hinauslaufen, den Faschismus zu einer unabhängig von der bürgerlichen Klassenherrschaft existierenden Erscheinung zu verfälschen. Auf dem Mannheimer Kongreß gab es leider nur wenig Widerspruch gegen Kühnls These. Einige Redner beriefen sich zwar auf die oben angeführte Dimitroff-Definition. Eine Auseinandersetzung mit Kühnls Auffassungen jedoch fand nicht statt. Die wäre jedoch notwendig gewesen. Nicht nur um zu einem richtigen Verständnis des Charakters der Hitler-Diktatur zu gelangen. Heute bereiten die reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals erneut die Errichtung der faschistischen Diktatur vor. Deshalb ist die von Kühnl aufgeworfene und falsch beantwortete Frage nach dem Verhältnis von herrschender Klasse und faschistischem Gewaltapparat nicht nur eine historische Frage, sondern auch eine wichtige Frage des aktuellen antifaschistischen Kampfes.

Im nächsten RM werden wir darauf eingehen, wie der Mannheimer Kongreß diese Frage im Hinblick auf die Gefahr einer neuen faschistischen Diktatur in Deutschland beantwortet hat.



Hitler und Göring sprechen 1932 im Industrie-Club vor Vertretern des Monopolkapitals.

dieses Mordinstrument kontrollierten und für ihre Interessen nutzbar machten.

Die Judenvernichtung

Und wie steht es nun mit den von Kühnl angeführten Beweisen für ein angebliches Auseinanderklaffen zwischen den Zielen des Monopolkapitals und denen der Naziführung? Zunächst die Judenvernichtung. Entsprang sie wirklich nur der Mordgier oder einem krankhaf-

einmal auf ihr Leben haben.

Auf der anderen Seite war die Judenverfolgung natürlich auch ein Mittel, mit dem der faschistische deutsche Imperialismus nicht nur im eigenen Volk, sondern unter allen Völkern, die er bedrohte, Schrecken und lähmende Angst verbreiten wollte, indem er in grausamer Weise deutlich machte, daß er auch vor dem kaltblütigen Massenmord an seinen Gegnern nicht zurückschreckte.

Die andere Funktion der Judenvernichtung ergibt sich aus

Präzision durchgeführtes Ausrottungsprogramm widersprachen also keineswegs den Interessen der monopolistischen Hintermänner Hitlers. Und wie steht es mit dem Putsch vom 20. Juli? Unbestritten hatte der reaktionäre Teil der Putschisten um Carl Goerdeler Verbindungen zum Finanzkapital und auch die Unterstützung einiger Elemente der herrschenden Klasse. Die Goerdeler-Leute hatten ebenso wie der mehr demokratisch gesinnte Kreis der Attentäter vom 20. Juli um

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 1 2 Ocak 1981

Yıl: 15

1 DM

Yeni yıla girerken

Vergilerin düşürülmesi aldatmacası yürürlüğe girdi

Açıktan açığa ücretlerin düşürülmesi talep edilmektedir

Geçtiğimiz seçimlerde hükümet partilerinin sözde sosyal politikalarını ispatlamak için, özellikle vergilerin düşürülmesi vaadlerini büyük sözlerle propaganda ettiklerini kim hatırlamaz ki? Bugün, 1 Ocak 1981'den itibaren, vergilerin sözde hafifletilmesi aldatmacası yürürlüğe girmiş bulunmaktadır.

1 Ocak'ta yürürlüğe giren vergi indirimlerinden, resmi açıklamalarda da açıkça ortaya çıktığı gibi, özellikle yüksek gelirli kişiler yararlanmaktadır. Aylık geliri 3000 Mark olan bekâr bir kişi ve aylık toplam geliri 10000 Mark olan bir karı koca en fazla kazançlı çıkanlardır. Ve ayda yaklaşık 60 Mark daha az vergi ödeyecekler. Buna karşılık yılda 36000 Mark toplam geliri olan üç çocuklu bir aile babası (eşi çalışmadığı halde) ayda ortalama 6 Mark daha az vergi ödeyecek, yani bu vergi indiriminden yılda ortalama 72 Mark kazançlı olacak. İşçiler, emekçiler ve düşük ücretli memurlar için bu büyük seçim vaadinin yerine getirilmesi; yılda 70 ile 200 Mark arasında bir fayda ifade etmektedir. Ama, vaadedilen sadece vergilerin düşürülmesi değildi, bununla beraber gerçek gelirlerin de yükseltilmesiydi. Bu sözde vaadlerden geride kalan tek şey, çocuk parasının 20 Mark artırılması ki, bu da fiat artışları ile karşılaştırıldığında hiç bir şey ifade etmemektedir.

Genel ve sürekli bir biçimde satış mallarına gelen zamları dikkate almayıp, gelirlerin sözde yükseltilmesi devletçe alınan diğer önlemlerle karşılaştığımızda, önümüze büyük

bir uçurum gelmektedir. Daha doğrusu vergilerin düşürülmesinin sadece bir aldatmaca olduğu açıkça ortaya çıkmaktadır. Birkaç Marklık vergi indirimi, tren biletleri fiatlarının yükselmesi ile veya benzin fiatlarına gelen vergi zamu ile çabucak, hemde fazlasıyla geri alınmaktadır. Diğer vergi zamlarını; şehir gazının, elektriğin, suyun vb. gibi fiatlarının yükseltilmesini hele hiç hesaba katmıyoruz. Bu sözde vergi indirimi, sosyal sigorta (hastalık, emeklilik ve işsizlik sigortaları) aidatlarının yüzde 18, 5'e çıkarılmasıyla, daha doğrusu bu aidatların ayda ortalama 20 Mark yükseltilmesiyle bir çırpıda geri alınmaktadır. Daha ilk günlerinde bu yeni yılın yeni bir pahalılık dalgası anlamına geldiği göz önündeki bir gerçektir. Ve bu pahalılık önümüzdeki bir kaç ay içinde bütün alanlara yayılacaktır.

Hayat şartları bu denli kötüleşmesine rağmen, çalışan insanlar kapitalistler tarafından yüksek ücret zamları (ki bu ücret zamları onların deyimine göre fiat artışları değerindedir) talep etmemekle tehdit edilmektedirler. Aksi takdirde herşeyin, özellikle de işyerlerinin tehlikeye düşeceğini söylemektedirler. İşveren birlikleri, gazetelerle

milyonlarca Mark ödeyerek yayınladıkları ilanlarda, Japon mallarının getirdiği tehlikeden tut işyerlerinin tehlikeye düşmesine kadar bin bir gerekçe ileri sürerek, işçileri, ücret artışından vazgeçirmek için sindirmeye çalışmaktadırlar.

Sendika ağaları daha şimdiden kapitalistlerin istekleri doğrultusunda bir rota izlemekte ve işçileri teslimiyete çağırmaktadırlar. Anlaşılan Batı Alman sendika hareketi zorlu bir imtihanla karşı karşıyadır. Doğrusu işçi sınıfı tekeli sermayenin saldırılarını geri püskürtülecek mi? Sendika ağalarının tavrı izlendiği takdirde, içinde bulunduğumuz yılda da emekçi halkın yaşam standartları düşecektir. Komünistler ve bütün sınıf bilinci işçiler, emekçiler yaşam koşullarının iyileşmesi için kapitalistlerin saldırılarına karşı mücadele içinde aktif olarak yer almalıdırlar. („Steuerbetrug in Kraft“; RM 1/81)

24 Aralık'tan beri birçok şehirde

İşkencelere karşı açlık grevleri yapılıyor

Hamburg, Ulm, Nürnberg ve Frankfurt'ta Türkiyeli ve Alman anti-faşistler, Türkiye'deki işkencelere karşı açlık grevlerine başladılar. Bu eylemlerde, özellikle şu iki talep için mücadele edilmektedir: Anti-faşist bir gençlik örgütünün tutuklanmış beş yöneticisinin akıbeti hakkında açıklama yapılması (ki son gelen bir habere göre, bunlardan Behçet Dinlerer ölü olarak bulunmuştur) ve Federal Hükümet tarafından Türkiye'deki işkenceleri araştırarak bir komisyonun oluşturulması.

Hamburg'daki açlık grevine katılanlar, kamuoyuna yönelik olarak basına bir açıklama yaparak; yukarıda belirtilen taleplerle beraber Kenan Evren'in kumandasındaki faşist generaller çetesi cuntasından beri Türkiye'deki gelişmelere değinmektedirler.

12 Eylül'den bugüne kadar yaklaşık 100000 kişi politik sebeplerden ötürü tutuklanmıştır. Faşist ordu ve polis tarafından düzenlenen ve adına "operasyon" denilen katliamlarda 200'ün üzerinde anti-faşist insan öldürüldü. 20'nin üzerinde devrimci işkence tezgahlarında hunharca katledildi. Cuntanın faşist askeri mahkemeleri 108 kişi hakkında idam cezası verdi ve bunlardan Erdal Eren'in de dahil olduğu üç devrimci idam edildi. Cunta işbaşına geçmekle beraber bütün demokratik hak-



Her hafta
Cuma günü çıkar

10000 KİŞİ 20 Aralık Cumartesi günü Köln'de askeri faşist cuntaya karşı protesto yürüyüşüne katıldı. KPD'nin de katıldığı bu güçlü eylem, Türkiye Devrimci Komünist Partisi'nin de içinde bulunduğu çeşitli Türkiyeli anti-faşist ve devrimci örgütler tarafından düzenlenmişti. Yürüyüşte faşist cuntanın vahşi terörü, idamları, işkenceleri ve katliamları protesto edildi. Ayrıca faşist generaller çetesi Federal Hükümet tarafından finanse edilmesi ve çok yönlü yardımlarda bulunması da teşhir edildi, katliamlara yardımdan başka birşey olmayan "Türkiye-Yardı-mı"nın kesilmesi talep edildi.

İsviçre'de iki memur öldürüldü

Faşist bir cinayet olayı daha

Nazi cinayet şebekeleri yasaklanmalıdır!

Faşist teröristler yeniden kanlı bir saldırı daha gerçekleştirdi. İsviçre'de bir Batı Almanyalı nazi faşistinin açtığı ateş sonucu iki memur hayatını kaybetti. Katil Frank Schubert, Batı Almanya'daki faşist mihraklara yeni silahlar temin etmek için İsviçre'ye gitmişti.

24 Aralık çarşamba günü Frank Schubert iki İsviçreli polis tarafından Federal Almanya sınırı yakınlarında durdurulmak istendi. O, derhal elini silahına atarak, ateş etmeye başladı ve bir memuru öldürdü, diğerini de ağır şekilde yaraladı. Schubert bundan kısa bir süre önce de bir gümrük memurunu katletmişti. Nazi faşisti, öldürüldüğü karşılıklı çatışmada bir polisi daha ağır şekilde yaralamıştı. Bölge-

nin polis müdürü Aarau olaydan sonra yaptığı açıklamada; Schubert'in savaş usulü atış metodlarıyla silah kullandığını söylüyordu.

Bu katil Almanya'da tanınmamış bir faşist değildir. Schubert'in başında bulunduğu bir faşist saldırı grubu, Frankfurt'ta solcular tarafından düzenlenen bir yürüyüşün üzerine baskın düzenlemişti. Bu faşist "Almanya Sosyalist Halk Hare-

keti" denilen faşist bir cinayet şebekesinin üyesiydi ve "Hoffmann Silahla Spor Grubu" ile sıkı ilişkileri vardı. Bilindiği gibi Münih katliamını yapan Gundolf Köhler de Hoffmann grubunun sıralarından gelmişti.

Ülkemizdeki faşist cinayet şebekelerinin nihayet yasaklanması için, bu yeni cinayet olayı da Federal Almanya yöneticileri için yeterli bir sebep değildir. Federal Almanya'daki demokratik ve anti-faşist güçler, faşist cinayet şebekelerinin yasaklanması için mücadeleyi yükseltmelidirler. Bugünün acil görevlerinden birisi budur. bütün faşist örgütler yasaklanmalıdır! (Neue faschistische Mordtat, RM Nr. 1/81, S. 1)

2. RGO Kongresi
Büyük kapanış
toplantısı

2.
RGO-
Kongresi

Program: 2. RGO Kongresi
Sonuçları, Türküler, halk
Oyunları, Konuşmalar,
kabare, Tartışma, Film ve...

Yer ve Zaman:
Dortmund-
Westfalenhalle II,
18 Ocak 1981,
Saat 13.00
Giriş: 5,- DM

Toplantının Siari:

İşçi sınıfının
çıkarları ve sınıf
mücadeleci
sendika birliği için
Patronlara ve
sendika ağalarına
karşı ileri!



Hamburg'da işkence karşı açlık grevine katılanlar

10 000 kişi faşist cuntayı protesto etti!

„Erdal Eren ölümsüzdür!“

KÖLN. — 20 Aralık Cumartesi günü Köln'de faşist cuntaya karşı protesto yürüyüşü yapıldı. Yaklaşık 10 000 kişinin katıldığı bu eylemde yoldaşımız Erdal Eren'in idamı da protesto edildi. „Faşistler Türkiye'de katletmekte-Bonn Hükümeti buna yardımcı olmakta.“ Yürüyüşte Bonn Hükümeti'nin ve burjuva partilerin faşist cuntaya yaptığı çok yönlü yardımlar protesto edilerek, yardımların derhal kesilmesi gerektiği vurgulandı. Binlerce kişinin katıldığı bu yürüyüş, Türkiyeli anti-faşistlerin ve devrimcilerin faşist cuntaya karşı yükselen mücadelesinin bir göstergesi, uluslararası dayanışmanın güzel bir örneği oldu.



Yürüyüşün sonunda yapılan kapanış mitingi. (Neumarkt)

Köln—Ebertplatz'dan başlayan yürüyüş yaklaşık iki saat devam etti ve sürekli olarak Almanca, Türkçe ve Kürtçe sloganlar atıldı, konuşmalar yapıldı: „Kahrolsun askeri faşist cunta!“, „Erdal Eren Ölümsüz-

dür!“, „Faşizme Ölüm Halka Hürriyet!“, „Yaşasın Türkiye Devrimci Komünist Partisi!“, „Faşizme Ölüm İdamlara Son!“ (..)

„Halkın Kurtuluşu“ pankartı altında ve Türkiye Devrim-

ci Komünist Partisi'nin (TDKP) sloganlarının sık sık atıldığı blok yürüyüşün en büyük bölümünü oluşturmaktaydı. Kardeş Partimiz (TDKP) Türkiye'de faşist cuntaya karşı sürdürdüğü şanlı mücadelesi, Batı Almanya'da da Türkiyeli anti-faşistlerin büyük bir sevgisini ve desteğini bulmaktadır.

Yürüyüşün sonunda Neumarkt'da kapanış mitingi yapıldı. Mitingde diğer örgütlerin yanı sıra, Partimiz KPD adına yoldaş Horst-Dieter Koch şöyle konuştu: „Yoldaşlar, Arkadaşlar!

Türkiye'deki askeri faşist cuntaya karşı yapılan bu yürüyüş, aynı zamanda Kenan Evren'in başında bulunduğu faşist katliam çetesi'nin yoldaşımız Erdal Eren'i idam etmesi üzerine acımızı ve isyanımızı da dile getirmektedir.

Türkiye dışında onbinlerce anti-faşist planlanan idamı protesto etmelerine rağmen, Er-

dal Eren faşist cunta tarafından katledildi. Batı Almanya'da Erdal Eren'in idamını imzalarıyla protesto eden onbinlerce kişinin arasında Almanya Sosyal Demokrat Partisi Başkanı Willi Brandt da vardı.

Şimdi ise Willi Brandt'a, kendi imzasının gerçeklerle ne derece uyum içinde olduğunu; SPD'nin başını çektiği Federal Hükümet'in Ankara'daki faşist katliam rejiminin baş finansmanı olduğu gerçeğiyle ne derece uygunluk taşıdığını soruyoruz.

Türkiye Yardımı denilen bu yardım, katliamlara yardımdan başka bir şey değildir. Bu yardım, faşist cuntanın Türkiye'de işçi sınıfının hareketine karşı, yurtseverlere ve demokratlara karşı estirdiği vahşi teröre yapılan bir yardımdır. (..)

Federal Hükümet, faşist cunta için katliamlarda kullanılan Türkiye Yardımı'nı devam ettirdiği sürece, biz de Bonn'u; Batı Alman emperyalizmini



Köln eyleminde Eren'in idamı protesto edildi. (Ebertplatz)

Türkiye'de faşist cuntayla beraber anti-faşistleri katlettiklerini iddia edeceğiz. NATO'nun ikinci büyük gücü olan Batı Alman emperyalizmi, Amerikan emperyalizmiyle beraber Türkiye'deki faşist rejimin esas yönlendiricisidir.

Bonn Hükümeti'nin gerici yabancılar kanunuyla ve iltica hakkını gittikçe kısıtlamakla Batı Almanya'da Türkiyeli demokrat, yurtsever, anti-faşist, anti-emperyalist ve komünist güçlerin faaliyetlerini baskı altına almak istemesi de, Türkiye'deki askeri faşist rejimi korumak ve onu desteklemekten başka bir şey değildir.

Bundan ötürü partimiz, Türkiye Yardımı'na son verilmesini ve faşist cuntayla olan bütün

ilişkilerin kesilmesini talep etmektedir.

Kahrolsun Faşist Cunta!, Yaşasın Bağımsız Demokratik Türkiye!, Yaşasın Enternasyonal Dayanışma!

İlk defa olarak Türkçe de yayınlanan „Roter Morgen“ yürüyüşte büyük bir ilgi gördü ve 600 adet üzerinde satıldı. Batı Alman televizyonları yürüyüşten hiç bahsetmediler. Bu tavırları ile de onlar, faşist cuntayı ne denli desteklediklerini açıkça gösteriyorlardı.

Bu güçlü eylem, faşist cuntayı yıkmada bütün Türkiyeli anti-faşistlerin birleşik mücadelesi için ileri bir adım olmalıdır!

(10 000 demonstrierten in Köln, RM Nr. 1/81, S. 2)

Celalettin Kesim'in katilleri cezalandırılmalıdır!

Faşist katiller cezasız bırakıldı

B.BERLİN. — 5 Ocak 1980 günü Metal İşçileri Sendikası (IGM) ve Türk Demokratik İşçi Derneği üyesi Türkiyeli öğretmen Celalettin Kesim Türk faşistlerinin planlı bir saldırısı sonucu hunharca katledilmişti. Olaydan 20 dakika sonra hasta arabası geldiğinde, Celalettin Kesim kan kaybından can vermişti.

Saldırıya katılan 60'ın üzerinde faşistten tutuklanan iki kişi 16.12.1980 günü mahkeme önüne çıkarıldılar. Bu faşistlerden sadece birisi, Abdullah Satıroğlu bir kavgaya katıldığından dolayı dört yıla mahkum oldu. -Ama katil olduğu için değil. -Ve diğeri, Ali Bahtiyar serbest bırakıldı ve tutuklu olduğu süre için kendisine para ödendi.

Batı Almanya ve B. Berlin'de Türk faşistlerinin terörü, polisin ve yöneticilerin gözü önünde gittikçe yoğunlaştığı şu sıralarda, bir Türkiyeli anti-faşistin adice katledilmesi cezasız bırakılmaktadır.

Bununla faşist katliam çetelerinin faaliyetleri ve saldırıları doğrudan doğruya hoş gösterilmektedir. Mahkeme, katillerin „bir kavgaya karıştığından“ söz etmektedir. Aynı mantıkla hareket eden gerici burjuva gazeteleri de şöyle demektirler: „Türkler'in kanlı kavgası-bir ölü“ Bu olayın 60-70 Türk faşistinin bir saldırısı olduğu gerçeği dikkatlice perde arkası edilmektedir. Faşistler daha önceden, kendilerine bir saldırı merkezi olarak kullandıkları camide olayı planlamışlardı. Sopalı, zincirli ve bıçaklı saldırıları sonucu bir kişiyi öldürdüler ve dördü ağır, 24 kişiyi yaraladılar.

Celalettin Kesim, meslek okulu öğretmenliğine başlamadan önce, çalıştığı Bosig firmasında iş arkadaşları tarafından işyeri sendika temsilciliğine seçilmişti. Evli ve iki çocuk babasıydı. 12.01.1980 günü B. Berlin'de 11 000 kişinin katıldığı

yürüyüşte Kesim'in katledilmesi protesto edildi ve Türk faşist örgütlerinin yasaklanması ve katillerin cezalandırılması istendi.

Demokratik İşçi Derneği dağittiği bir bildiride şöyle diyordu: „Celalettin Kesim'in ölümü engellenebilirdi“. Çünkü sürekli olarak yapılan başvurular dikkate alınmamıştı. Yöneticiler de bu ölümün suç ortağıdır. Şimdi ise katiller cezalandırılmıyor!



Celalettin Kesim

Ama, Türk faşistleri doğrudan doğruya cesaretlendiriliyor. Bonn Ankara'daki faşist cuntayı finanse etmeye devam ediyor. Yabancı işçiler üzerindeki, ilticacılar üzerindeki devlet baskısı ve takibi gittikçe artıyor.

Biz Alman komünistleri Türkiyeli işçi arkadaşlar ve yoldaşlarımızla omuz omuza ülkemizdeki bütün faşist örgütlerin yasaklanması, Türkiye Yardımı'nın derhal kesilmesi ve insanlık düşmanı bu kapitalist düzeni yıkmak için mücadelemizi güçlendireceğiz.

(Arbeitermord bleibt unge-sühnt, RM Nr. 1/81, S. 7)

Son haftalar içinde sayısız grevler yapıldı

100 000 kişi işi bırakma eylemine katıldı

Kapitalistlerin saldırıları işçilerin yükselen mücadelesiyle karşılaşılıyor

Yalnızca geçen yılın son iki ayı içinde Batı Almanya ve Batı Berlin'de yaklaşık 100 000 işçi ve memur işi bırakma eylemine katıldı. Son dönemlerdeki sayısız protesto grevleri ve uzun süreli işçi mücadeleleri, ücretli iş ile sermaye arasındaki çelişkinin gittikçe şiddetlendiğini işaret etmektedirler.

Kasım 1980'den beri pek çok işletmedeki işçiler ve düşük ücretli memurlar, işyerlerinin tahrip edilmesine ve gerçek ücretlerin düşürülmesine karşı çıkmak veya çalışma koşullarının düzeltilmesi için bazı yerlerde kısa süreli, bazı yerlerde birkaç saat ve bazı yerlerde talepleri yerine getirilinceye kadar işi bıraktılar. Bu eylemlerin bir bölümü, sendikaların hiç bir çabası olmadan tek tek işletmelerde işçiler tarafından örgütlenen direnişlerdi. Protesto ve mücadele önlemlerinin diğerleri ise sendikalar tarafından örgütlenmişti, daha doğrusu bu eylemler için sendikalar tarafından çağrı yapılmıştı.

Bu mücadelelerin en önemlileri, vardiyalı çalışmanın getirildiği zorluktan ötürü izinlerin artırılması için Federal Posta'da beş gün devam eden grev ve tekstil-giyim sanayiinde sendika yönetimi tarafından yanlış bir yöne saptırılan, onbinlerce kişinin katıldığı grevdi.

Yalnızca son iki ay içinde

gerçekleşen çok sayıda grev ve bu grevlere katılan işçi ve memur sayısı, işçi sınıfının kapitalistlerin saldırılarına karşı mücadelesinin geliştiğini ve güçlendiğini göstermektedir. İşçilerin ve düşük ücretli memurların geniş kesimleri, ekonomik durumlarının gün geçtikçe kötüleşmesine karşı artık mücadelesiz kalmamaktadırlar. Posta emekçilerinin yüzde 92.5'nin ve Baviera cam sanayiinde (Glasindustrie) çalışan işçilerin yüzde 90'nının grev için oy kullanmaları, bu mücadelelerin açık birer ifadesidir.

Bazı işletmelerde, büyük çoğunluğu işyerlerinin tahrip edilmesine ve toplu işten atılmalara karşı yönelen işçi mücadeleleri yer yer aktif biçimler aldı. Örneğin Kassel'de ENKA ve Aachen'de Pongs firmalarının işçiler tarafından işgal edilmeleri, Dortmund'da, yeni bir çelik işletmesinin yapımı için ve Hoesch'de işyerlerinin tahrip edilmesine karşı yapılan ve 70 000 Dortmundlu emekçinin katıldığı yü-

rüyüş bunu açık bir şekilde göstermektedir.

Ama işçi sınıfının gittikçe güçlenen ekonomik mücadelesi sendika yönetimleri tarafından sürekli olarak sabote edilmekte ve frenlenmektedir. Kapitalistlerin krizin yükünü işçi sınıfının ve emekçi halkın sırtına acımasızca yüklemeye çalıştığı sıralarda, Vetter ve diğer sendika ağaları „sosyal ortaklık“ yaygaralarından dem vurmakta ve türlü dolaplar çevirmektedirler. Herhangi bir grevi engelleyemedikleri zaman sinsi oyunlara baş vurmakta ve mücadeleyi içten parçalamaktadırlar. İşçilerin bütünleşmiş gücünü bölerek, grev kırıcılığı yapmaktadırlar. Bir grevin işçilerin aleyhine sona ermesi için elinden gelen bütün çabaları seferber etmektedirler. Posta emekçilerinin grevi bunun açık bir örneğidir.

DGB sendika ağaları, şimdiye kadar tek tek işletmelerde ve işkollarında gelişen mücadelelerin işçi sınıfının genel eylemine dönüşmesinin de tek sorumlusudurlar. Kapitalistlerin rasyonalizasyon ve toplu işten atma seferlerinin başladığı ve bu seferlerin çalışan halkın ekonomik ve demokratik hakları üzerine devletin saldırılarıyla birleştiği şu koşullarda, işçi sınıfının merkezleşmiş eylemi kaç-

nılmazdır. Sermayenin gerçek ücretlerin büyük oranda düşürme çabalarına karşı da işçi sınıfının genel mücadelesi gereklidir.

Kapitalistlerin ve hükümetin çalışan halkın sosyal haklarına yönelen saldırılar frenlenme zorundadır. Ama, bunları engellenecek tek güç, işçi sınıfının birleşik gücüdür. Ücretlerin yağma edilmesine ve işyerlerinin tahrip edilmesine karşı sürekli mücadele etmediğimiz sürece hayat şartlarımız kötüleşmeye devam edecek, yoksulluk gittikçe artacaktır. Bütün bu saldırıları püskürtmek için sınıfın sınıfa karşı, işçi sınıfının burjuvaziye karşı mücadelesini yükseltmeliyiz.

Ama, DGB sendika ağaları her ne pahasına olursa olsun bunu engellemeye çalışacaklardır. Çünkü onların görevi, işçi sınıfını sermayenin zincirleri içinde tutmaktır. Bundan ötürü, sendikalar içinde devrimci muhalefetlerin örgütlenmesi kaçınılmaz bir zorunluluktur. Devrimci Sendika Muhalefeti'ni güçlendirmeksizin, reformist sendika ağalarının işçi sınıfı içindeki etkisini kıramayız.

(100 000 beteiligten sich an Arbeitsniederlegungen, RM Nr. 1/81, S. 6)



Yürüyüşe KPD ve Halk Cephesi de katıldı.

2. RGO Kongresi üzerine Thomas Scheffer ile reportaj

“RGO HER YÖNÜYLE GELİŞTİ VE GÜÇLENDİ”

Ocak 1981'de Devrimci Sendika Muhalefeti'nin olağan ikinci kongresi yapılacak. Thomas Scheffer ile 2. RGO Kongresi üzerine bir reportaj yaptık. Bu reportajı olduğu gibi yayınlıyoruz.

Roter Morgen: RGO kurulalı uzun bir süre olmamakla beraber pek çok mücadeleler içinde yer aldı ve sık sık kendi inisiyatifinde işçi sınıfının çıkarlarını dile getiren eylemler koydu. Tabii ki, bu eylemler içinde işçi arkadaşların büyük desteğini aldı. RGO, sendika ağalarının işçilerin mücadelesini sabote ettiği ve onların haklı taleplerini başarısızlığa uğrattığı her yerde, gücünün olduğu kadarıyla bunlara karşı mücadele etti.

Roter Morgen: Bu noktalarda RGO'nun gelişimini ve sendikal hareket içindeki etkisini açıklayabilir misin?

Thomas Scheffer: Bilindiği gibi RGO masa başında kurulmuş bir örgüt değildir. RGO, sınıf mücadelesi içinde kurulmuş bir örgüttür. RGO Kasım 1978'de kuruldu. Bu sıralarda bir taraftan kapitalistlere karşı sendikal mücadele, diğer taraftan ise işçi düşmanı sendika ağaları ile sendika tabanı arasında sert bir cepheleşme önde gidiyordu. Aynı zamanda çeşitli sendika organları arasında da çatışmalar şiddetlenmişti. Bu somut koşullarda devrimci işçi arkadaşların çabası sonucu 50 işletme grubu tarafından RGO kuruldu. 1978 ilkbaharında yapılan işyeri işçi temsilcileri seçimleri RGO'nun kuruluşunda önemli bir rol oynadılar.

Bu seçimler RGO inşası için sağlam bir temel oluşturmamıza yardımcı oldular. RGO'lu işçi arkadaşlar ilk olarak işyeri işçi

biz, bütün kısırtmalara ve baskı metodlarına rağmen bunu başardık. Çünkü, işçiler mücadele içinde kendilerinin taleplerini savunduğumuzu açık bir şekilde gördüler.

RGO Sınıf sendikalarını savunmakta

Roter Morgen: İşçi arkadaşların RGO'nun temel düşüncelerini kendiliğinden kavradıklarını ve desteklediklerini söyleyebilir miyiz?

Thomas Scheffer: Söyleyebiliriz. Çünkü RGO örgütlü olduğu işletmelerde canlı bir mücadele örgütü olarak, işçilerin en ön saflarında yer aldı. RGO sınıf sendikacılığı siyasetini savunmakta ve bunu gücünün olduğu her yerde pratik içinde uygulamaktadır. Bundan ötürü kısa zamanda işçiler arasında ilgi gördü ve onların güvenini kazandı. Bu başarıyı pratik olarak şöyle açıklayabiliriz: 1978 yılında yapılan işyeri işçi temsilcileri seçimlerinde 100'ün üzerinde temsilcilik kazandık. Seçimlere RGO listeleriyle katıldığımız yaklaşık her işletmede onların önemli bir bölümünü aldık.

Şimdi ise önümüzdeki gelecek işyeri işçi temsilcileri seçimleri durmaktadır. Bugünün somut koşullarından hareket ederek, birlik listeleri için mücadele edeceğiz. Ama sendika

dönemde iyi örgütlenmiş pek az işletme grubumuz vardı. Federal Almanya çapında örgütlenmiş bir muhalefet olarak da RGO yoktu. Kısacası o dönemde pek çok hatalarımız ve eksikliklerimiz vardı. Ve bu hatalarımız özellikle taktik sorunlarla ilgiliydi ki, bugün bu hataları bütünüyle veya büyük bir kısmını aşmış durumdayız.

İki-üç yıllık süre içinde çok şey öğrendik. Kuruluş kongresi ile karşılaştığımızda, bugün üye sayımız dört katına çıkmış durumda. Bu arada pek çok sendika görevlisi ve işyeri işçi temsilcisi Devrimci Sendika Muhalefeti'ne kazandık veya desteğini aldık. Kararlı bir sendikal çalışma sonucu çeşitli sendika alanları içinde çok iyi ilişkiler kurabildik ve bu ilişkileri sağlamlaştırdık. Şunu açıkça söyleyebiliriz: RGO ve onun politikası her yönüyle güçlendi ve gelişti. Bu başarıyı kongremiz de onaylayacaktır.

Roter Morgen: Sendika ağaları RGO'yu, sendikalarla hiç ilişkisi olmayan soyutlanmış küçük bir yan grup olarak göstermeye çalışmaktadır. Buna ne diyorsunuz?

Soyutlanmış küçük bir grup değiliz

Thomas Scheffer: Sendika ağaları böyle bir çaba içindedirler



RGO Başkanı Thomas Scheffer Arnavutluk'ta

Thomas Scheffer: Daha konuşmamızın başında bilinçli olarak 1978 yılındaki işyeri işçi temsilcileri seçimlerini açık bir şekilde vurgulayarak anlattım. Bununla açıklamak istediğim şey, RGO'nun temel özellikleri idi. Ve bunu ikinci kongremizde dikkate alınması gereken önemli bir nokta olarak görüyorum.

Sendikalar içinde muhalefet yürüten arkadaşlar, sendika ağalarına ve onların sermaye ile sürdürdükleri sosyal ortaklık çizgisine karşı verdikleri mücadeleden, ancak sendikaların geniş kitle tabanının örgütlenmesiyle başarıya ulaşabileceğini henüz anlamış değillerdir. İşte sendikal muhalefet içinde belirleyici olan ilke budur.

Devrimci Sendika Muhalefeti bundan ötürü DGB içindeki muhalefetlerden kendisini en doğru ve en kararlı olarak görmektedir. Çünkü, o bu temel ilkeye dayanarak örgütlenmektedir. Tabii ki sendikalar içinde belirli fonksiyonlar, yani mevkiiler kazanmak da önemlidir. Ama, bunlar sendika hareketi ve işçilerin mücadele pozisyonunu hissedilir bir biçimde güçlendirmek zorundadır. Bu fonksiyonlardan işçilerin taleplerinin gerçekleştirilmesi ve sendikal eylemlerin örgütlenmesi için yararlanılmak zorundadır. Şayet bu amaca hizmet etmiyorlarsa; demek oluyor ki, bu işin içinde büyük bir olumsuzluk mevcuttur. Bir mevki elde edebilmek için uslu davranıp, hoş görünmeye çalışmak asla bizim tavrımız değildir. Aman sendikada kendimizi tanıtmayalım, belki de bir basamak daha yükseğe çıkarız. İşte bu, RGO'nun politikası değildir.

Sınıf mücadelesi mi, sosyal ortaklık mı?

Roter Morgen: O halde hiç çekinmeden açık bir biçimde sendika ağalarına karşı mücadele mi etmeli?

Thomas Scheffer: Elbette açık bir biçimde mücadele etmeli. Ama sendikadan hemen atılmak için bazı taktikler uygulamak zorundayız. Buna rağmen sendika ağalarına karşı cephe almak ve onlarla açıkça mücadeleye girmek kaçınılmazdır. Hatta biz böyle bir cepheleşmeyi oluşturmak için çaba harcıyoruz. Aksi takdirde, patronlara ve sendika ağalarına karşı işçi sınıfının çıkarlarını nasıl savunabiliriz? Sendika ağalarının işçileri kapalı kapılar arkasında satmalarına, rasyonalizasyon ve toplu işten atmaları onaylamalarına karşı nasıl mücadele edebiliriz? İşçi sınıfının düşmanlarıyla cepheleşmeye gitmek istemeyen bir kimse, DGB sendikalarının gerici çizgi-

sini sınıf mücadelecisi politik bir çizgiyle değiştirilmesinden söz etmemelidir. Biz sendikaları böyle bir anlayışla ele geçirmek istemiyoruz. Ve buna uygun olarak da mücadele ediyoruz.

Sendika ağalarına ve patronlara karşı sendikaların tabanında geniş ve mücadelecisi bir birlik pekiştirmek zorundadır. Sendikalar içi mücadele ancak bu şekilde daha çok şiddetlenebilir. Kısacası, bizim için önemli olan şudur: Sınıf mücadelesi mi? Yoksa sosyal ortaklık mı? Tabii ki, boş bir amaç için mücadele etmiyoruz.

Son aylarda DGB sendikaları içinde gerici güçlerle ilerici güçler arasındaki çelişkilerin gittikçe sertleşmesinin kişisel düşmanlıklarla, bireysel faydalarla veya kariyerist rekabetle bir ilişkisi yoktur. Bu, kapitalist krizin gün geçtikçe derinleşmesi ve bunun bir sonucu olarak da işçi sınıfı ile burjuvazi arasındaki çelişkilerin gittikçe sertleşmesinden ileri gelmektedir. Bizler sendikalar içi bu mücadeleleri, sınıf mücadelesinin bir parçası olarak kavramak zorundayız.

Roter Morgen: RGO Kongresi, bu görüşü sendikalar içinde muhalefette olan işçiler arasında iyi bir biçimde yaygınlaştırmak için katkıda bulunacak mı?

Sendikal karşı stratejiyi geliştirmeliyiz

Thomas Scheffer: Bu sorunu kongremizde esaslı bir biçimde ele alıp, üzerinde tartışmak zorundayız. Kongre, özellikle DGB sendikaları içindeki muhalefeti gittikçe güçlendirmek ve birleştirmek için de katkıda bulunmalıdır. Tabii ki, kongremiz bugün sendikal hareket önünde duran ve sınıf mücadelesinden doğan somut ve en acil mücadele görevlerimizi de tesbit edecektir. Örneğin, rasyonalizasyon konusunu kongremizde detaylı bir

şekilde ele almak zorundayız. Çünkü, DGB yönetimi sosyal ortaklık temelinde binlerce, hatta onbinlerce işyerinin tahrip edilmesini hiç mücadele vermeden onaylamaktadır. Ve o, bunu bir çizgi haline getirmiştir.

DGB, rasyonalizasyon terörünü ilke olarak onaylamakta ve bunu açıkça kabul etmektedir. Çünkü işçilere, patronlarla ortak çıkarlarının olduğunu yutturmak istemektedirler. Bu durumda sendikal karşı strateji için, RGO tarafından elverişli programları ve önerileri geliştirmek zorundayız. Kongremiz, bütün sendikal hareketi aydınlatan doğru açıklamaları da görüşmelidir. Bunun dışında kongremizin daha bir çok önemli görevleri vardır. Örneğin çalışmalarımızın her yönüyle düzeltilmesi, hataların aşılması vb. gibi. Aynı zamanda bunlara uygun kararlar da almak zorundayız. Kongre, tüzüğe uygun olarak yeni yönetim kurulu ve yeni RGO başkanını seçecektir. **Roter Morgen:** "Roter Morgen" Redaksiyonu olarak kongrenin başarılı geçmesini dileriz. Son olarak bir soru daha: Kongrede alınan sonuçlar ne zaman açıklanacak?

Thomas Scheffer: Kongrede alınan sonuçları 18 Ocak'ta Dortmund—Westfalenhalle'de yapacağımız büyük toplantıda açıklayacağız. Bu toplantı kongremizin kapanış toplantısını oluşturmaktadır. Toplantıda herkesin ilgisini çeken zengin bir program sunacağız. Bu programın, şimdiye kadar RGO'yu pek iyi tanımayan arkadaşlar için de ilgi çekici olacağına inanıyorum. Toplantıda yapılacak konuşmalarla, gösterilecek kültürel programlarla ve açılacak sergilerle RGO'nun yaşamı ve çalışmaları sergilenecek. Bu fırsattan yararlanarak özellikle KPD'li arkadaşları da RGO'nun bu büyük toplantısına davet ediyorum.

(„Die RGO hat sich in jeder Hinsicht gefestigt und entwickelt“, RM Nr. 51/52/80, S. 9)



İşyerlerinin tahrip edilmesine karşı Dortmund'da yapılan yürüyüş

temsilcileri seçimlerinde örgütlü bir güç olarak, işyeri işçi temsilciliklerindeki sendika ağalarına karşı ve onların kapalı kapılar arkasında yürüttükleri sosyal ortaklık politikasına karşı gerçek alternatiflerle işçilerin karşısına çıkmışlardı. Biz kendi muhalefet listelerimizle, RGO'nun listeleriyle seçime katıldık. İşçi arkadaşlar, RGO gruplarının politikasında ve savundukları taleplerinde sınıf sendikacılığı politikasının önemli sorunlarının, günlük taleplerinin ve çıkarlarının ve sınıf mücadelesinin doğru bir biçimde ele alındığını görüyorlardı.

Roter Morgen: Patronların ve sendika ağalarının buna karşı tepkisi ne idi?

Thomas Scheffer: Tabii ki, onlar ellerindeki bütün araçlarla listelerimizi yoketmeye çalıştılar. Bu saldırılara karşı bize yardımcı olan tek şey, işçi arkadaşları taleplerimiz etrafında en geniş biçimde birleştirmektir. Ve

ağaları avutulacağımızı ve son anlarda sinsi oyunlarına geleceğimizi sanmasınlar. Biz sendika ağalarının çevirdiği dolapları çok iyi biliyoruz.

Onlar devrimci işçilerin birlik listeleri içinde yer almaması için her çareye baş vuracaklardır. Bundan ötürü bütün anti-demokratik ve bölücü manevralara karşı koymalıyız. Biz her şeyden evvel birlik listelerinden yanayız, ama sendika ağalarının RGO'lu işçilerin birlik listelerinde yer almalarını engellemeleri halinde, zamanında muhalefet listeleri çıkarmak için hazır olmalıyız.

Roter Morgen: 1978'deki işyeri işçi temsilcileri seçimlerine karşın, bugün RGO'nun daha iyi bir biçimde örgütlendiğini söyleyebilir miyiz?

Thomas Scheffer: Şüphesiz söyleyebiliriz. Üyelerimizin büyük bir çoğunluğu bundan üç yıl önce yeterli bir tecrübeye sahip değillerdi. Diğer bir durum, o

ve bazıları da onların bu sahtekarlıklarına henüz inanmaktadırlar. Ama, onların arzu ettiği gibi kesinlikle soyutlanmış değiliz. Sıradan sendika üyeleri arasında zaten değil. Sendika görevleri arasında da etki alanımızı genişlettik ve hakkımızda ki bazı önyargıları yokettik. Bundan ötürü sendika ağaları daha fazla korkuya kapılmaktadırlar. Aktif ve ilerici sendikacılar arasında etki alanımızın genişlediğini görmektedirler. Bu yüzden kimlerin RGO taraftarı olduğunu ve kimlerin olmadığını, etki alanımızın ne derece geniş olduğunu sık sık tahmin etmeye çalışmaktadırlar ve kendilerini pek de güvencede görmemektedirler. Tabii ki, bu durum bayların kafasını ağrıtmaktadır. Nihayet onların kaybedeceği bazı şeyler olacaktır. **Roter Morgen:** DGB sendikaları görevlileri arasındaki etki alanınızın genişletilmesine nasıl bir önem veriyorsunuz?

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

"Roter Morgen"ı . . . sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

● Yıllık 60 DM ● 6 aylık 30 DM ● Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellenhofer Str. 103, Postfach 300526 4600 Dortmund 30.